

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

www.asg-goe.de



**Arbeitspferde in
der Landwirtschaft**



**Deutsch-polnischer
Expertenaustausch**



**Hofnachfolge und
Existenzgründung**

ASG-Herbsttagung 18./19. November 2004

Standortbestimmung *nach der EU-Agrarreform*

Donnerstag, 18. November 2004

13.30 Uhr Foren und Exkursion (parallel)

- Forum 1: Impulsvorträge über agrarsoziale Sicherungssysteme von
Iris COMDÜHR
Stellvertretende Bundesvorsitzende Bund der Deutschen Landjugend, Berlin
MR Klaus LEHLE,
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
- Forum 2: Die polnische Landwirtschaft; ein neuer Markt oder eine neue Konkurrenz?
Ergebnisse einer ASG-Fachtagung in Polen
- Exkursion: Rittergut Besenhausen
• Umnutzung von Gebäuden • Handweberei • Hofcafé
• Ausstellungen/Veranstaltungen • Schilfkläranlage • Wohnungen
• Eigene Stromerzeugung • Holzschnitzelheizung

16.30 Uhr MITGLIEDERVERSAMMLUNG

18.00 Uhr FESTVORTRAG: **Mangel an „Mütterlichkeit“ in der vereinten deutschen Gesellschaft**

Dr. Hans-Joachim Maaz,
Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im
Evangelischen Diakoniewerk Halle

Freitag, 19. November 2004

8.30 Uhr VORTRAGSTAGUNG: Reform der EU-Agrarpolitik

- ... Auswirkungen und Herausforderungen für die Landwirtschaft
Prof. Dr. Stefan TANGERMANN
Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, OECD, Paris
- ... Auswirkungen und Herausforderungen für die Milchwirtschaft
Peter CORNELIUS
Vorsitzender der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V., Oldenburg
- ... Welche Chancen ergeben sich für die ländliche Entwicklung?
Ignaz KNÖBL
Abteilungsleiter, Lebensministerium, Sektion II, Wien/Österreich
- ... Finanzpolitische Betrachtungen
MinR Andreas HERMES
Bundesministerium der Finanzen, Referat Finanzfragen der EU-Agrarpolitik, Berlin

Nähere Informationen und Anmeldung bei:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 1144
37001 Göttingen
Fon: (0551) 49 709 - 0
Fax: (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Tagungsort:
Clarion Hotel
Kasseler Landstr. 45
37081 Göttingen

Inhalt

ASG	1 Herbsttagung: Programmankündigung
	2 Internationale Grüne Woche Berlin: LandLust pur in Halle 21b
	4 Festvortrag Herbsttagung: Betrachtungen zur vereinten deutschen Gesellschaft aus psychologischer Sicht
	5 Deutsch-polnischer Expertenaustausch in Kalisz (Polen) über die Zukunft der polnischen Agrarwirtschaft
Agrarpolitik	8 Folgenabschätzung der Reform der EU-Agrarpolitik
	13 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Kurzes Hühnerg Glück
Landwirtschaft	15 Sorgentelefone und Familienberatungen weiterhin wichtig
	16 Dorfhelferinnen von allen Krankenkassen finanziert
	16 Kooperation in der Landwirtschaft
	17 Milch für Fußballfans nur außerhalb der Stadien
	18 Zum Umgang mit einem Suizidhinweis
	20 Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft
	23 Förderung von Frauen im ländlichen Raum
	25 Arbeitspferde in der Landwirtschaft heute
	29 Alte Kulturpflanze: Linsenanbau in Deutschland
	30 Tellus – Wissenswertes über die europäische Landwirtschaft
	31 Berufskrankheiten und Rentenfälle nehmen ab
	32 Erste Erfolge der Agrarreform Kubas
Ländlicher Raum	38 Tierpatenschaften zum Erhalt des Roten Höhenviehs
	39 Allgäuer Bergbauernmuseum Immenstadt-Diepolz
	41 Weiden – Grundlage für die Korbflechterei
Regionalentwicklung	43 EU-Forschungsprojekt: Regionale Partnerschaften
	47 Jugendliche in der nachhaltigen Regionalentwicklung
Personalien	53 Reinhold Hemker 60 Jahre
	54 Dr. Dietmar Woidke neuer Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz in Brandenburg, Dietmar Schulze weiterhin Staatssekretär
	54 Hannelore Wörz tritt Nachfolge von Gudrun Laible als neue Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden an
	54 Heinz Frehsee gestorben
Für Sie gelesen	54 Immer regnet es zur falschen Zeit
	55 Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum
	56 Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land – Festschrift zum 60. Geburtstag von Holger Magel
	56 Handbuch Nachhaltige Regionale Entwicklung – Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde

Internationale Grüne Woche Berlin vom 21.01. bis 30.01.2005

LandLust pur in Halle 21b

Erleben – genießen – Spaß haben: So können Besucher/-innen der Halle 21b das „Leben auf dem Lande“ auf der kommenden Grünen Woche kennen lernen und entdecken, welche Aktionen und Überraschungen Bund, Länder und EU für sie bereit halten. Vom Kühe Melken bis zum Schnupper-Kneipen erwartet Sie ein umfangreiches ländliches Programm. Besucher/-innen erfahren außerdem, wer oder was „Gumda“ ist und was sich hinter „Vulkan aktiv“ verbirgt. Schließlich können sie auch dem „Raubwürger“ oder einem „Olitätenhersteller“ begegnen. In der Halle mit dem ländlichen Flair gibt es ein umfassendes Informationsangebot zu Urlaubsmöglichkeiten auf dem Lande. Wechselnde Darbietungen an den Länderständen sowie Informationen über Projekte der ländlichen Entwicklung, touristische Sehenswürdigkeiten, Kunst und Kultur machen den Besuchern/-innen Lust auf's Land. Ergänzt wird die Gemeinschaftsschau von einem bunten Bühnenprogramm, das mit Informationen und Interviews, Unterhaltung und Schaukochen mit den Köchen des Hotel- und Gaststättenverbandes Hessen zum Verweilen einlädt. Die von der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. organisierte „Land-Schau“ wird von den Fernsehmoderatorinnen Heike Götz (NDR) und Petra Schwarz (rbb) moderiert.



Berlin: Trotz ihrer Nähe zur Großstadt haben einige der eingemeindeten Stadtteile Berlins ihren dörflichen Charakter bewahren können. Dazu gehört auch das Fortbestehen landwirtschaftlicher Betriebe, z. B. in Lübars, Rudow, Marienfelde und Kladow. Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Pensionspferdehaltung und die Bewirtschaftung von Wiesen und Ackerbauflächen eröffnen den Städtern Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und sorgen für die Erhaltung der Naherholungsgebiete. Am Berlin-Stand werden Landfrauen und Landwirte den Besuchern/-innen die Landwirtschaft mitten in der Großstadt näher bringen.



Brandenburg: Der Landkreis Elbe-Elster zeigt sich als Beispiel für die Entwicklung des ländlichen Raums in Verbindung mit touristischen Besonderheiten. Dazu zählen das Radwanderwe-

genetz und Möglichkeiten zum Wanderreiten ebenso wie der Naturpark. Die regionale Speisekarte und die Darstellung regionaler Märkte geben einen Eindruck von den kulinarischen Spezialitäten der Region. Am Stand wechseln täglich kulturelle, handwerkliche und regionaltypische Darbietungen (vom Apfel-Naturpark-Tag bis zum Tag der Kunst).



Hessen: Unter dem Motto „Vulkan aktiv“ wird der Vogelsberg mit seinem ländlichen Charme für Aktivurlauber und Genießer erlebbar. Ideale Voraussetzungen dafür bieten der Vulkanradweg sowie Wander- und Reitmöglichkeiten. Naturnahe Unterkünfte halten für Wanderer, Radwanderer und Reiter interessante Angebote bereit. Mit den Köchen von „Hessen à la carte“ wird die Erlebnisreise am Länderstand Hessen kulinarisch abgerundet.



Niedersachsen: Das „Artland“ im Landkreis Osnabrück zeichnet sich durch eine besonders wertvolle bäuerliche Baukultur mit vielen Baudenkmalern, v. a. in Form von Hofanlagen, aus. Neue Nutzungskonzepte sollen die nachhaltige Sicherung dieser wertvollen Bausubstanz ermöglichen und fördern. Dabei gehen landwirtschaftliche, wirtschaftliche und touristische Nutzungen Hand in Hand und sorgen durch die Bewahrung dieses Kulturerbes für dessen zeitgemäße wirtschaftliche Entwicklung.



Nordrhein-Westfalen: Die Orte Hallenberg und Medebach stellen als LEADER+-Regionen ihre ersten erfolgreich durchgeführten Projekte vor. Dazu zählen sowohl Neugestaltungen in den Ortszentren als auch die Verbesserung der Sportmöglichkeiten, durch die die Region erstes zertifiziertes Nordic Aktiv Walking Zentrum

des deutschen Skiverbandes in NRW wurde. Zugleich ist die Region eine bedeutende europäische Naturschutzregion, in der Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus sich gegenseitig ergänzen. Am Stand können Besucher/-innen neben der Region unter anderem das Prägen von Münzen und die Gestaltung von Holzblumen kennen lernen.



Schleswig-Holstein: Der Kreis Ostholstein lädt insbesondere Familien zum Urlaub an die Ostseeküste ein. Gemeinsam mit der dänischen Partnerregion wird die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der „grenzenlosen“ Urlaubsregion Fehmarnbelt - Vogelfluglinie dargestellt. Publikumswirksame Aktionen am Stand, die sich besonders an Kinder richten, informieren über das Kinderland Ostsee, Nordic Walking sowie die Ostseeküste und ihr Hinterland.



Thüringen: Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt präsentiert Tourismusköglichkeiten und Landentwicklung vom Rennsteig bis zur Saale. Kulturelle Sehenswürdigkeiten wie Schloß Großkochberg oder die Feengrotten in Saalfeld und Angebote für Aktivtourismus geben Einblick in eine vielfältige Region. Am Beispiel der Gemeinde Saalfelder Höhe werden Landentwicklung und Dorferneuerung, ökologische Landschaftspflege und Agrarmarketing dargestellt. Porzellanmaler, Glasbläser und Olitätenhersteller zeigen ihr Können.



Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL): Am Stand des BMVEL stellt die Deutsche Vernetzungsstelle LEADER+ ausgewählte Projekte ländlicher Entwicklung vor, die von der Bevölkerung in ländlichen Regionen initiiert wurden. Dazu zäh-

len Projekte zum Aktivtourismus, zu Kunst und Kultur der Mecklenburger Schaalseeregion sowie der Region Fläming-Havel.



Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft: Der Stand der Europäischen Kommission bietet ein Forum für Diskussionen über die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der ländliche Raum, Lebensmittelsicherheit sowie die Qualität landwirtschaftlicher Produkte und Umweltschutz sind aktuelle Themen europäischer Politik.

In der Hallenmitte befindet sich der Gemeinschaftsstand von „**Urlaub auf dem Bauernhof/Freizeit auf dem Lande**“, der sich in die Themenbereiche Wellness, Aktivurlaub, Kunst und Kultur aufgliedert und umfassende Informationen zur Urlaubsplanung bereit hält. Müde Messebeine können sich bereits vor Ort im Kneipp-Becken erholen.

Land-Schau 2005

täglich
Freitag, 28.01.2005

von 10.00 bis 17.00 Uhr
von 10.00 bis 21.00 Uhr

Termine auf der Land-Schau-Bühne:

(Änderungen vorbehalten!)

Tag		Vormittag	Nachmittag
Freitag	21.01.2005	Eröffnung	Ländertag Nordrhein-Westfalen
Samstag	22.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Ländertag Freistaat Thüringen
Sonntag	23.01.2005	Ländertag Hessen	Ländertag Schleswig-Holstein
Montag	24.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Ländertag Brandenburg
Dienstag	25.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Ländertag Niedersachsen
Mittwoch	26.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Land-Schau Live-Programm
Donnerstag	27.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Land-Schau Live-Programm
Freitag	28.01.2005	Ländertag Berlin	Urlaub und Freizeit auf dem Lande
Samstag	29.01.2005	Urlaub und Freizeit auf dem Lande	Urlaub und Freizeit auf dem Lande
Sonntag	30.01.2005	Land-Schau Live-Programm	Land-Schau Live-Programm

Die Land-Schau wird von der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Göttingen, im Auftrag von Bund, Ländern und EU-Kommission organisiert und durchgeführt.

Informationen: Tel.: (0551) 49 709-30/35 oder www.asg-goe.de

Dr. Hans-Joachim Maaz, Festredner bei der ASG-Herbsttagung:

Betrachtungen zur vereinten deutschen Gesellschaft aus psychologischer Sicht



Anlässlich der ASG-Frühjahrstagung 1995 in Zittau stellte Dr. Hans-Joachim MAAZ bei den Ostdeutschen eine tiefe seelische Verunsicherung fest. Diese resultiere zum einen aus Existenzunsicherheit, Arbeitslosigkeit und Abwertung des bisherigen Lebens bei einer großen Zahl von Menschen. Zum zweiten sei die Mehrzahl der Menschen im Osten nach der Wende in einen Zustand von Schülern und Lehrlingen zurück versetzt worden, was mit Leugnung und Abwertung der eigenen Entwicklung einher gegangen sei und zu schweren Identitätsbrüchen geführt habe. Die unkritische Überheblichkeit der Westdeutschen in Bezug auf ostdeutsche Lebenserfahrung und berufliche Kompetenz werde, so sagte Maaz damals voraus, noch sehr ernste Folgen für den sozialen Frieden in Deutschland haben.

Heute, fast zehn Jahre später, sind die Proteste gegen die Hartz IV-Reform Ausdruck solchen Unfriedens. Die große Unzufriedenheit vor allem der Ostdeutschen liege zum einen daran, dass die Arbeitslosigkeit und damit die realen Probleme im Osten größer seien. Zum anderen gebe es seit

der Wende jedoch auch eine täglich ansteigende Ernüchterung, konstatiert Maaz. Der Westen habe im Osten Erwartungen und Hoffnungen geschürt, die er zum einen nicht erfüllen konnte und die im Osten Abhängigkeit und Untertanengeist weiter gestärkt hätten.

Maaz beschäftigt sich seit der Wende intensiv mit der psychologischen Dimension der Vereinigung und hat hierzu zahlreiche Bücher veröffentlicht. 1990 erschien „Der Gefühlsstau – Ein Psychogramm der DDR“, ein Jahr später „Das gestürzte Volk – die unglückliche Einheit“. Des Weiteren schrieb er 1991 „Die Einheit beginnt zu zweit“ und 1992 „Die Entrüstung“. Zur Formulierung des Lilith-Komplexes („Der Lilith-Komplex“, 2003) gelangte Maaz durch weitere Forschung auf Basis der Erkenntnisse nach der Wende, als eine Welle psychischer Krankheiten in Ostdeutschland aufbrach.

Maaz ist seit 1980 Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle. Er kämpfte gegen die Tabus und Widerstände des SED-Staates für tiefenpsychologische und körperorientierte Therapieformen in der DDR. Der 1943 in Niedersiedel (Böhmen) geborene Maaz studierte von 1962 bis 1968 Medizin in Halle.

Als Festredner der Herbsttagung der ASG in Göttingen wird Dr. Hans-Joachim Maaz seine Gedanken zu den Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland fortführen und über den „Mangel an ‚Mütterlichkeit‘ in der vereinten deutschen Gesellschaft“ sprechen.

Deutsch-polnischer Expertenaustausch in Kalisz (Polen) über die Zukunft der polnischen Agrarwirtschaft

Vom 6. bis 8. Oktober 2004 veranstaltete die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. in Zusammenarbeit mit ABC Poland GmbH, Warschau, eine deutsch-polnische Expertentagung in Kalisz, Region Poznan, Wojewodschaft Wielkopolska. Diese Region wurde für die Veranstaltung ausgewählt, da sie für die polnische Agrarstruktur modellhaft ist. Gefördert wurde die Fachtagung mit Vorträgen, Exkursionen und Arbeitsgruppen aus Mitteln der Europäischen Kommission und der GfL Planungs- und Ingenieurgesellschaft mbH, Bremen. Ca. 80 Teilnehmende aus Polen und Deutschland diskutierten die Erfahrungen der örtlichen Land- und Agrarwirtschaft mit EU-Förderprogrammen und die Perspektiven, die sich aus polnischer und deutscher Sicht mit dem EU-Beitritt für die polnische Landwirtschaft ergeben.

Der Kreis Kalisz, ca. 120 km süd-östlich von Poznan gelegen, umfasst 116 000 ha LF von sehr unterschiedlicher Bodenqualität. Er zeichnet sich durch eine überdurchschnittliche Betriebsgröße (12 ha, der Landesdurchschnitt liegt bei 9 ha) und einen intensiven Gemüse- und Obstbau aus. Von den 300 ha Gemüseanbaufläche wird ein erheblicher Anteil unter Glas bewirtschaftet. „Im Rahmen der Vorbereitungen zum EU-Beitritt Polens sind bisher insgesamt 12 Mio. € aus dem SAPARD-Programm an 13 000 landwirtschaftliche Betriebe in unseren Kreis geflossen,“ erläutert der Stellvertretende Vorsitzende des Kreises Kalisz, Slawomir CZAPSKI, die finanziellen Zuschüsse. Insgesamt sei eine zunehmende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreisgebiet zu beobachten. Die Gemeinde Zelasków beispielsweise habe zwei zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet, um die Betriebe bei der Antragstellung für SAPARD-Mittel zu beraten. Nach Auskunft der Gemeindeverwaltung habe sich diese Investition für die Landwirte gelohnt.

Dr. Martin PETRICK, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle, stellte das Europäische Agrarmodell dar.

Dieses Modell sei in den vergangenen Jahren durch die unterschiedlichen Agrarreformen an die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen angepasst worden. Im Zusammenhang mit seiner Grundthese, dass eine starke marktwirtschaftliche

Orientierung das Wohl aller Wirtschaftssubjekte fördere, sei das angestrebte Europäische Agrarmodell mit modernen, wettbewerbsorientierten Betrieben fähig, das Einkommen der Landwirte zu sichern. Die Region Kalisz zeige dafür viele Beispiele: „Für die künftige Entwicklung des Agrarbereiches in Polen kommt es darauf an, die verfügbaren Instrumente der Europäischen Agrarpolitik richtig zu nutzen. Zu dieser „Menü-Auswahl“ gehört insbesondere LEADER+ zur Stärkung der Regionen“, resümierte Dr. Petrick. Die zunehmende internationale Handelsliberalisierung böte vor allem



Podiumsdiskussion mit (v. links) Halina Modlwaska, Arnd Spahn, Mercin Makowiecki (Moderation) und Prof. Theodor Fock

für die wettbewerbsorientierten Betriebe des Landes eine Wachstumschance.

Überbetriebliche Kooperation wünschenswert aber schwierig

Ein interessanter und zugleich kontrovers diskutierter Gesichtspunkt mehrerer Vorträge war die unterschiedliche Form überbetrieblicher Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im Gartenbau. Prof. Leszek KLANK, Institut für Finanzen der Universität Warschau, und Mitglied des Komitees zur Steuerung des SAPARD-Programms, befürwortete die überbetriebliche Zusammenarbeit. Aus unterschiedlichen Gründen sei dies jedoch in Polen nur schwer umsetzbar: „Landwirte sind Individualisten und nicht an gemeinsamen Aktivitäten interessiert“. Beispiele für Erzeugergruppen gäbe es im Bereich Gartenbau, aber nur sehr wenige in der Landwirtschaft. Demgegenüber berichtete Halina MODLWASKA, landwirtschaftliche Beratungsstelle des Kreises Kalisz, von gegenteiligen Erfahrungen: „Das Interesse an unterschiedlichen Kooperationsformen steigt auch unter den Landwirten. Die positiven Beispiele aus dem Gartenbau zeigen ihre Wirkung.“ In der Diskussion erinnerte Marek GALAJ, Koordinator bei ABC Poland, Warschau, daran, dass in Polen 76 % der landwirtschaftlichen Betriebe zur Zeit des Sozialismus nicht kollektiviert worden und die Landwirte große Individualisten seien: „Das erschwert die überbetriebliche Kooperation“.

Arnd SPAHN, Agrarsekretär der European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions (EFFAT), wies auf Probleme im Zusammenhang mit der Abwanderung von Saisonarbeitskräften für die ländlichen Räume in Polen hin. „Derzeit arbeiten mehr als 1 Mio. Saisonarbeitskräfte in den alten Mitgliedsstaaten der EU. Zum einen fehlen diese qualifizierten Arbeitskräfte der he-

mischen Landwirtschaft und helfen z. B. in Spanien mit, binnen kürzester Zeit eine wettbewerbsfähige Konkurrenz beispielsweise für polnische Agrarexportureure von Erdbeeren aufzubauen. Zum anderen übersteigt der Rückfluss der Auslandseinkünfte dieser Arbeitskräfte das Volumen aller europäischen und nationalen Förderprogramme, die in die ländlichen Räume fließen. Das ist ein wirtschaftlicher Faktor, der zu berücksichtigen ist.“ Für die Regionalentwicklung Polens regte Spahn an, Überlegungen zu konkretisieren, um die positiven Effekte dieser Arbeitsmigration für benachteiligte Regionen zu nutzen: „Ist es national gewollt, dass diese Saisonarbeitskräfte aus gut ausgestatteten Betrieben und Regionen kommen oder wäre es wünschenswert, dass auch benachteiligte Regionen von dem ausländischen Arbeitsangebot profitieren?“ Ein kritisches Wort richtete Spahn an die Adresse der ausländischen Direktinvestoren. Ihr Engagement habe vielerorts Arbeitsplätze vernichtet, so z. B. in Kalisz, wo Nestlé einen lokalen Chipshersteller übernommen und 2 500 Arbeitsplätze in dem Unternehmen abgebaut habe. Dadurch hätten auch ca. 200 Kartoffelerzeuger ihren Abnehmer verloren.

Exkursionen

- Nahrungsmittelherzeugung auf hohem Niveau ...

Eine Exkursionsgruppe besuchte Ziele im Kreis Kalisz zum Thema Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft/Gartenbau. Die ausgesuchten Betriebe spiegeln den

Modellcharakter dieser Region wieder: die Obst- und Gemüseerzeuger haben sich in Produzentengruppen organisiert und berichten überwiegend von den Vorteilen dieser überbetrieblichen Kooperation.

Der Betrieb der Familie CHENCZKE, Mitglied in der Erzeugergemeinschaft für Tomaten „Pomidor“, bewirtschaftet allein ca. 5 ha unter Glas. Durch die gemeinsame Vermarktung mit weiteren 14 Erzeugern von z. T. ähnlicher Größe, können Großabnehmer im In- und Ausland kurzfristig mit Ware in ausreichender Menge beliefert werden. Vergleichbare Erfahrungen hat die Apfel-Erzeugergemeinschaft „Kalsad“ gemacht, die die Akquise von Aufträgen in die Hände eines hauptamtlichen Geschäftsführers gelegt hat.

Die betriebseigene Verarbeitung und Vermarktung konnte bei einem Erzeuger von Kohl und Gurken besichtigt werden. Dieser Betrieb produziert Sauerkraut und eingelegte Gurken für den Export (Belarus, Lettland und vor allem Deutschland). Die Betriebsinhaber, das Ehepaar LESIEN, berich-



Intensive Tomatenproduktion unter Glas für in- und ausländische Märkte im Familienbetrieb Chenczke

teten von ihrem betriebswirtschaftlichen Grundsatz, keine Schulden zu machen: „Investiert wird, wenn

Geld da ist.“ Der Betrieb ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, um so dem zunehmenden Konkurrenzdruck entgegenzuwirken: „Die hier besuchten landwirtschaftlichen Betriebe erfüllen in vollem Umfang die Kriterien eines gesunden Unternehmens“, kommentierte Dr. Gerd WESSELMANN, Westdeutsche Genossenschaftszentralbank eG, Abteilung Landwirtschaft, Münster, und Mitglied im Kuratorium der ASG, die wirtschaftliche Darstellung der Exkursionsziele.

- ... und Regionalentwicklung mit Potenzial

Bei der zweiten Exkursionsroute stand das Thema Regionalentwicklung im Vordergrund. Aus Sicht der Gemeindevertreter/-innen vor Ort ist die Verbesserung der technischen Infrastruktur ein wesentliches Ziel, das in den nächsten Jahren mit Hilfe von EU-Fördermitteln realisiert werden soll. Straßen, Stauseen, Abwasserkanäle und Kläranlagen werden derzeit gebaut, um einen Rückstand in diesen Bereichen aufzuholen. Die Planung solcher Vorhaben sowie die Beantragung von Fördermitteln liege bisher in der Hand einzelner Gebietskörperschaften.

Dass die Möglichkeiten zur Entwicklung ländlicher Räume, die eine „Menü-Auswahl“ verschiedener Förderinstrumente bietet, noch nicht ausgeschöpft sind, war der Eindruck der meisten deutschen Teilnehmenden. Prof. Dr. Theodor FOCK, Fachhochschule Neubrandenburg, Fachbereich Agrarwirtschaft und Landschaftsarchitektur, wies in diesem Zusammenhang auf das Angebot des „Politikmixes“ hin, der zur Verfügung stehe und auch den regionalen Bedürfnissen entsprechend genutzt werden sollte. In diesem Bereich lägen noch erhebliche Entwicklungspotenziale.



Gurkenproduktion, betriebseigene Verarbeitung und Vermarktung im Familienbetrieb Lesien

Resümee: Perspektive für Kleinbetriebe unklar

In vielen Beiträgen polnischer Fachleute wurde die unterschiedliche Agrarstruktur Polens angesprochen und als besonders problematisch bewertet. Dr. Wladislaw PISKORZ, Landwirtschaftsattaché der polnischen Vertretung in Brüssel und Unterhändler der polnischen Regierung bei den Beitrittsverhandlungen zur EU, berichtete, dass diese heterogene Betriebsstruktur für mehrere Sonderregelungen der Landwirtschaft Polens in den Beitrittsverhandlungen ausschlaggebend gewesen sei: „Wir haben im Sinne aller polnischen Landwirte verhandelt. Manchmal haben wir riskiert, dass die anderen neun Beitrittsländer die Verhandlungen abbrechen, weil die Zustimmung zu den notwendigen Sonderregelungen zur polnischen Landwirtschaft so schwierig waren.“ Über die Hälfte der ca. 2 Mio. registrierten landwirtschaftlichen Betriebe Polens sind Kleinbetriebe. Nach der Besichtigung der gut ausgestatteten

Betriebe, die einen Wettbewerb nicht zu scheuen brauchen, wurde zum Abschluss der Fachtagung die Perspektive der Kleinbetriebe diskutiert. Eine These lautete, dass die klassische Agrarpolitik in Polen sich mit den besten 10 % der Betriebe beschäftigen werde, Betriebe mit weniger als 2 ha Nutzfläche dagegen Gegenstand der Agrarsozialpolitik würden. Als Gegenthese wurde formuliert, dass durch Direktzahlungen auch an kleine Betriebe diese im Verhältnis zu ihrem erwirtschafteten Einkommen eine bedeutende Einkommenssicherung erhielten. Dadurch würde ein Strukturwandel verzögert und die klassische Agrarpolitik übernehme die Funktion der Agrarsozialpolitik.

Von den Teilnehmenden wurde in einer abschließenden Befragung übereinstimmend betont, dass Veranstaltungen wie diese den Dialog zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten und damit das gegenseitige Verständnis fördern. t k

Agrarpolitik

Folgenabschätzung der Reform der EU-Agrarpolitik

Werner Kleinhanß*

Im Rahmen der Mid Term Review (MTR) der EU-Agrarpolitik wurde Ende Juni 2003 eine weitreichende Reform der EU-Agrarpolitik beschlossen, die neben markt- und preispolitischen Maßnahmen eine weitgehende Entkopplung sowie eine obligatorische Modulation der Direktzahlungen vorsieht. Den Mitgliedsstaaten werden bei der Umsetzung der Reform zahlreiche Ausgestaltungsmöglichkeiten vor allem bezüglich der entkoppelten Prämien eingeräumt. Nach dem derzeitigen Informationsstand wenden knapp zwei Drittel der Mitgliedsstaaten die Betriebsprämie – z. T. mit Teilkopplung – an, die anderen Kombimodelle aus Betriebs- und Regionalmodell.

Deutschland hat sich für das Regionalmodell entschieden. Nach dem im Juli 2004 beschlossenen „Betriebsprämienführungsgesetz“ soll 2005 eine vollständige Entkopplung sowie eine gewisse Angleichung des Prämienniveaus zwischen den Bundesländern vorgenommen werden. In dem zunächst als Kombimodell ausgestalteten System werden unterschiedliche flächenbezogene Zahlungsansprüche für Acker- und Grünland festgelegt sowie eine Betriebsprämienkomponente, abgeleitet aus der Milchprämie und Teilen der Rinder- und sonstigen Prämien. Ab 2009 wird die Betriebsprämienkomponente stufenweise abgeschmolzen und das Niveau der Zahlungsansprüche angeglichen, woraus in der in 2013 erreichten Endstufe einheitliche Zahlungsansprüche je ha LF (differenziert nach Bundesländern) resultieren. Dieses Modell führt zu erheblichen Prämienumverteilungen zwischen Regionen und Betrieben.

Modell und Szenarien

Zur Abschätzung der Folgen der Reform wird das an der FAL entwickelte Betriebsgruppenmodell FARMIS verwendet. Es ist differenziert nach 430 Betriebsgruppen, die auf Datengrundlage der Testbetriebe nach den Selektionskriterien Region, Betriebsformen und Größenklassen gebildet werden. Mit dem Modell ist es möglich, betriebliche Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen zu ermitteln und die Ergebnisse auf Sektorebene hochzurechnen. Die Modellrechnungen beziehen sich auf das Zieljahr 2012, bei dem eine vollständige Umsetzung der Reform angenommen wurde.

Um den partiellen Effekt der Reform abzuschätzen, wird zunächst ein Referenzszenario berechnet, das eine Fortschreibung der derzeitigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen (Agenda 2000) bis 2012 vorsieht. Dieses dient als Vergleichsbasis für die Szenarien der MTR, bei denen wie folgt unterschieden wird:

- **Regionalmodell** (Endstufe) mit nach Bundesländern differenzierten einheitlichen flächenbezogenen Zahlungsansprüchen,

- **Betriebsprämie**, abgeleitet aus dem betriebsindividuellen Umfang prämienberechtigter Verfahren der Referenzperiode.

Für die MTR-Szenarien werden folgende Preisänderungen zugrunde gelegt (2012 gegenüber 1999):

- Roggenpreissenkung um ca. 10 % infolge Aufhebung der Roggenintervention,

- ein Rückgang des Erzeugerpreises für Milch um 17 % gegenüber 12,75 % in der Referenz (sowie eine um ca. 0,5 Prozentpunkte niedrigere Milchleistungssteigerung pro Jahr),

- ein mit -7,5 % geringerer Rückgang der Rindfleischpreise gegenüber -15 % in der Referenz, sowie ein Rückgang der Kälber- und Fresserpreise um 30 % gegenüber 10 % in der Referenz.

Die Modulation mit einem Kürzungssatz von 5 % wird nur in den MTR-Szenarien berücksichtigt, nicht jedoch in der Referenz.

Auswirkungen auf Landnutzung und tierische Produktion

Neben den aus der Aufhebung der Roggenintervention sowie Vertiefung der Milchmarktreform re-

* Werner Kleinhanß, Institut für Betriebswirtschaft der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig (FAL).

Tabelle 1: Auswirkungen auf Flächennutzung sowie Milch- und Rindfleischerzeugung (Regionalmodell)

		Insgesamt		MTR			
		Referenz ¹⁾	MTR	Nord	Mitte	Süd	Ost
Flächennutzung / relative Änderung %							
Getreide	1.000 ha	7.525	-10,5	-4,8	-6,5	-8,3	-18,7
Roggen	1.000 ha	762	-26,4	-17,3	-19,2	-22,2	-30,7
Hülsenfrüchte	1.000 ha	235	-17,7	-4,4	-6,2	-8,8	-21,2
Ölsaaten ²⁾	1.000 ha	1.323	-4,1	-5,5	-2,2	-8,6	-2,7
Flächenstilllegung ³⁾	1.000 ha	811	47,1	8,6	23,2	30,7	75,3
Silomais	1.000 ha	1.022	-6,9	-0,4	-5,6	-4,9	-17,3
Sonstiges Ackerfutter	1.000 ha	783	20,4	26,6	32,3	28,5	8,7
Grünland	1.000 ha	4.275	1,9	0,0	0,0	0,9	7,2
LF genutzt	1.000 ha	15.654	0,5	0,0	0,0	0,3	1,3
Milch- und Rindfleischerzeugung / relative Änderung %							
Milcherzeugung	1.000 t	29.104	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Mastbullen	1.000 St.	2.218	-17,4	-17,8	-29,1	-9,7	-33,3
Ammen- und Mutterkühe	1.000 St.	461	-41,1	-50,7	-45,7	-42,6	-31,6
Rindfleischerzeugung	1.000 t	1.092	-8,5	-11,4	-14,2	-3,1	-9,5

1) Enstufe der Agenda 2000, Zieljahr 2012.

2) Inkl. NR-Raps auf Stilllegungsflächen.

3) Inkl. Energiepflanzen auf Stilllegungsflächen.

Quelle: FARMIS, eigene Berechnungen auf Basis von BMVEL-Testbetrieben.

sultierenden Preissenkungen sind vor allem aufgrund der Entkopplung betriebliche Anpassungen zu erwarten.

Flächennutzung

Auswirkungen auf die Flächennutzung unter Bedingungen des Regionalmodells¹ sind in Tabelle 1 für den Sektor sowie differenziert nach vier Regionen² dargestellt:

- Bei Getreide ist ein Flächenrückgang um durchschnittlich 10 % zu erwarten, wobei die Anpassungen in den alten Bundesländern deutlich niedriger und in den neuen Bundesländern fast beim Doppelten liegen. Maßgeblich dazu trägt Roggen bei, der durch die stärkere Preissenkung um durchschnittlich ein Viertel, in den neuen Bundesländern sogar etwa um ein Drittel eingeschränkt wird.

- Bei Ölsaaten insgesamt zeichnet sich ein leichter Rückgang um 5 % ab. Die Einschränkung der Food-Ölsaaterzeugung um durchschnittlich 12 % wird z. T. aufgewogen durch den Anstieg von nachwachsende Rohstoffe (NR)-Ölsaaten, die einerseits von der produktionsgebundenen Energiepflanzenprämie sowie andererseits von dem größeren Umfang der freiwillig stillgelegten Flächen profitieren.

- Hülsenfrüchte werden in Größenordnung von 18 % eingeschränkt, was darauf hindeutet, dass der produktionsgebundene Prämienzuschlag nicht ausreicht, deren Wettbewerbsfähigkeit auf den bisherigen Standorten sicher zu stellen.

- Bei der Ackerfüttererzeugung ergibt sich eine teilweise Einschränkung von Silomais zu-

gunsten von extensiverem sonstigen Ackerfutter. Durch die Entkopplung verliert Silomais seinen bisher durch die Silomaisprämie bestehenden Wettbewerbsvorteil gegenüber sonstigen Verfahren der Raufüttererzeugung.

- Die leichte Zunahme der Hauptfütterfläche – trotz abnehmender Rinderbestände – lässt sich damit erklären, dass bisher brachgefallenes Grünland als Prämiennachweisfläche wieder zur (extensiven) Raufüttererzeugung herangezogen wird.

- Die Flächenstilllegung (einschließlich NR-Ölsaatenfläche) wird um durchschnittlich knapp 50 % ausgeweitet. Während der Stilllegungsumfang in Region Nord nur um ca. 10 % zunimmt, steigt er in Region Ost um ca. 75 % an, was auf hohe Still-

¹ Nach unseren Analysen führen Regional- und Betriebsmodell zu vergleichbaren Angebotseffekten, weshalb im Folgenden nur die Ergebnisse für das Regionalmodell dargestellt werden.

² Region Nord: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen; Region Mitte: Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; Region Süd: Bayern, Baden-Württemberg; Region Ost: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

legungsumfänge vor allem auf ertragsschwachen Standorten hindeutet.

Milch- und Rindfleisch-erzeugung

Trotz Preissenkung und Entkopplung der Milchprämie wird der Umfang der Milcherzeugung auf sektoraler Ebene entsprechend der Milchquotenmenge beibehalten. Über den Quotenhandel zeichnet sich jedoch eine teilweise Verlagerung der Milcherzeugung von kleineren in mittlere und größere Milchkuhbestände ab.

Die Rindfleischerzeugung ist durch die Reform mit am stärksten betroffen. Der Umfang der Mutterkuhhaltung wird nach den Modellergebnissen um über ein Drittel eingeschränkt. Ein geringer Rückgang der Kälber- und Fresserpreise würde zu geringeren Produktionseinschränkungen führen. Schließlich könnten bestimmte Mindestviehbesatzdichten, z. B. im Rahmen der „Ausgleichszulage“ oder Agrarumweltprogramme, zu einer Stabilisierung der Mutterkuhhaltung im Sinne einer „tierbezogenen Landschaftspflege“ beitragen.

Der Umfang der Bullenmast geht um durchschnittlich 17 % zurück. Betriebe mit niedriger Besatzdichte, in denen Bullenmast als Koppelproduktion zur Milcherzeugung durchgeführt wird, schränken ihre Erzeugung weit überdurchschnittlich ein. Spezialisierte Betriebe mit hoher Besatzdichte schränken ihre Erzeugung hingegen unterdurchschnittlich ein bzw. dehnen sie sogar leicht aus; dies trifft vor allem für die Regionen mit intensiver Bullenmast (Nord und Süd) zu. Die Wettbewerbsfähigkeit der Bullenmast hängt bei entkoppelten Prämien künftig vor allem von der Marktpreisentwicklung für Bullenfleisch sowie den Kälber- und Fresserpreisen ab.

Die Rindfleischerzeugung insgesamt nimmt nur um knapp 9 % ab, weil die Erzeugung von „Kuhfleisch“ als Koppelprodukt der Milcherzeugung annähernd konstant bleibt. Ebenfalls nimmt der Umfang der Färsenmast leicht zu, was analog zu Ackerfutter auf den Wegfall der Prämienbegünstigung zurückgeführt werden kann.

Einkommenseffekte

Das in Deutschland beschlossene Entkopplungsmodell mit einheitlichen flächenbezogenen Zahlungsansprüchen nach Bundesländern führt vor allem in der Endstufe zu erheblichen Prämienumverteilungen gegenüber dem Standardmodell der Betriebsprämie. Deshalb werden das Regionalmodell und die Betriebsprämie in ihren Einkommenseffekten gegenüber der Referenz (Agenda 2000) verglichen, wobei Überwälzungseffekte auf die Pachtpreise für Flächen ausgeklammert werden.

Auf sektoraler Ebene sind Einkommenseinbußen (Tabelle 2), ausgedrückt durch die Nettowertschöpfung (NWSF)³, von 3,9 % beim Betriebsmodell bzw. 4,1 % beim Regionalmodell zu erwarten. Die etwas ungünstigeren Einkommenseffekte des Regionalmodells sind u. a. darauf zurückzuführen, dass über die Cross-Compliance-Auflagen hinsichtlich der Pflegeverpflichtung ehemals brachgefallene Flächen wieder in „extensive“ Nutzung genommen werden.

Durch Prämienumverteilungen beim Regionalmodell, die vor allem zu Lasten von Betrieben mit intensiver Rindermast oder Milcherzeugung gehen, zeichnen sich unterschiedliche Einkommensänderungen auf regionaler Ebene ab (Tabelle 2). Die durch intensive Rinder- und Milchviehhaltung gekennzeichneten Regionen Nord bzw. Süd haben beim Regionalmodell ungünstigere Einkommenseffekte zu erwarten als bei

Tabelle 2: Einkommenseffekte nach Regionen bzw. Betriebsformen (NWSF)

	Betriebs- prämie % Ref	Regional- modell ¹⁾ % Ref
Insgesamt	-3,9	-4,1
nach Regionen		
Nord	-1,5	-3,2
Mitte	-2,6	-1,2
Süd	-2,3	-3,8
Ost	-8,9	-6,4
nach Betriebsformen		
Marktfrucht	-3,8	0,7
Futterbau	-5,5	-9,3
Veredlung	-1,4	-0,6
Gemischt	2,2	-4,6

1) Prämienniveau sektoral kalibriert auf den der Betriebsprämie.

Quelle: FARMIS, eigene Berechnungen auf Basis von BMVEL-Testbetrieben.

³ Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten umfasst das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Hierbei ist zu beachten, dass in diesem Einkommensindikator noch keine Pachtzahlungen berücksichtigt sind.

der Betriebsprämie. Die Region Mitte profitiert von der regionalen Prämienumschichtung, wodurch geringere Einkommenseinbußen beim Regionalmodell als bei der Betriebsprämie auftreten. In der Region Ost sind überdurchschnittliche Einbußen von 8,9 % bei der Betriebsprämie bzw. von 6,4 % beim Regionalmodell zu erwarten, die auf einen größeren Anteil modulationsbedingter Kürzungen sowie Erlöseinbußen vor allem bei Roggen zurückzuführen sind.

Zwischen den Betriebsformen zeichnen sich aufgrund der Prämienumverteilung ebenfalls unterschiedliche Einkommenseffekte ab. Während in Marktfruchtbetrieben bei der Betriebsprämie Einkommenseinbußen von 3,8 % auftreten, ist beim Regionalmodell sogar ein leichter Einkommenszuwachs von 0,7 % zu erwarten, der z. T. aus Mitnahmeeffekten in Betrieben mit Zuckerrübenanbau resultiert. In Futterbaubetrieben treten bei der Betriebsprämie Einbußen von 5,5 % auf, die sich

beim Regionalmodell nahezu verdoppeln (-9,3 %).

Die Einkommenseffekte sind noch ausgeprägter in Betrieben mit Milchviehhaltung und Bullenmast.⁴

Betriebe mit Milchviehhaltung

In Abbildung 1 sind die Einkommenseffekte für Milchviehhaltende Betriebe, differenziert nach Regionen und Bestandsgrößen, dargestellt. Im Fall der Betriebsprämie ist in Betrieben mit bis zu 20 Kühen in der Region Nord ein geringer Einkommenszuwachs zu erwarten, der u. a. auf preisbedingte Erlöszuwächse bei Rindfleisch zurückzuführen ist. In den Regionen Mitte und Süd treten leichte Einbußen auf. In Betrieben mit mehr als 20 Kühen belaufen sich die Einkommenseinbußen auf 5 bis 10 %.

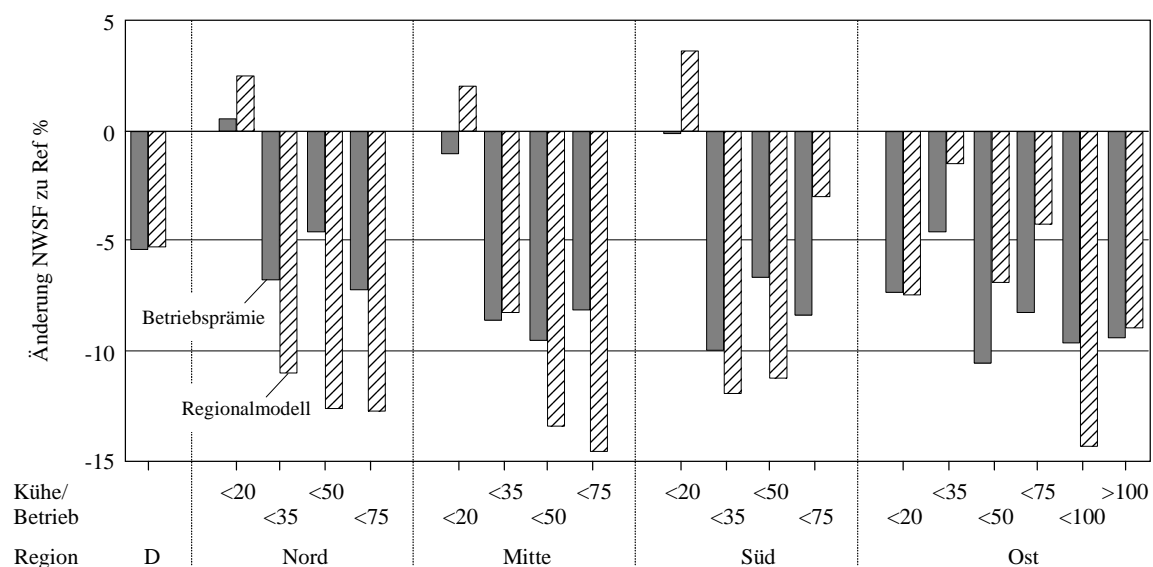
Beim Regionalmodell treten in Betrieben der alten Länder mit bis zu 20 Kühen positive Einkommenseffekte auf. In den größeren

Betrieben der Region Nord ergeben sich fast doppelt so hohe Einbußen im Vergleich zur Betriebsprämie. In den Regionen Mitte und Süd treten in einigen Größenklassen z. T. bedeutend höhere Einbußen auf. In der Region Ost treten in zwei Gruppen höhere, in den anderen geringere Einkommenseinbußen auf.

Betriebe mit Bullenmast

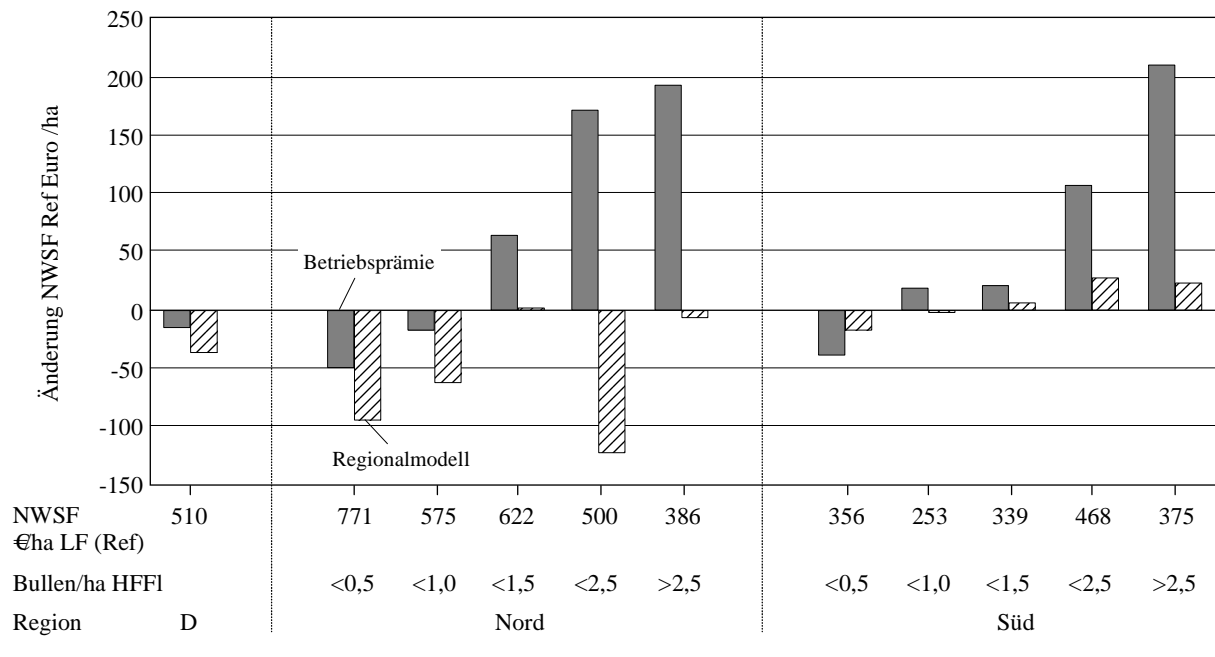
In Abbildung 2 sind die Einkommenseffekte (in Euro je Hektar LF) für Betriebe mit unterschiedlicher Besatzdichte dargestellt. Bei der Betriebsprämie weisen Betriebe mit niedriger Besatzdichte Einbußen von bis zu 50 €/ha auf, die vornehmlich aus dem Milchbereich resultieren. In Betrieben ab 1 Bulle/ha Hauptfutterfläche (HFFI) zeichnen sich Einkommenszuwächse ab, die in den Gruppen mit mehr als 2,5 Bullen/ha auf ca. 200 €/ha ansteigen. Diese Einkommenszuwächse sind vor allem auf preisbedingte Erlöszuwächse für Rindfleisch sowie auf niedrigere Kälberpreise zurückzuführen.

Abbildung 1: Einkommenseffekte (NWSF) in Betriebsgruppen mit Milchviehhaltung nach Milchkuhbestand



Quelle: FARMIS, eigene Berechnungen auf Basis von BMVEL-Testbetrieben.

⁴ Da die Schichtungen auf Basis der Betriebsgruppen vorgenommen werden, ergeben sich z. T. überlagernde Effekte durch Milchvieh- bzw. Mastbullenhaltung.

Abbildung 2: Einkommenseffekte (NWSF) in Betrieben mit Bullenmast (> 10 verkaufte Mastbullen je Jahr in der Referenz)

Quelle: FARMIS, eigene Berechnungen auf Basis von BMVEL-Testbetrieben.

Im Falle des Regionalmodells wird das Tierprämienvolumen auf die Fläche umverteilt. Im Durchschnitt sind Einkommenseinbußen von knapp 40 €/ha zu erwarten. In Betrieben der Region Nord mit < 1 Mastbulle/ha HFFI sind um etwa 50 €/ha ungünstigere Einkommenseffekte zu erwarten als bei der Betriebsprämie. In der Gruppe mit mehr als 1,5 Bullen betragen die Einbußen gegenüber der Betriebsprämie 200 bis 300 €/ha. In der Region Süd weisen die Gruppen mit mehr als 1 Bullen/ha HFFI zwar leichte positive Einkommenseffekte auf, in Betrieben mit mehr als 2,5 Bullen/ha HFFI treten gegenüber der Betriebsprämie jedoch Einbußen von knapp 200 €/ha auf.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Durch die Reform der EU-Agrarpolitik sind vielfältige betriebliche Anpassungen zu erwarten, die auf Grundlage von Modellrechnungen abzuschätzen versucht werden. Bei der Flächennutzung ist ein Rückgang der Getreidefläche zu

erwarten, der z. T. auf die stärkere Einschränkung der Roggenfläche zurückzuführen ist. Durch Aufhebung der Prämienbegünstigung von Silomais wird dieser teilweise durch sonstiges Ackerfutter ersetzt. Auf ungünstigen Standorten wird die Flächenstilllegung relativ stark ausgeweitet. Die Milcherzeugung wird bei der zugrunde liegenden Preis- und Leistungsentwicklung nicht eingeschränkt. Die Wettbewerbsfähigkeit der in der Vergangenheit sehr „prämienabhängigen“ Bullenmast und Mutterkuhhaltung wird durch die Entkopplung der Direktzahlungen stark beeinträchtigt. Der Entwicklung der Rindfleisch- und Kälberpreise sowie der in einigen EU-Ländern angewendeten Teilkopplung der Tierprämien kommt eine erhebliche Bedeutung hinsichtlich der künftigen Angebotsentwicklung zu.

Obwohl durch die Entkopplung der Direktzahlungen positive Einkommenseffekte erwartet werden, zeichnen sich unter den zugrunde liegenden Szenariobedingungen auf sektoraler Ebene leichte Ein-

kommenseinbußen ab. Die in Deutschland beschlossene Umgestaltung des Prämiensystems in einheitliche flächenbezogene Zahlungsansprüche führt zu beträchtlichen Einkommenseinbußen in Betrieben mit intensiver Milchviehhaltung bzw. Bullenmast, während Betriebe mit hohen Zuckerrübenanteilen profitieren. Milchviehbetriebe haben gewisse Kostenentlastungen aus Preissenkungen für die Milchquote zu erwarten. Der beim Regionalmodell sich abzeichnende Anstieg der Pachtpreise für Grünland dürfte hingegen zu einer Verstärkung der o. g. ungünstigen Einkommenseffekte intensiver Milchviehbetriebe beitragen.

Literatur

KLEINHANSS W., HÜTTEL S., OFFERMANN F. (2004): Auswirkungen der MTR-Beschlüsse und ihrer nationalen Umsetzung. Institut für Betriebswirtschaft der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Arbeitsbericht 5/2004. <http://www.bw.fal.de>

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Kurzes Hühnerg Glück

beleuchtet von Rainer Münch

Der „Westfälische Frieden“ oder auch „Frieden von Münster und Osnabrück“, der am 24. Oktober 1648 geschlossen wurde und der bekanntlich den Dreißigjährigen Krieg beendete, hat sich seither als vergleichsweise stabil erwiesen, zumindest was die Vereinbarungen der Kaiserlichen mit Schweden anbetrifft. Als weniger dauerhaft wird hingegen der im März dieses Jahres zwischen den Agrarministern des Bundes und der Länder vereinbarte „Hühnerfrieden von Osnabrück“ in die Geschichtsbücher eingehen. Selbst bei wohlmeinender Betrachtung hielt der Hühnerfrieden gerade mal einen Sommer. Böse Zungen behaupten gar, so richtig friedlich war es nicht mehr als ein paar Stunden zwischen den Länderministern und der Bundesministerin, nachdem sie sich am 26. März 2004 in Osnabrück auf eine „Kleinvoliere“ als zukünftige Unterbringungsform für das eierlegende deutsche Huhn verständigt hatten. Eigentlich hatten die Ministerinnen und Minister auf ihrer Herbstkonferenz, die Anfang Oktober in Warberg stattfand, das Werk vollenden und den Hühnerfrieden besiegeln wollen. Im Ergebnis, so heißt es aus gewöhnlich gut unterrichteten Verhandlungskreisen, müsse man jedoch froh sein, dass es beim Versuch eines endgültigen Friedensschlusses nicht zu Handgreiflichkeiten zwischen den Beteiligten gekommen sei. „Erpressung“, „Verbohrt-heit“, „Falsches Spiel“ – die Liste der in Warberg von der einen oder anderen Seite erhobenen Vorwürfe ließe sich fortsetzen. In der Sache ist Bundesministerin Renate KÜNAST der Auffassung, eine Kleinvoliere müsse mindestens so hoch sein, „dass ein Huhn bequem unter- und ober-

halb der Sitzstange her spazieren kann“ – also eine Höhe von gut 1 m aufweist. Fast alle Länderkollegen gehen demgegenüber davon aus, dass sich ein Huhn auch mit der Hälfte zufrieden geben könnte, nicht zuletzt weil die Hühnerhalter mit solcherart stapelbaren Volieren in ihren vorhandenen Ställen genügend Hühner für ein wirtschaftliches Auskommen unterbringen könnten. Richtige Verhandlungen sollen zwischen den Ministern aus Zeitgründen gar nicht stattgefunden haben, wengleich der Vorschlag des Bundes zumindest stilecht präsentiert wurde: Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Dr. Till BACKHAUS wies darauf hin, die Vorlage sei ihnen am ersten von zwei Konferenztagen „auf den Tisch geflattert“ ...

Überhaupt schien Backhaus, auf dessen Sprachgewalt der „Frieden von Osnabrück“ zurückgeht, das Scheitern geradezu persönlich zu nehmen. Er hielt Frau Künast schwere Versäumnisse vor und unterstellte ihr zumindest indirekt, sie habe von vornherein überhaupt kein Interesse an einem Kompromiss gehabt. Die so Gescholtene widersprach nur halbherzig, indem sie auf die „Erpressung“ der Unionsländer im Bundesrat verwies, die ihre Zustimmung zur längst überfälligen Umsetzung der EU-Schweinehaltungsrichtlinie von einer Änderung der 2001 im Bundesrat beschlossenen Legehennenverordnung in Richtung eines ausgestalteten Käfigs oder einer Kleinvoliere abhängig gemacht hatten – und dies auch weiterhin tun, wie Niedersachsens Ressortchef Hans-Heinrich EHLEN in Warberg versicherte. Für die weiteren Gespräche wurde eine Arbeitsgruppe einberufen – selten hat das alte Dichterwort „Wenn ich

nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis“ so gepasst wie in diesem Fall.

Künast bekommt schwarze und rote Stirn gezeigt

Der „Volierenkrieg“ ist indes nur ein Beispiel dafür, dass sich die agrarpolitischen Fronten zuletzt verschoben haben. Immer öfter sieht sich Frau Künast in jüngster Zeit einer „Großen Koalition“ von Union und SPD gegenüber, zumindest in den Ländern. Auf Burg Warberg hielten lediglich die Parteifreunde aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein der grünen Ministerin in Sachen „Hühner“ die Stange. Alle anderen zeigten ihr hingegen ihre schwarze oder rote Stirn. Ähnlich verhält es sich derzeit bei der Novelle des Gentechnikgesetzes. Dort drohte zwischenzeitlich sogar eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat und damit das Aus für das Gesetzesvorhaben, nachdem wiederum Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz aus der Koalitionslinie ausgeschert waren und ihre Unzufriedenheit mit dem Gesetzeswerk zum Ausdruck gebracht hatten. Dem Vernehmen nach hat mittlerweile das Kanzleramt ein Machtwort gesprochen, so dass das Gesetz aller Voraussicht nach die Länderkammer unbeschadet überstehen wird. Allerdings soll es einige Klarstellungen in den Durchführungsverordnungen geben, die den Anliegen der Unzufriedenen entgegenkommen. Beispielsweise soll ausdrücklich festgelegt werden, dass die im Gesetz vorgesehene gesamtschuldnerische Haftung andere Lösungen nicht ausschließt, etwa einen Haftungsfonds der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Einige Mühe bereitet es der Bundesregierung auch, beim Haus-

haltsbegleitgesetz „den Laden zusammenzuhalten“. Hier ist es vor allem die geplante Kappung der Steuervergünstigung für Agrardiesel bei 10 000 l pro Betrieb, der schon die SPD-Bundestagsfraktion nur zähneknirschend und erst nach Ermahnung von höchster Stelle zugestimmt hatte, gegen die jedoch die Landesregierungen in Brandenburg und – wen wundert's – Mecklenburg-Vorpommern offen Widerstand angekündigt haben. Ob die Rebellion allerdings so weit geht, dass die betreffenden SPD-Ministerpräsidenten im Bundesrat mit den unionsregierten Ländern gegen das Haushaltsbegleitgesetz stimmen werden und damit einen Einspruch mit Zwei-Drittel-Mehrheit gegen das Gesetz ermöglichen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Immerhin könnte Bundesfinanzminister Hans EICHEL, der mit dem Haushaltsbegleitgesetz Einnahmen von rund 370 Mio. € im Jahr erwartet, ein solches Abstimmungsverhalten seiner Genossen als ziemlich unfreundlichen Akt verstehen. Im Vorfeld der anstehenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss dürften daher noch einige Telefonate zwischen den Parteistrategen geführt werden – Backhaus ist schließlich nicht nur Minister, sondern auch Landesvorsitzender der SPD in Mecklenburg-Vorpommern ...

Das Bild vom „Sofa-Mulcher“

Wer nun glaubt, Frau Künast sehe sich allein auf weiter Flur einer breiten Phalanx aus widerspenstigen Sozialdemokraten und einer ohnehin feindlich gesonnenen Union gegenüber, der täuscht sich. Kein Geringerer als der scheidende EU-Agrarkommissar Dr. Franz FISCHLER ist der Bundesministerin auf einem anderen, heftig umkämpften Schlachtfeld zur Seite gesprungen. Entzündet hatte sich der Streit um die sog.

Cross Compliance-Verordnung an der Frage, was denn ein Landwirt künftig mindestens leisten muss, um als Gegenleistung die beschlossene entkoppelte Flächenprämie zu bekommen. „Es kann und wird keine Nichtsteuer-Prämie geben“, schrieb Fischler den verutzten deutschen Agrarministern bei seinem Abschiedsbesuch in Warberg ins Stammbuch. Aus seiner Sicht (damit die der Kommission) reicht es nicht aus, eine Fläche lediglich zu mulchen und damit bereits in den Genuss der Prämie zu kommen. Damit haute der Kommissar den Länderministern ihren im Bundesrat gefassten Beschluss zur Cross Compliance buchstäblich um die Ohren. Eine Mehrheit der Länder hatte durchgesetzt, dass die Auflagen für die Instandhaltung von Flächen, die aus der Produktion genommen worden sind, gegenüber dem Regierungsentwurf erheblich abgeschwächt werden. Unter anderem soll nach den Vorstellungen der unionsregierten Länder auf Ackerflächen ein Mulchen ausreichen. Hingegen wurde eine Verpflichtung zum aktiven Begrünen dieser Flächen ebenso abgelehnt wie die Auflage eines jährlichen Mulchens. Von Seiten des Bundeslandwirtschaftsministeriums war bereits das Bild vom „Sofa-Mulcher“ in die öffentliche Debatte gebracht und dankbar von einigen Blättern aufgenommen worden. Vielleicht hat Fischler geahnt, wie gefährlich eine solche Debatte für „seine Agrarpolitik“ werden kann, indem sie letztlich an den finanziellen Grundpfeilern rüttelt. Vielleicht haben aber auch strukturpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt, denn welcher ältere Landwirt gibt schon gerne Flächen ab, wenn es so leicht wird, die Flächenprämie zu kassieren? Wie dem auch sei, die Worte des Österreichers sollen bei den deutschen Ministern Eindruck hinterlassen haben. Nach neuesten Informationen wird Ministerin Kün-

ast nunmehr die vom Bundesrat entschärfte Verordnung zwar verkünden, weil sie nach dem EU-Recht verpflichtet ist, die Cross-Compliance-Vorgaben umzusetzen. Allerdings wird die Ministerin anschließend eine Änderungsverordnung hinterher schicken, mit der sie doch noch ihre ursprünglichen Auflagen durchbringen will. Dem Vernehmen nach werden die meisten Länder sich dem nunmehr nicht in den Weg stellen ...

Man darf gespannt sein auf die nächste große Koalition

An dieser Stelle ist es fast überflüssig zu behaupten, dass auch die Agrarsozialpolitik weiter auf der agrarpolitischen Agenda bleibt. Das Heft des Handelns hat dieses Mal die SPD in die Hand genommen und ein Grundsatzpapier zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorgelegt. In dem Papier, das eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Martin WILLE, erarbeitet hat, spricht sich die SPD dafür aus, das eigenständige System auf absehbare Zeit zu erhalten und gleichzeitig zu modernisieren. Unter „Modernisierung“ wird verstanden, dass die Agrarsozialpolitik künftig nicht zur nationalen Einkommenspolitik herangezogen und bestehende Vorteile gegenüber den allgemeinen Sicherungssystemen abgebaut werden. Innerhalb der Landwirtschaft gehe es darum, bestehende, teilweise gravierende Beitragsunterschiede abzubauen. Wirksame Maßnahmen müssten ergriffen werden, die zu hohen Verwaltungskosten abzubauen. Einig ist die SPD, dass Reformen nur parteiübergreifend im Konsens machbar seien. Man darf gespannt sein auf die nächste große Koalition ...

Landwirtschaft

Landwirtschaftsminister Ehlen hält landwirtschaftliche Sorgentelefone und Familienberatungen weiterhin für notwendig

Einmal im Jahr treffen sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen der drei niedersächsischen Sorgentelefone für landwirtschaftliche Familien und der Familienberatungen zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Fortbildung. Am 30. September 2004 fand das diesjährige Treffen im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide (BTO) in Barendorf bei Lüneburg statt. Hierzu war der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich EHLEN eingeladen, mit dem die Ehrenamtlichen über ihre Arbeit und die Situation landwirtschaftlicher Familien diskutierten.

Minister Ehlen dankte den Ehrenamtlichen für ihr großes Engagement bei der Unterstützung landwirtschaftlicher Familien und unterstrich die Notwendigkeit ihrer Arbeit: „Dass wir das Instrument der Sorgentelefone brauchen, zeigt die Anzahl der Anrufe.“

1993 wurden die drei Sorgentelefone in Barendorf, Rastede und Oesede mit Finanzierung durch das niedersächsische Landwirtschaftsministerium und mit Unterstützung durch die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) aufgebaut. Seitdem fanden etwa 2 800 Anrufer/-innen Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme. Da immer häufiger auch Anfragen kamen, ob die Berater/-innen auf die Betriebe kommen könnten, wurde 1997 die Ländliche Familienberatung Oesede ins Leben gerufen. Jeweils eine Beraterin und ein Berater fahren zu den Familien, um hier die Gespräche zwischen den verschiedenen Generationen wieder in Gang zu bringen und die Familien für ihren weiteren Weg zu stabilisieren. In Barendorf können sich landwirtschaftliche Familien seit 2001 persönlich von einem Berater und einer Beraterin helfen lassen, Wege aus der Krise zu finden (der Kontakt erfolgt über das Sorgentelefon).

Inzwischen nehmen die Sorgentelefone und landwirtschaftlichen Familienberatungen einen wichtigen Platz zwischen landwirtschaftlicher und sozio-ökonomischer Beratung der Landwirtschaftskammern sowie der Beratung des Landvolks ein.

Hofübergabe-, Generationen- und Beziehungsprobleme

Ludger ROLFES, landwirtschaftliche Familienberatung Oesede, Hennig HÖLSCHER, Sorgentelefon Rastede, und Prof. Dr. Kurt CZERWENKA, Sorgentelefon Barendorf, berichteten von der Arbeit der Ehrenamtlichen. Meist seien es komplexe Problemsituationen, die von den Anrufern/-innen beschrieben würden. Hierzu gehörte insbesondere die Problematik der Hofübergabe. In vielen landwirtschaftlichen Familien wollten die Kinder aufgrund einer fehlenden Perspektive im Agrarsektor den Betrieb nicht weiterführen, was häufig zu Frustrationen beim Betriebsleiterhepaar führe. In anderen Familien gäbe es zwar Hofü-



Foto: R. Meyer

Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen und Hella Lietz, Vorsitzende des Trägervereins „Sorgentelefon für landwirtschaftliche Familien e.V.“, Barendorf

bernehmer/-innen; diese würden jedoch durch zu hohe Altenteilsforderungen der abgebenden Generation so stark belastet, dass sie in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. In solchen Fällen könnten die ehrenamtlichen Berater/-innen Hilfe zur Selbsthilfe geben und dafür sorgen, dass in der Familie über die Problematik geredet und die Familie wieder handlungsfähig werde. Auch würden häufig Generationenkonflikte, Probleme zwischen der ursprünglichen Familie und eingetragenen Schwiegertöchtern/-söhnen, zwischen Ehepartnern sowie (Alkohol-)Sucht, Vereinsamung oder

Überforderung als Unternehmer/-in angesprochen.

Ehrenamtliche Arbeit muss unterstützt werden

So sehr sich auch die Ehrenamtlichen engagierten – ganz ohne finanzielle Mittel ließen sich weder Sorgentelefone noch Familienberatungen aufrechterhalten. Um eine qualifizierte Beratung anbieten zu können, sei es notwendig, die Ehrenamtlichen aus- und weiterzubilden. Darüber hinaus fielen Fahrtkosten für die Fahrten zu den Höfen an. Insgesamt entsprechen die von den Ehrenamtlichen geleistete Arbeit mehreren Ganztagsstellen.

Auch wenn das Land nur in der Lage sei, finanziell in geringem Maß zu der Arbeit der Sorgentelefone und Familienberatungen

beizutragen, so bat Minister Ehlen doch darum, diese möglichst weiterzuführen: „Wir sind froh, dass es Institutionen gibt, die einen großen Teil ihrer Arbeit mit Ehrenamtlichen abdecken und wissen auch, dass wir Geld dazu tun müssen, damit sie erhalten bleiben. Wir können aber auch nicht bei anderen Einrichtungen Kürzungen vornehmen und sagen, dieses Projekt läuft 100 % so weiter.“

Telefonnummern der Sorgentelefone und Familienberatungen

Die Sorgentelefone und Familienberatungen in Niedersachsen sind montags über die folgenden Telefonnummern zu erreichen:

Sorgentelefon Barendorf:
(04137) 81 25 40, 9 bis 12 Uhr,

Familienberatungen nach Vereinbarung am Sorgentelefon.

Sorgentelefon Oesede:
(05401) 86 68 20, 8.30 bis 12 Uhr und 19.30 bis 22.00 Uhr;
Familienberatungen nach Vereinbarung unter (05407) 50 62 61.

Sorgentelefon Rastede:
(04402) 8 44 88, 9 bis 12 Uhr und 18 bis 21 Uhr.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch zwei Beiträge von Birgit STEINMEIER, Geschäftsführerin des Evangelischen Dorfhelferinnenwerks Niedersachsen e.V., und Jens UFFMANN, stellv. Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Lüneburg, die im Folgenden gesondert dargestellt werden.

■ Dorfhelferinnen werden von allen Krankenkassen finanziert

Ein anderes Hilfsangebot für landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Familien stellte Birgit STEINMEIER, Geschäftsführerin des Evangelischen Dorfhelferinnenwerks Niedersachsen e.V., vor. Das Werk ist eine diakonische Einrichtung und wird von den evangelischen Kirchen Niedersachsens getragen. Seit der Gründung 1960 hat es die Aufgabe, Familien auf dem Lande in Notsituationen zu helfen. Die Dorfhelferinnen vertreten Mütter im Haushalt, wenn diese aufgrund von Krankheit, Unfall, Schwangerschaft, Entbindung, Kur oder Tod ausfallen. Bei ihren Einsätzen in den Familien erfüllen die Dorfhel-

ferinnen pädagogische, pflegerische und hauswirtschaftliche Aufgaben. Für ihre Fortbildung (aufbauend auf der Ausbildung zur Hauswirtschafterin), Anstellung, Vermittlung und Betreuung trägt der Verein Sorge, das Land Niedersachsen fördert die Fortbildung.

Anspruch auf eine Vertretung haben alle Frauen mit Kindern unter 12 Jahren, sofern sie in einer nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse versichert sind und alle Frauen mit Kindern unter 14 Jahren, die bei den landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern versichert sind. Je nach Einsatz-

grund kann eine Kostenerstattung auch durch andere Träger wie die Berufsgenossenschaften, Renten-träger, Sozial- und Jugendämter erfolgen.

Das Dorfhelferinnenwerk arbeitet – wie auch die Sorgentelefone und Familienberatungen – zu einem großen Teil mit Ehrenamtlichen. Die Ehrenamtlichen führen beispielsweise die 39 regionalen Dorfhelferinnenstationen in Niedersachsen.

Auskünfte erteilt das Evangelische Dorfhelferinnenwerk Niedersachsen e.V., Hannover, unter (0511) 12 41 539.

■ Arbeitswirtschaftliche Einsparungen und Gewinnerhöhung durch Kooperation in der Landwirtschaft

Ein innovatives Beispiel für die Zusammenarbeit in der Landwirtschaft stellte Jens UFFMANN, stellv. Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Lüneburg, vor. Der 38-jährige Diplom-Agraringenieur

betreibt zusammen mit zwei benachbarten Betriebsinhabern (56 und 72 Jahre) eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Gemeinsam wurde noch ein weiterer Betrieb hinzu gepachtet. Die Be-

triebsleiter bringen ihre Arbeitskraft zu 100 % (Jens Uffmann, geschäftsführender Gesellschafter), zu 30 % bzw. gar nicht ein. Weiterhin arbeiten zwei fest angestellte Mitarbeiter, ein Auszubil-

dender und drei Saisonarbeitskräfte in der GbR. Auf dem Betrieb Uffmann helfen noch die Ehefrau und die Altenteiler bei der Arbeit.

Auf 630 ha sandigen bis lehmigen (steinigen) Böden betreibt die GbR Ackerbau, auf dem Betrieb Uffmann werden darüber hinaus 800 Schweine gemästet. Bei 625 mm Niederschlag im Jahr hat die GbR 560 ha unter Beregnung. Zwei Betriebe sind voll-, zwei teilarrondiert; die Flächen sind über ein gut erschlossenes Wegenetz erreichbar. Angebaut werden 190 ha Hackfrüchte (70 ha Zuckerrüben und 120 ha Kartoffeln) sowie 365 ha Druschfrüchte (Weizen, Roggen, Gerste, Raps); 75 ha sind stillgelegt.

Hohe persönliche und organisatorische Anforderungen

Uffmann betonte, dass für eine funktionierende Zusammenarbeit alle Beteiligten eine große Kompromissbereitschaft mitbringen müssten, Entscheidungen abgesprochen und Zuständigkeiten klar geregelt werden. Hier seien viel Verständnis und Vertrauen untereinander gefragt. Für ihn habe sich der Arbeitsalltag vor allem dahingehend geändert, dass die sozialen und organisatorischen Ange-

legenheiten einen großen Anteil an seiner Arbeit ausmachten. Als Geschäftsführer sei er Ansprechpartner für alle Mitarbeiter und Gesellschafter.

Die Betriebe hätten ein Jahr lang unter ermittelten Verrechnungssätzen (angelehnt an Maschinenringsätze) gearbeitet, um sich zunächst finanziell, steuerlich und auch persönlich aufeinander vorzubereiten. Wichtig sei für die GbR darüber hinaus eine gute Dokumentation aller Besprechungen, Entscheidungen und sämtlicher betrieblicher Vorgänge, damit jeder Beteiligte im Bedarfsfall benötigte Unterlagen finden könne und auch nach Jahren noch nachvollzogen werden könne, wie etwas gemacht worden sei.

Investitionsentscheidungen würden nur in GbR-Sitzungen, an denen alle drei Gesellschafter, der landwirtschaftliche Unternehmensberater sowie der Steuerberater teilnehmen, getroffen. Letztere können ggf. als neutrale Personen zwischen den Gesellschaftern mit ihren unterschiedlichen Interessen wirken. Auszahlungen erfolgten anhand eines Gewinnverteilungsplans, der aufgrund des eingebrachten Boden-, Maschinen- und Arbeitskapitals erstellt worden und im GbR-Vertrag fest-

gelegt sei. Gebäude seien nicht in die GbR eingebracht worden und würden jeweils bei Nutzung durch die GbR entlohnt.

Uffmann empfahl Interessierten jedoch, die Gebäudenutzung vorab zu regeln, da meist zu viele Gebäude vorhanden seien, die nicht alle von der GbR benötigt und instand gehalten werden könnten. Auch die Frage, welche Maschinen von der GbR benötigt würden, sollte vorab geregelt werden. So könnte z. B. während eines einjährigen Vorlaufs festgestellt werden, welche Maschinen tatsächlich benötigt würden. Ein Teil der in die GbR eingebrachten Maschinen sei von ihnen erst nachträglich verkauft worden, weil sich herausgestellt hatte, dass diese nicht alle benötigt würden. So sei z. B. die Zahl der Trecker von acht auf vier und die Zahl der Bodenbearbeitungsgeräte ebenfalls stark reduziert worden.

Der Vorteil der GbR sei darin zu sehen, dass es durch die Zusammenarbeit der Betriebe zu Kompensationseffekten bei der Arbeiterledigung und damit insgesamt zu einer größeren Wirtschaftlichkeit in der GbR gekommen sei.

fa

Milch für Fußballfans nur außerhalb der Stadien

Nach Protesten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands (WLV) soll entgegen ersten Meldungen nun doch der Verkauf von einheimischer Milch während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 möglich sein. Der Berufsstand hatte mit Unverständnis auf die Entscheidung des Weltfußballverbandes FIFA reagiert, dem Coca-Cola-Konzern als alleinigem Sponsor die Vermarktungsrechte für alkoholfreie Getränke zu geben. Hiervon sind nicht nur Veranstal-

tungen in Stadien betroffen, sondern auch Großleinwand-Übertragungen der Spiele auf öffentlichen Plätzen. Nun hat Coca-Cola jedoch eingelenkt und will zumindest den Verkauf von Milch außerhalb der Stadien genehmigen.

Für die Ausschankrechte zahlte Coca-Cola 50 Mio. € McDonald's und das amerikanische Bierbrauer-Unternehmen Anheuser-Busch sicherten sich mit ähnlich hohen Summen Ver-

kehrsrechte. Bedauerlich ist dies für die zwölf WM-Städte, die große Events im Umfeld der Weltmeisterschaft planen und dabei auf lokale Sponsoren hofften. Wenn weder Bier noch Bratwurst aus deutschen Landen verkauft werden dürfen, haben sie nun das Nachsehen. Aber für die FIFA ist es eben lukrativer, die Fußballfans aus aller Welt von internationalen Konzernen verköstigen zu lassen als von inländischen Landwirten mit regionalen Produkten.

fa

„Dann ist alles vorbei ...“ – zum Umgang mit einem Suizidhinweis

Volker Willnow, Ellen Wittke*

In Deutschland nehmen sich jährlich ca. 11 000 Menschen das Leben. Das sind mehr als die Gesamtsumme derjenigen, die durch Verkehrsunfälle, Gewalttaten, Drogen oder Aids sterben. Auch die Mitarbeiter/-innen der Sorgentelefone und landwirtschaftlichen Familienberatungen werden hin und wieder mit Suizidhinweisen der/des Anrufenden selbst oder eines Familienmitglieds konfrontiert. Es kann davon ausgegangen werden, dass fast alle Menschen, die sich das Leben nahmen, vorher darüber gesprochen haben.

Da war er wieder, der Hinweis, laut oder leise, ganz direkt oder eher umschrieben, begleitet von unterschiedlichen Gemütsverfassungen wie Wut, Verzweiflung oder Trauer. Jemand aus unserer Nähe denkt vor uns laut darüber nach, wägt ab, droht uns vielleicht, seinem Leben selbsttätig ein Ende zu setzen. So verschieden dieser Hinweis an uns herangetragen wird, so unterschiedlich ist auch das Verhalten derjenigen, für die er bestimmt war. Meist kommt eine solche Äußerung für den anderen völlig unerwartet, ist völlig unvorstellbar. Sie macht die Partnerin/den Partner zunächst oft hilflos und die Reaktionen darauf drücken dies auch aus. Sie reichen von weghören und ignorieren bis hin zu Hinweisen und Drohungen, wie „Um Gottes willen, tu uns das nicht an!“, „Das ist Sünde!“, „Das finde ich mutig von Dir!“ oder „Dann mach es doch!“.

Mit dem Begriff „Selbstmord“ ist das Urteil schon gefällt

Suizid hat es schon immer gegeben. Er ist nicht beschränkt auf eine bestimmte Epoche, Kultur oder Religion. Selbsttötung ist auf der einen Seite stark tabuisiert und wird oft mit Schuld und Sünde in Verbindung gebracht. In besonderen Situationen gibt es auch

eine altruistische Seite der Selbsttötung („ihr seid ohne mich besser dran“) oder eine heldenhafte Motivation (z. B. zur Ehrenrettung).

Wir sind meist hilflos, wenn es um Suizid bzw. Selbsttötung geht und das beginnt schon mit der Sprache. „Selbstmord“ heißt der gängige Begriff, und damit ist das Urteil schon gefällt, denn Mord ist nach unserem Empfinden mit das Schlimmste und Verwerflichste was wir uns vorstellen können. Juristische Begriffe wie Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge oder Tötung auf Verlangen passen nicht. Möglich wäre es, im Jargon des Krieges von Helden, Gefallenen oder Opfern zu reden. Vielleicht liegt es daran, dass die Begriffe „Mord“ oder „Selbstmord“ die beste Möglichkeit bieten, die Selbsttötung aus unseren eigenen Leben möglichst weit zu verbannen. Nur – was man vorne leichtfertig zur Tür hinauswirft, kommt durch den Hintereingang wieder hinein. So ist es auch mit den Selbsttötungsgedanken.

Ohne Krisen keine Entwicklung und kein Wachstum

Gedanken an eine mögliche Selbsttötung sind verbreitet, und mancher/-m von uns aus eigenen

Krisenzeiten bekannt. Vielleicht können wir heute rückblickend sagen: „Nur gut, dass ich mich damals (deswegen) nicht umgebracht habe, das hätte sich nicht gelohnt!“ Wichtig an dieser Feststellung ist: Auch in Situationen, in denen es für uns offensichtlich keine Hoffnung mehr gibt, kann es weiter gehen, manchmal sogar viel besser als wir es uns je hätten vorstellen können. Leben scheint immer wieder Phasen von Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht durchlaufen zu müssen, um Entwicklung und Wachstum zu ermöglichen. Dass uns gerade in der Krise diese Einsicht fehlt, liegt in der Natur der Sache.

Krisensituationen sind etwas ganz Normales. Sie entstehen immer dann, wenn uns Situationen überfordern. Wenn unsere ansonsten bewährten Strategien und Handlungsmuster nicht zu einer Lösung führen, spitzt sich die Situation zu. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: wir finden doch zu einer anderen Handlungsmöglichkeit, die uns vorher noch nicht zugänglich war, oder wir empfinden uns als gescheitert und werden immer hilfloser. Auch wenn ich mit etwas Abstand erleichtert feststelle: „Heute würden mich wegen dieser Probleme keine Suizidgedanken mehr beschleichen!“, kann ich immer noch in Situatio-

* Volker Willnow, Landwirtschaftliche Familienberatung des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg e.V., Waldenburg-Hohebuch; Ellen Wittke, Arbeitskreis Leben Stuttgart

nen geraten, die mich in die Nähe der Selbsttötung treiben können.

Die Welt als Wenn-Dann-Mechanismus

Eigene Gedanken an eine mögliche Selbsttötung bleiben oft unausgesprochen. Werden sie jedoch angesprochen, werden diese Äußerungen häufig als (Be-) Drohung verstanden, insbesondere dann, wenn uns die Person nahe steht oder zwischen der laut gedachten Selbsttötungsabsicht und unserem Verhalten ein möglicher Zusammenhang besteht. Denn der Suizid ist ein Tod, der durch ein verzweifelteres Leben veranlasst wird. Je näher wir selbst zu diesem Leben gehören, umso mehr fühlen wir uns mit als Ursache für diesen Tod. Es ist fast unmöglich, innerhalb der Familie oder eines Freundeskreises von einer erwogenen Selbsttötung zu sprechen, ohne dass die Zuhörer dieses als persönliche Bedrohung und Schuldzuweisung auffassen. Kurz gesagt, das Bedrohliche einer Selbsttötungsabsicht und einer möglichen Schuldzuweisung scheint mehr das Werk des hörenden Ohres als des sprechenden Mundes zu sein. Die Zuhörer sind in großer Gefahr, ihre verzweifelte Schwester, ihren verzweifelten Bruder falsch zu verstehen.

Der Hinweis auf eine mögliche Selbsttötung, vielleicht als Drohung ausgesprochen oder eher von uns als Drohung verstanden, ist eine der schwersten Lasten, die über Ehen, Familien und menschlichen Gemeinschaften schweben kann. Sie zeigt die Hilflosigkeit des Betroffenen, in der für ihn so bedrohlichen Situation und gleichzeitig unsere eigene Hilflosigkeit, dem anderen so helfen zu können, dass er wieder Perspektiven für sein Leben finden kann. Die Welt des Verzweifelten engt sich immer mehr ein, scheint zusammengeschrumpft zu einem geradlinigen Wenn-Dann-Mechanismus, aus dem es offensichtlich kein Entrin-

nen mehr gibt. Von diesem Modell einer vereinfachten Welt geht mitunter eine große Anziehung- und Ansteckungskraft aus, denen die Menschen in der Umgebung ausgesetzt sind. Sie sind ständig in Gefahr, von der Macht und der Überzeugungskraft seiner einfachen Lösung vereinnahmt zu werden. Ist das geschehen, scheint es auch für sie nur die eine Möglichkeit zu geben: Alles zu tun, damit dieser Wenn-Zustand nicht eintritt, um am angedrohten Dann-Zustand nicht schuldig zu werden. Wer von diesem eingeschränkten Lebensschema vereinnahmt wird, rudert mit im Boot von Unterwerfung und Stagnation und kommt trotz aller Anstrengungen nicht mehr von der Stelle.

Es ist schwer, die Nähe eines Menschen mit Selbsttötungshinweisen auszuhalten. Es ist schwer, bei allen eigenen und fremden Maßregelungen: „So hilf doch, so tu doch etwas!“ und den eigenen wie fremden Vorwürfen „Du bist verantwortlich, Du bist schuldig!“, das eigene Licht und die eigene Hoffnung im Auge zu behalten und damit den eigenen Weg zu gehen. Doch der eigene Weg ist das lebendige Beispiel dafür, dass es Hoffnung gibt, und ein lebendiges Beispiel von Hoffnung ist das beste und das überzeugendste, was wir dem Modell einer zusammenge-schrumpften vereinfachten Welt gegenüberzustellen haben.

Professionelle Hilfe annehmen

Manchmal gibt es im Leben Umstände, in denen wir dem anderen etwas zumuten (müssen). Z. B. wenn eine Ehe oder Partnerbeziehung gescheitert ist und

wir selbst keine Perspektive für eine Fortsetzung sehen. Wir wissen dann, dass der andere dadurch in eine Krise gerät, wünschen ihm aber, dass er dennoch eine neue Perspektive finden kann, die auch sein Leben wieder lebenswert machen kann. Wenn dann eine Selbsttötung geschieht, scheint es zunächst so, als habe der Verlassende allein die Schuld. Aber es geht darum zu begreifen, dass der andere eine Wahl hatte, nämlich auch die heilenden Aspekte einer Krise, die auf Weiterentwicklung zielten, für sich zu nutzen, statt in der Verzweiflung zu bleiben.

Wenn eine Krise sich extrem zugespitzt hat, kann professionelle Hilfe gut tun. Da gibt es dann einen Menschen, der nicht verstrickt ist, der von außen vielleicht eine ganz andere Sichtweise einbringen kann. Es geht manchmal darum, eine solche Hilfe annehmen zu können und sich nicht zu schämen, dass die eigenen Strategien für die gegenwärtige Lebenslage anscheinend noch nicht ausreichend sind. ■■



Foto: M. Busch

Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft – Wege der Vermittlung

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit vielen Jahrzehnten rückläufig. Nach dem Prinzip des „Wachse oder Weiche“ scheinen Neugründungen in diesem Wirtschaftssektor uneffektiv. Tatsächlich aber suchen jährlich Absolventen/-innen von Fachhochschulen, Universitäten oder einer landwirtschaftlichen Lehre nach einer Möglichkeit mit Landwirtschaft zukünftig ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Nur langsam verbreitet sich der Gedanke – und findet seinen Niederschlag in der Förderpolitik –, dass die Zukunft der Landwirtschaft nicht zwangsläufig in der ständigen Vergrößerung einer immer geringer werdenden Zahl von Betrieben liegt. Auch in kleinen Strukturen ist eine diversifizierte Landwirtschaft überlebensfähig. Besonders wenn es darum geht die Entwicklung des ländlichen Raums durch die Förderung regionaler Kulturen zu unterstützen, ist eine vielfältige Agrarstruktur gefragt. Menschen, die von außen in eine Region kommen, können hierfür neue Ideen mitbringen und einen innovativen Prozess anregen, der Auswirkungen auf das sozioökonomische Umfeld zeigt.

Idealistische Motive und ökonomische Kenntnisse verknüpfen

Während in der IT-Branche Neugründungen gang und gäbe sind und der gesamte Wirtschaftssektor sich weiter entwickelt, weil Betriebe aus Insolvenzen anderer lernen können, haben Existenzgründungen in der Landwirtschaft den Anschein nur von Idealisten/-innen durchgeführt werden zu können. Aber auch in anderen Wirtschaftssektoren zeichnen sich erfolgreiche Unternehmenskonzepte z. T. dadurch aus, dass eine anfangs belächelte Idee verfolgt wurde. Idealismus kann zudem ein guter Motor sein, weil er das Durchhaltevermögen im Vergleich zu einem rein kapitalorientierten Vorhaben stärkt. Es gilt ihn nicht zu entwerfen, sondern mit notwen-

digen ökonomischen Kenntnissen zu untermauern.

Gerade letzteres ist aber ein viel beklagter Mangel der Ausbildung an landwirtschaftlichen Fakultäten, wie eine Untersuchung an der Universität Kassel zeigt. Eine schlechte Vorbereitung auf die Existenzgründung wird von den Studenten/-innen beklagt, die sich zudem mehr Know-how über Mit-

ben junge Menschen mit einer fundierten landwirtschaftlichen Ausbildung dennoch wenig Chancen eine Existenz in der Landwirtschaft zu gründen. Die Übernahme eines bestehenden Betriebes ohne Hofnachfolger/-in ist hier eine mögliche Lösung um das Fortbestehen der Landwirtschaft insgesamt zu sichern. Zudem können junge Landwirte/-innen von den Kenntnissen der Altbauern/-bäu-



Fotos: M. Busch

Viele junge Menschen möchten eine landwirtschaftliche Existenz aufbauen

telakquise und Förderprogramme wünschen. Nicht nur der Deckungsbeitrag einzelner Betriebszweige sollte errechnet werden können, sondern auch die Aufstellung eines Geschäftsplans geübt sowie steuerliche und juristische Fragen geklärt werden.

Hofübergabe als Chance für die Landwirtschaft

Ohne ausreichend Kapital zum Kauf und Betrieb eines Hofes ha-

erinnen profitieren. Deren Erfahrungen mit den ökonomischen und sozialen Strukturen vor Ort sowie mit den Eigenschaften von Boden und Kleinklima lassen sich nicht allein über Zahlen erfassen.

Jährlich geben mehr als 10 000 Höfe unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage auf. Nicht nur unrentable, auch gut florierende Betriebe haben vielerorts ein Nachfolgeproblem. Etwa zwei Drittel der

jetzigen Betriebsinhaber/-innen, die innerhalb der nächsten zwanzig Jahre in den Ruhestand gehen, wissen nicht, was aus ihrem Betrieb wird. In bäuerlichen Familienbetrieben Westdeutschlands ist der traditionelle Gedanke verbreitet, dass Höfe nur innerhalb der eigenen Verwandtschaft vererbt oder ganz aufgegeben werden. Noch tun sich Betriebsleiter/-innen schwer mit der Idee, den Betrieb an Fremde weiterzugeben. Gründe hierfür sind zum einen die Familiengeschichte, die sich seit langem mit dem Betrieb verbindet: Das Lebenswerk in die Hände fremder Menschen zu legen erfordert viel Mut und Toleranz. Zum anderen sind es praktische Überlegungen zur Alterssicherung: Die knappe Altersrente soll möglichst über die Verpachtung der Flächen aufgebessert werden. Dies hat zur Folge, dass Gebäude und Maschinen ungenutzt bleiben und im Laufe der Jahre an Wert verlieren. Häufig schieben Betriebsleiter/-innen die Frage der Nachfolge vor sich her, weil die Auseinandersetzung mit ihr viele Unsicherheiten hervorruft. Die Hoffnung, dass die eigenen Kinder sich vielleicht doch noch für den Hof entscheiden, verzögert alternative Überlegungen.

Wenn jedoch die Möglichkeit greifen soll, den Betrieb an Nachfolger/-innen außerhalb der eigenen Familie abzugeben, kann dieser Prozess um so effektiver gestaltet werden, je früher er einsetzt. Nur so kann in Ruhe überlegt werden, ohne dass die Klärung der Alterssicherung unter Zeitdruck erfolgt. Auch langfristige Investitionen wie z. B. ein Stallneubau werden üblicherweise erst getätigt, wenn das Fortbestehen des Betriebes gesichert ist.

Hofbörsen vermitteln und beraten

1997 hat Burkhardt HECKMANN, Hauptabteilung Amt für den ländlichen Raum beim Landrat des Werra-Meißner-Kreises, die Hessische Hofbörse gegründet, die sich die Zusammenfüh-

Tabelle 1: Erfassungsbögen der Hessischen Hofbörse

<i>Hofabgebende</i>	<i>Hofsuchende</i>
- Adresse	- Adresse
- Übernahmebedingungen (Pacht, Kauf, Zeitpunkt, Kooperation)	- Ausbildung
- Flächenstruktur	- Familie
- Gebäudebestand	- Lage des gewünschten Objekts
- Maschinen	- Flächenbedarf
- Quotenrechte	- Schwerpunkte der Bewirtschaftung
- Teilnahme an staatlichen Programmen	- Quotenbedarf
- Verkehrslage	- Aufbau neuer Produktions- oder Vermarktungsbranche
- Kooperationsmöglichkeiten	- Kauf oder Pacht bestimmter Vermögensteile
- Öffentliche Mittel	- Kauf- oder Pachtpreis
- Preisvorstellungen	- Eigenkapital und Arbeitskräfte
- Maklerauftrag	
- Foto- und Kartenmaterial	

Quelle: Heckmann, B., Hessische Hofbörse, Eschwege

rung von Hofsuchenden und -abgebenden zum Ziel gesetzt hat. Um die Partnersuche zu vereinfachen, tragen sich Teilnehmer/-innen der Hofbörse in einen Erfassungsbogen ein, in dem sie ihre Vorstellungen klar formulieren (s. Tab. 1). Der Anteil der Suchenden übersteigt mit ca. 300 die Angebote der Abgebenden mit etwa 80 beträchtlich. Im Durchschnitt kommt es wegen des großen Klärungs- und Beratungsbedarfs nur zu zwei erfolgreichen Vermittlungen pro Jahr.

Heckmann, der seine Rolle als eine Mischung aus Agrarseelsorger und Unternehmensberater ansieht, empfiehlt zunächst die Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes von Hofabgebenden und -suchenden das zeigen kann, ob eine Zusammenarbeit grundsätzlich möglich ist. Neue Betriebsideen und Schwerpunkte, die junge Landwirte/-innen verwirklichen möchten, sind nicht ohne Weiteres mit den Vorstellungen der Altbauern/-bäuerinnen vereinbar. Deren Entschluss den Hof als Ganzes abzugeben entspringt oft dem Wunsch, dass er in seiner bestehenden Form weitergeführt wird. Ein Konzept beispielsweise, den Betrieb zukünftig biologisch zu bewirtschaften, stößt bei manchen Hofabgebern/-innen auf Wi-

derstand. Auch fürchten sie teilweise um ihre soziale Akzeptanz in der Dorfgemeinschaft, wenn die neuen Bewirtschafter/-innen unkonventionelle Ideen haben. Erst wenn die grundsätzliche Frage der Zusammenarbeit mittels eines gemeinsam erarbeiteten Leitbildes geklärt ist, können finanzielle und arbeitstechnische Details bearbeitet und in einem Vertrag festgelegt werden.

Inzwischen sind die gemeinnützigen Landgesellschaften bzw. Landsiedlungen fast aller Bundesländer dem Beispiel Hessens gefolgt und haben ebenfalls Hofbörsen eingerichtet, die in Zukunft vernetzt werden sollen.

Forschung zu Bedingungen der Hofübergabe notwendig

Zahlreiche Fragen verbinden sich mit der Hofübergabe, die noch zwingender als bei einer Familie einen rechtsverbindlichen Rahmen erfordert: Wo sollen Alt- und Jungbauern/-bäuerinnen wohnen? Wie ist die Altersversorgung der Abgebenden gesichert? Was passiert, wenn das Konzept des Hofes scheitert? Sollen oder wollen die ehemaligen Eigentümer/-innen noch weiterhin auf dem Betrieb arbeiten? Wie werden die recht-

mäßigen Erben/-innen der Vorbesitzer/-innen entschädigt?

Allein die Form der Besitzübergabe ist ein Problem für sich. Eine reine Verpachtung des Betriebes kann sich investitionshemmend auf die zukünftigen Nutzer/-innen auswirken, während ein Verkauf an dem hohen Mittelbedarf (s. Tab. 2) scheitern könnte. Ein Übergabevertrag gegen Rentenzahlung

schungsprojekt an der Universität Kassel in der Erforschung und anschließenden Formulierung gesetzlicher Rahmen- und Förderbedingungen, die eine Hofübergabe vereinfachen.

Soziale Fragen in Rollenspielen klären

Die detaillierte Auseinandersetzung mit der Hofübergabe, die neben einer ökonomischen immer auch eine soziale Komponente hat, bietet auch Chancen für das zukünftige Hofleben. Bleiben die Vorbesitzer/-innen auf dem Hof, kann es durchaus als Vorteil gesehen werden, wenn die Beziehung zwischen den Generationen nicht von Verwandtschaft belastet ist, deren Toleranzschwelle für abweichende Lebensstile und Wertvorstellungen oft gering ist. Auseinandersetzungen zwischen den Hofnachfolgern/-innen und den Vorbesitzern/-innen sind so weniger persönlich und leichter auf einer distanzierteren, sachlichen Ebene zu führen.

Das Evangelische Bauernwerk in Württemberg e.V., Hohebuch, hat die Frage der Hofnachfolge schon seit längerer Zeit zum Schwerpunkt seiner Bildungsarbeit gemacht. Auf Wochenendseminaren treffen sich Alt- und Jungbauern/-bäuerinnen, die sich mittels Rollenspielen in die von einer Hofübergabe betroffenen Personen versetzen. Darüber hinaus gibt das

Bauernwerk jährlich „Materialien zur Hofübergabe“ heraus um die in den Seminaren erarbeiteten Ideen einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Auch andere ländliche Bildungseinrichtungen bieten ähnliche Veranstaltungen an.

Keine Pauschallösungen möglich

Übertragbare Lösungen gibt es nicht. Jede Hofübergabe kann nur individuell geregelt werden. Entgegen der Vorstellung manches/-r Jungbauern/-bäuerin muss nicht zwangsläufig der gesamte Betrieb übernommen werden. Auch eine schrittweise Übertragung ist möglich, indem der/die Nachfolger/-in zunächst im Angestelltenverhältnis arbeitet und nach und nach einzelne Betriebszweige übernimmt. Der Übergang muss als Prozess gesehen werden, der immer wieder klärende Gespräche erfordert, um Neuorientierungen und Anpassungen mit einbringen zu können. Eine professionelle Begleitung dieses Prozesses durch ein Coaching von außerhalb ist hilfreich. Die Kosten hierfür mögen hoch erscheinen, aber in Relation dazu, dass der Lebensunterhalt mehrerer Menschen über viele Jahre von der Hofübergabe abhängt, sind sie mit Sicherheit sinnvoll eingesetzt. c b

Tabelle 2: Finanzierungsbedarf Hofkauf (Beispiel)

Boden (Hofstelle inkl. 1,8 ha)	27 000	300 000
Wirtschaftsgebäude	60 000	
Wohnhaus	70 000	
Maschinen, Betriebsvorrichtungen	70 000	
Viehbestand	55 000	
Milchkontingent	17 000	
Investitionen Wohnhaus	21 000	50 000
Betriebsmittel	12 000	
Kauf-Nebenkosten, Puffer	17 000	
	Summe	350 000

Quelle: Roeckl, C., Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Berlin

kann eine unsichere Basis für die Altenteiler/-innen bedeuten, während eine Schenkung hohe Steuerzahlungen nach sich zieht, sofern der zukünftige Träger nicht ein gemeinnütziger Verein ist, eine Betriebsform, die besonders im biologisch-dynamischen Landbau verbreitet ist.

Um diese Fragen untersuchen zu können, hat die Universität Kassel ein Forschungsprojekt entwickelt. Hervorgegangen ist es aus einem studentischen Arbeitskreis von Hofgründungswilligen (www.hoffinder.de), die sich bei ihren Treffen sowie in Studien- und Diplomarbeiten mit dem Komplex auseinandersetzen. Zielsetzung der Forschung ist nicht zuletzt, objektive Probleme einer Hofübergabe zu erforschen, weil diese in den Verhandlungen zwischen Hofsuchenden und -abgebenden leicht auf die persönliche Ebene verschoben werden. Die Darstellung von Fallbeispielen anderer Hofübergabeprozesse sind ebenso hilfreich wie die Erstellung von Musterverträgen und Leitfäden. Einen Schwerpunkt setzt das For-



Die Umstellung auf biologischen Landbau stößt bei manchen Altbesitzern/-innen auf Widerstand

Förderung von Frauen im ländlichen Raum

Das Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum in Baden-Württemberg fördert die Eigeninitiative von Frauen im ländlichen Raum. Neben Existenzgründungen werden auch Qualifizierungen und Vernetzungen bezuschusst. Während des internationalen Fachkongresses „Frauen mit Courage und Weitblick“ im Juni 2004 in Kehl wurden beispielhafte Projekte, auch von Frauen aus dem Elsass und Südtirol, vorgestellt.

In ihrem Vortrag zur Lebenssituation von Frauen in Baden-Württemberg zog Dr. Gisela MEISTER-SCHEUFELN, Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Bilanz hinsichtlich des geänderten Frauenbildes im Laufe der Geschichte. Durch die Er kämpfung ihrer politischen Rechte sowie den Zugang zur Bildung hätten sich Frauen im 20. Jahrhundert ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten erobert, wenn sich auch die Rollenverteilung in vielerlei Hinsicht noch als starr erweise. Meister-Scheufelen wies darauf hin, dass die Teilung der Arbeit in Erwerbs- und Familienarbeit vor allem zu Lasten der Frauen gehe, die diese Familienarbeit leisteten und dabei gegenüber der Erwerbsarbeit benachteiligt würden. Erst allmählich mache sich die Erkenntnis breit, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein frauenpolitisches Thema sei. Vielmehr müsse sich die gesamte Gesellschaft engagieren, wenn sie keine Kinderlosigkeit wolle.

Minister Willi STÄCHELE wies darauf hin, dass der ländliche Raum in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen habe. Es gelte jedoch die Lebensbedingungen der Frauen im ländlichen Raum zu verbessern. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie scheitere hier oft an langen Anfahrtswegen zu Kinderbetreuungsstätten und zum Arbeitsplatz. Der vielfach vorhandene Unternehmensgeist der Frauen müsse gestärkt werden, wozu das Programm „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen



Foto: C. Erz

Historischer Reiz mit modernem Komfort

Raum“ ins Leben gerufen worden sei.

Die Förderung umfasse die Qualifizierung, Existenzgründung und Gründung von Netzwerkorganisationen. Bildungsmaßnahmen, die aus mindestens 24 Unterrichtseinheiten bestünden, könnten mit bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert werden. Bei Existenzgründungen belaufe sich die Förderung auf 33 %. Wenn Frauen eine Netzwerkorganisation gründeten, die eine Satzung habe und in der eine Koordinatorin eingestellt würde, könnten Personalkosten degressiv gefördert werden. Viele Projekte, die bisher durch das Programm gefördert worden seien, beträfen den Tourismus (bspw. Angebote für Behinderte oder im Wellness-Bereich) und die Gastronomie (bspw. Ver-

marktung regionaler Spezialitäten oder Einrichtung eines Catering-Services).

Von den während des Kongresses präsentierten Konzepten sollen im Folgenden drei vorgestellt werden.

Rossnatour zwischen Donau und Neckar

Die Pferdenärrin Christel ERZ, Laichingen, möchte mit ihrem Unternehmen die von ihr erlebte Harmonie im Umgang mit den Tieren auch anderen zugänglich machen. Auf der Schwäbischen Alb führt die gelernte Hauswirtschaftlerin, die vom elterlichen Hof die Liebe zum Schwarzwälder Kaltblut übernommen und vielfach mit diesen Pferden gearbeitet hat, Planwagenfahrten durch. Der historische Reiz des Angebots wird mit modernem Komfort ergänzt. Gäste können während fünftägiger Touren die Region intensiv kennen lernen oder sie bei Themenfahrten unter einem bestimmten Gesichtspunkt betrachten. Neben einer Frauentour, die sich mit Sagen und Märchen beschäftigt, werden auch die Thementouren „Schwäbischer Whisky“ oder „Naturzauber mit Mörike“ angeboten. Firmen stellt die findige Unternehmerin den Planwagen für Mitarbeiterbesprechungen zur Verfügung.

Farmworker liefern moderne Stallhygiene

Die Diplom-Ingenieurin Uschi WUTTGE, Kanzach, gründete mit FarmWorker im Landkreis Biberach ein Dienstleistungsunternehmen für tierhaltende Betriebe. Im Vordergrund ihres Services steht die Stallhygiene. Zusammen mit einem Team, das sie je nach Bedarf von kooperierenden Unternehmen mietet, führt sie seit Mai 2002 Komplettreinigungen bspw. in Geflügelbetrieben durch. Darüber hinaus verkauft sie Hygieneprodukte, bietet Beratungen rund um die Tierhygiene und einen Scan-

nerdienst für Trächtigkeitstests bei Sauen an. In Zukunft soll die Angebotspalette ihres Unternehmens um die Dienstleistung Schädlingsbekämpfung erweitert werden, mit der Verarbeitungsbetriebe und Privathaushalte erreicht werden sollen. Als es darum ging, Betriebe mit Intensivtierhaltung von der Effizienz ihres Angebots zu überzeugen, waren ihr als ehemaliger Beraterin ihre Kontakte in der Region nützlich.

Ultener Winterschule qualifiziert Bäuerinnen

Die Südtirolerin Waltraud SCHWIENBACHER gründete vor 14 Jahren in ihrem Heimatort das Projekt „Lebenswertes Ulten“, das sich für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen stark macht. Touristen haben z. B. die Möglichkeit an Naturerlebniswochen oder Hofbesichtigungen teil-

zunehmen. Zudem setzte Schwiembacher sich für die Gründung der Ultener Winterschule ein, die Bauern und Bäuerinnen ermöglicht, Zusatzqualifikationen im Handwerk zu erwerben. In den fünf Modulen Holz-, Pflanzen-, Textil- und Milchverarbeitung sowie Gesundheitsvorsorge können über drei Jahre lang im Winter Blockkurse absolviert werden, die mit einem Zertifikat abschließen. Die Kurse werden von ausgewiesenen Experten/-innen geleitet. Mittlerweile besuchen jährlich knapp 400 Personen die Ultener Winterschule, die eine Kooperation mit der regionalen Berufsschule eingegangen ist. Mit den neu erlernten Techniken wie Flechten, Weben, Drechseln, Käsen oder Töpfern sowie ganzheitlichen Angeboten zur Gesundheitspflege können die Landwirte/-innen in der Region neue Einkommensquellen in der touristischen Vermarktung erschließen.



Beratung und Service rund um die Tierhygiene

Arbeitspferde in der Landwirtschaft heute

Peter Herold*

Der Einsatz von Arbeitspferden in der Landwirtschaft nimmt seit Anfang der 1990er Jahre langsam aber kontinuierlich zu. Diese Entwicklung hat sich in den letzten fünf Jahren deutlich beschleunigt. Pferdearbeit in der Landwirtschaft ist heute keine nostalgische Schwärmerei, kein Zeichen ideologischen Scheuklappendens ewig Gestriger oder grüner Spinner, sondern in Kombination mit moderner Gerätetechnik eine nachhaltige und zukunftsweisende Form der Landwirtschaft, die auch wirtschaftlich interessant sein kann.

Warum heute mit Pferden arbeiten?

Zu allererst: aus freien Stücken, weil man es will, weil man Pferde mag und die Arbeit mit ihnen schätzt. Der amerikanische Essayist Wendell Berry hat es einmal auf die griffige Formel gebracht: „*Lass' es, wenn Du keine Pferde magst!*“ Denn im Gegensatz zu früheren Generationen haben wir heute die Wahl. Vor der Einführung des Schleppers in die Landwirtschaft waren die Menschen auf ihre Arbeitstiere angewiesen, sie mussten mit ihren Pferden arbeiten, auch wenn sie keine Pferdeliebhaber waren. Dies hat dazu geführt, dass das Leben für manches Pferd und wohl auch für manchen Landwirt zu einer Qual wurde. Und es wirkt bis heute nach: neben den wehmütigen Erinnerungen mancher alter Pferdebauern hört man heute beim Anblick von Kaltblütern im Geschirr immer auch Aussagen wie: „Es war ja doch eine arge Plackerei. Gut, dass es vorbei ist!“ So gesehen war ihre Ablösung durch den Schlepper für viele Pferde sicher ein Segen. Oft wird die negative Erinnerung an die Pferdearbeit allerdings weniger durch das Pferd selbst als vielmehr durch die damit früher verbundene, wenig schlagkräftige und oft mühselige Technik hervorgerufen. Aber die Zeit ist nicht stehen geblieben. Pferdearbeit heute hat ein neues

Gesicht, sie verfügt über moderne Technik und neue Möglichkeiten.

Wer heute mit Pferden arbeitet, tut dies aus Überzeugung und aus freien Stücken. Er muss sich bewusst für diese Art der Arbeit entscheiden, wenn er damit Erfolg haben will. Denn ein Pferd ist keine Maschine, ein Pferd kann man nicht am Ende der Arbeitswoche in die Scheune stellen und sich selbst überlassen und am Montagmorgen wieder herausholen. Ein Pferd muss 365 Tage im Jahr versorgt werden, auch dann, wenn es eine zeitlang nicht zur Arbeit gebraucht wird. Wer aber die Entscheidung getroffen hat, mit Pferden zu arbeiten, darf sich zugute halten, dass Pferdearbeit viele Vorteile hat, nicht nur in ökologischer Hinsicht.

Vorteile der Pferdearbeit

Natürlich verbrauchen Pferde kein Öl bzw. keinen Diesel. Sie wandeln pflanzliche, damit Sonnenenergie, in Zugkraft um, eine

somit nachhaltige und regenerative Form der Energienutzung. Der „Abfallstoff“, der bei dieser Umwandlung entsteht, ist wertvoller Dünger, im Gegensatz zu den Umwelt zerstörenden Abgasen der Schlepper. Es entsteht ein geschlossener Betriebskreislauf.

Dennoch finden Arbeitspferde bisher kaum Berücksichtigung.



Foto: C. Pirney

Der Anblick von Kaltblütern weckt historische Erinnerungen

Die Diskussion dreht sich hinsichtlich der dringend notwendigen Substitution fossiler durch nachwachsende Energieträger in der Landwirtschaft nahezu ausschließlich um den Ersatz von Diesel durch Treibstoffe auf Pflanzenölbasis. Diese weisen jedoch

* Peter Herold, Dipl.-Biologe, Urbach

bei niedrigen Energieerträgen einen relativ hohen Bedarf an Prozessenergie auf. Eine ausreichende Produktion von Biodiesel für die landwirtschaftliche Nutzung wäre aufgrund des Flächenbedarfs überdies gar nicht möglich. Das Arbeitspferd hingegen stellt eine regenerative Zugkraftquelle dar, die wesentlich effizienter ist als der Schlepper, selbst dann, wenn dieser mit Biodiesel betrieben wird. Auch unter dem Aspekt Bodenschutz stellt der Einsatz von Arbeitspferden eine sinnvolle Alternative zum Schlepper dar. Denn weder eine immer breitere Bereifung der immer schwerer werdenden Schlepper und Landmaschinen noch der Einsatz von Raupenfahrwerken können der dramatisch zunehmenden Bodenverdichtung entgegenwirken. Im Gegenteil, durch die steigenden Achslasten werden die Verdichtungen in immer tiefere Bodenschichten verlagert und das Problem somit vergrößert. Beim Einsatz von Arbeitspferden lassen sich im Gegensatz dazu keinerlei negative Einflüsse auf den Boden nachweisen. Eine Untersuchung von 1988 weist exemplarisch nach, dass der Einsatz von Arbeitspferden sogar einen deutlich positiveren Effekt hinsichtlich Bodenschutz und Bodenverbesserung haben kann als die nichtwendende Bodenbearbeitung. Erfahrungen aus der Praxis legen den Schluss nahe, dass Pferde nicht nur sehr bodenschonend, sondern darüber hinaus auch bodenverbessernd wirken.

Hinzu kommt ein weiteres ökologisches Argument für die Pferde. Das im Vergleich zum Schlepper geringere Arbeitstempo in Kombination mit der umweltverträglicheren Gerätetechnik erhöht die Überlebenswahrscheinlichkeit z. B. der Tierwelt des Grünlandes ungemein. Gerade für die Bewirtschaftung von Naturschutz-Grünland sollte der Einsatz von Arbeitspferden daher eigentlich Vorschrift sein, eine Überlegung, die erst in Ansätzen vorhanden ist.

Sinnvolle Einsatzbereiche für Arbeitspferde

Abgesehen von den allgemeinen Vorteilen der Pferdearbeit lautet die entscheidende Frage: Wo macht der Arbeitspferdeeinsatz wirklich Sinn? Die Antwort auf diese Frage wird für jeden Betrieb unterschiedlich ausfallen, da sie von vielen Faktoren und deren betriebsspezifischer Ausprägung abhängig ist. So sind nicht nur Betriebsgröße und -struktur, sondern auch die Motivation des Betriebsleiters entscheidend. Gerade bei schwierigen Bodenverhältnissen oder bei gegenüber Bodenverdichtung empfindlichen Kulturen (Gemüse, Kräuter) kann es durchaus sinnvoll sein, die Grundbodenbearbeitung mit Pferden durchzuführen, obwohl dieser Bereich mit dem Schlepper wesentlich schneller und damit vordergründig kostengünstiger zu erledigen ist. Auch der indirekte ökonomische Nutzen kann eine Rolle spielen. Für direkt vermarktete Betriebe stellt Pferdearbeit einen nicht zu unterschätzenden Sympathie- und Werbeträger dar.

Zwar gibt es hierzu erst in Ansätzen exakte Daten, die Betriebe, die Pferde einsetzen, beweisen jedoch, dass Pferdearbeit auch unter den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interessant sein kann. Wesentliche Beiträge zu diesem Gelingen leisten mit Sicherheit die im Vergleich zum Schlepper erheblich geringeren Investitions- und Unterhaltskosten. Hinzu kommt, dass die moderne Gerätetechnik zumindest in Teilbereichen der Schleppertechnik hinsichtlich Schlagkraft kaum nachsteht. Der Gemüsebau und das Baumschulwesen stellen (aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Strukturen) neben der Grünlandwirtschaft (aufgrund der vorhandenen Gerätetechnik) derzeit die in ökonomischer Hinsicht wohl interessantesten Einsatzgebiete für Arbeitspferde dar. Im Ackerbau macht Pferdearbeit unter Umständen bei

Saatbettbereitung, Saat und Pflege wirtschaftlich Sinn.

Wenn sich in den kommenden Jahren aufgrund der zur Neige gehenden Welt-Erdölvorräte die Energiekosten gegenüber den Lohnkosten spürbar erhöhen, dann wird sich die Rentabilität des Pferdeeinsatzes noch deutlich verbessern. Sollte es dann noch gelingen, Subventionen in der Landwirtschaft statt an die Fläche an die Zahl der Arbeitskräfte zu binden – in Zeiten dramatischer Arbeitslosigkeit ein längst überfälliger Schritt – wäre dies ein weiterer entscheidender Vorteil für die Pferdenutzung. Hinzu kommt eine Tatsache, deren Banalität viele, vor allem im Agrobusiness, nicht realisieren (wollen): Gewinn ist lediglich die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Wer daher nicht mindestens 100 ha umtreiben muss, um seine hohen Maschinenkosten zu decken und seinen Verpflichtungen gegenüber den Banken nachzukommen, für den ist Pferdetechnik möglicherweise schlagkräftig genug, der kann von einem kleineren Betrieb vielleicht ebenso gut leben wie Schlepperbauern von größeren Betrieben.

Moderne Technik für die Pferdearbeit

Während die Entwicklung pferdegezogener Geräte in Europa mit der Verdrängung der Arbeitspferde zunächst zum Erliegen kam, gab und gibt es in den USA auf diesem Gebiet bis heute ständige Neu- und Weiterentwicklungen, so dass dort für nahezu alle landwirtschaftlichen Arbeiten moderne Maschinen und Geräte für den Pferdezug zur Verfügung stehen. Der Einsatz dieser modernen Geräte ist in Europa bisher jedoch noch wenig bekannt. Seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren gibt es aber auch bei uns zunehmend entsprechende Ansätze, das Arbeiten mit dem Pferd in eine zeitgemäße Form zu überführen. Diese Entwicklung kommt jedoch nur langsam in Gang, da einerseits



Hohe Entwicklungskosten geeigneter Maschinen und eine geringe Nachfrage erschweren den Einsatz von Pferden

der Markt für pferdegezogene Technik noch sehr klein ist, andererseits die Entwicklungskosten solcher Geräte enorm hoch sind. Dadurch ist die Möglichkeit die hohen Kosten durch die Produktion einer nennenswerten Stückzahl wieder einzufahren, nicht gegeben, und das einzelne Pferdegerät ist nur zu einem unverhältnismäßig hohen Preis zu erwerben.

Zur Erläuterung: nach Schätzungen US-amerikanischer Kreise gibt es in den USA etwa 200 000 Farmen, die Arbeitspferde einsetzen. Vorsichtige Schätzungen des Autors für Deutschland belaufen sich auf etwa 100 bis 150 Betriebe, Tendenz steigend. Diese Zahl umfasst sowohl die große Mehrzahl der Betriebe, die eine oder wenige Arbeiten immer noch – oder wieder – mit dem Pferd erledigen, während der Rest mit dem Schlepper gemacht wird, als auch die kleinere Gruppe der Betriebe, die ganz auf Pferdearbeit umgestellt hat. Gerade in den letzten Jahren jedoch nimmt vor allem die Zahl der zweiten Gruppe spürbar zu, mit einem deutlichen Schwerpunkt im Gemüsebau. In den mittel- und westeuropäischen Nachbarländern dürften sich die Zahlen nicht deutlich über den hiesigen bewegen, während sich in Os-

teuropa der Rückgang des bis vor wenigen Jahren noch erheblichen Pferdeinsatzes durch den Eintritt in die EU dramatisch beschleunigen dürfte.

Einen Lösungsweg aus diesem Dilemma – hohe Anschaffungskosten für Pferdegeräte durch hohe Entwicklungskosten und einen kleinen Markt – stellt die Verwendung sog. Vorderwagen in Kombination mit Standardgeräten für den Schlepperzug dar. Der Vorderwagen ist quasi ein „Adapter“, mit dem ein Standard-Schleppergerät hinter dem Pferd eingesetzt werden kann. Somit muss für die Umstellung auf Pferdearbeit nur ein Gerät neu angeschafft werden. Darüber hinaus ermöglicht der Vorderwagen den problemlosen, kombinierten Einsatz von Schlepper und Pferden im gleichen Betrieb, ohne dass hierfür eine doppelte Mechanisierung nötig

wäre.

Die Ausführung der unterschiedlichen Vorderwagenmodelle reicht je nach Verwendungszweck von einachsigen Modellen mit Sitzbank, Anhängerkupplung und Bremse bis zu Modellen, die zusätzlich über eine Drei-Punkt-Hydraulik und eine Zapfwelle verfügen, welche wahlweise über die Hinterachse des Vorderwagens (sog. „Bodenantrieb“) oder über einen Aufbaumotor („Motorantrieb“) angetrieben werden kann. Ein Aufbaumotor ist dann vonnöten, wenn über die Zapfwelle Geräte angetrieben werden sollen, die auch im Stand arbeiten müssen (z. B. Ballenpresse) oder wenn Arbeiten durchgeführt werden sollen, die ohne die Hilfe des Motors mehr Pferde erfordern würden, die aber nicht zur Verfügung stehen (z. B. zweiseitiges Mähen mit einem 2,40 m breiten Doppelmessermähwerk, welches eigentlich vier Pferde erfordern würde).

Die Grünlandkette Kombinationsmöglichkeit von Arbeitspferden mit moderner Gerätetechnik

Neben dem Gemüsebau, bei dem das Pferd dem Schlepper aufgrund der spezifischen Arbeitswirtschaft in ökonomischer Hin-



Ein Vorderwagen ermöglicht die Nutzung von Schleppergeräten



Foto: P. Herold

Pferde lassen sich bei Grünlandarbeiten in vielfältiger Form einsetzen

sicht in der Regel mindestens ebenbürtig bis überlegen ist, bietet sich vor allem die Grünlandwirtschaft als Einsatzfeld für Arbeitspferde an. Hierfür stehen zum einen verschiedene moderne Spezialgeräte zur Verfügung, zum anderen bietet darüber hinaus die Kombination von Vorderwagen und Schleppertechnik die Möglichkeit, wirklich alle Arbeitsgänge mit Pferden durchzuführen. Hierbei können durchaus zufrieden stellende Flächenleistungen erzielt werden. Darüber hinaus können durch den Einsatz moderner Arbeitspferdeteknik bei der Heu- und Grasernte nach Erfahrungen aus der Praxis gegenüber dem Schleppereinsatz über 90 % des Diesels eingespart werden.

Bereits bei der Anlage, Düngung und Pflege des Grünlandes lassen sich Arbeitspferde in vielfältiger Form einsetzen. Auch für die Nachsaat sowie die Mineraldüngung und Kalkung gibt es moderne Pferdegeräte. Zum Abschleppen eignen sich einerseits einfache Reifenschleppen, andererseits kann hier auch ein Vorderwagen mit einer angehängten Wiesen- oder Heuschlepe zum Einsatz kommen.

Hinsichtlich der Mahd sind verschiedene technische Lösungen auf dem Markt. Neben pferdege-

zogenen Mähwerken aus der Schweiz und den USA bietet sich der Einsatz eines Vorderwagens mit einem angebauten Doppelmesser-Mähwerk an. Eigene Untersuchungen zeigen, dass mit dieser Technik Flächenleistungen bis zu 1 ha pro Stunde erzielbar sind. Dies entspricht etwa 70 % der im direkten Vergleich mit dem gleichen Gerät am Schlepper erzielbaren Leistung, wobei der Anteil der überfahrenen und damit - zumindest potenziell - verdichteten Fläche beim Schlepper 80% der bearbeiteten Fläche beträgt, beim Pferd jedoch nur 40 %.

Ein Vorderwagen kann darüber hinaus auch mit Kreiselwender, Kreiselschwader und Ballenpresse kombiniert werden. Auch der Einsatz einer Rundballenpresse ist mit entsprechendem Vorderwagen und vier Pferden möglich und in den USA durchaus üblich. Aus der Schweiz kommt ein speziell für den Pferdezug gebauter Kreiselschwader.

Der Transport der Ballen kann anschließend mit einem normalen Anhänger, mit einem an die Presse angehängten Ballensammelwagen oder mit speziellen Rundballentransportern erfolgen. Auch gibt es bereits Pferdewagen, die mit einem über einen Aufbaumotor

hydraulisch betriebenen Ladekran ausgerüstet sind und mit denen ebenfalls Rundballen transportiert werden können. Dort wo es flach ist, reichen auch eine durch die Mitte des Rundballens gesteckte Stange und ein Drahtseil, der Ballen rollt dann hinter dem Pferd her.

Um Heu oder Gras lose einzufahren, gibt es einerseits die Möglichkeit, einen Ladewagen an einen Vorderwagen anzuhängen, zum anderen lässt sich ein konventioneller Ladewagen mittels Vorderachse und Aufbaumotor für Pick-up und Kratzboden für den Einsatz mit Pferden umrüsten.

Ausblick

Die Tatsache, dass der Einsatz von Arbeitspferden eine sehr effiziente Nutzung erneuerbarer Energie darstellt, große Vorteile hinsichtlich Natur- und Bodenschutz besitzt sowie wirtschaftlich sein kann, hat bisher nur wenig Eingang in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gefunden. Ganz zu schweigen von dem Wissen darüber, dass es nicht darum geht, aus nostalgischer Verklärung zur „guten alten Zeit“ zurückzukehren – wann immer die auch gewesen sein mag. Es geht darum, Arbeitspferde und moderne Gerätetechnik zu einer schlagkräftigen Einheit zu verbinden und so heute und in der Zukunft Landwirtschaft auf eine Art und Weise zu betreiben, die wirklich die Adjektive „zukunfts-fähig“, „regenerativ“ und „nachhaltig“ verdient. Landwirtschaftliche Betriebe, die Arbeitspferde einsetzen, zeigen, dass dies eine echte Alternative zum Schleppereinsatz darstellen kann.

Auch der größte deutsche Naturschutzverband, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), fordert in seinem Agrarpolitischen Grundsatzprogramm eine Neubewertung menschlicher und tierischer Arbeitskraft und bezeichnet „... ihre intelligente Verzahnung mit moderner, umweltverträglicher Technik“ als eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Die

FAO weist ebenfalls nachdrücklich auf die Bedeutung des Einsatzes tierischer Zugkraft – auch und gerade in Europa – hin: „In order to ... harness animal power for the benefit of mankind and the environment, it is important and urgent to promote adequate research.“

Die Landwirtschaftspolitik ist gefordert, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen ihren Teil dazu beizutragen, dass das Potenzial der Pferdearbeit für eine zukunftsfähige Landwirtschaft voll ausgeschöpft werden kann.

Eine Literaturliste und weitere Informationen:
Dipl.-Biol. Peter Herold
Uferstr. 29, 73660 Urbach
Tel. 07181-485893
Website: www.ig-zugpferde.de

Linsenanbau in Deutschland: Frischer Wind für eine alte Kulturpflanze

Die Speiselinse (*Lens culinaris*, Schmetterlingsblütler) gehört zu den ältesten Kulturpflanzen der Menschheit. Zusammen mit Erbsen, Gerste, Emmer und Einkorn erfolgte die Inkulturnahme der Linse vor ca. 10 000 Jahren im nahöstlichen Gebiet zwischen Euphrat und Tigris, dem sog. Fruchtbaren Halbmond. 4000 v. Chr. hatte sie sich bereits bis nach Mitteleuropa verbreitet. Linsen werden als Breinahrung, Suppe oder Gemüsebeilage in der menschlichen Ernährung eingesetzt. Sie sind wie die Erbse eine eiweiß- und kohlehydratreiche Hülsenfrucht.

In Deutschland werden derzeit rund 20 000 t Speiselinsen pro Jahr verzehrt. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um importierte Linsen. Hierzulande beschränkt sich der Linsenanbau seit den 60er Jahren auf 5 bis 30 ha, während vor einem Jahrhundert 19 000 ha und um 1880 noch knapp 40 000 ha angebaut wurden. Ihre Kultivierung diente in erster Linie zur Selbstversorgung, als Handelspflanze hatte sie im mitteleuropäischen Raum nur eine geringe Bedeutung.

Geringe, stark schwankende Körnererträge und die schwierige Ernte trugen dazu bei, dass die Linse aus der hiesigen Kulturlandschaft nahezu restlos verschwunden ist. Auch in anderen traditionellen Anbaugebieten befindet sich die Linsenproduktion seit Jahrzehnten im Rückgang. Z. B. verringerte sich der Anbau in Spanien, wo mehr als die Hälfte der

europäischen Linsenmenge erzeugt wird, von 72 000 ha (1980) auf 27 000 ha (2001) bei durchschnittlichen Erträgen von etwa 6 dt/ha.

Demgegenüber verdoppelte sich die Weltproduktion in den letzten 20 Jahren. Insbesondere in Asien aber auch in Nordamerika, der Haupt-Exportregion, vergrößerte sich die Anbaufläche erheblich.

Schutz der biologischen Vielfalt

Mit dem Ziel, den Linsenanbau in Deutschland wiederzubeleben, engagieren sich das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Georg-August-Universität Göttingen und der Dreschflegel e.V. seit 1997 in einem gemeinsamen Projekt. Der Dreschflegel e.V. ist ein Zusammenschluss von zzt. acht kontrolliert ökologisch wirtschaftenden Betrieben, die sich der Vermehrung, Züchtung und Vermarktung von biologischem Saatgut widmen.

Durch den Niedergang des deutschen Linsenanbaus ging nicht nur die ehemalige Vielfalt an lokalen Sorten sondern auch wertvolles Fachwissen aus der landwirtschaftlichen Praxis verloren. Im Rahmen des Projektes wurden Anbauversuche mit verschiedenen Linsensorten, die z. B. in Genbanken erhalten blieben oder aus dem Ausland stammten, durchgeführt. Dabei leisteten einige ältere Menschen Hilfestellung, weil sie noch aus eigener Erfahrung über den Linsenanbau berichten konnten.

Die an Trockenheit angepasste Linse bevorzugt leichte, kalkhaltige Böden. Wie alle Körnerleguminosen besitzen Linsen aufgrund ihrer Symbiose mit Knöllchenbakterien die Fähigkeit, Luftstickstoff zu binden und für ihre Ernährung zu nutzen. Linsen eignen sich für den Anbau an trockenen Grenzertragsböden und bereichern getreidelastige Fruchtfolgen.

Da es der Linsenpflanze an Standfestigkeit fehlt, empfiehlt sich ein traditionelles Anbauverfahren mit Sommergetreide (z. B. Nacktgerste) als Stützfrucht. Auf diese Weise reduziert sich das



Foto: B. Homeburg

Anbau von Linsen mit Nacktgerste als Stützfrucht

Risiko der Lagerung und die eher schwachwüchsigen Linsen erreichen eine größere Höhe, was die Ernte deutlich erleichtert.

Charakteristisch für die Erträge sind die großen Schwankungen; sie bewegen sich zwischen ca. 2 und 10 dt/ha. Die ersten Ergebnisse der Züchtungsversuche deuten darauf hin, dass sich das Ertragsniveau durch die Anpassung der Sorten an regionale Standort- sowie Anbaubedingungen erhöhen kann. Wünschenswert wäre eine langfristige Sortenpflege, die Erhaltungszüchtung, Standortanpassung und die Entwicklung neuer Sorten einschließt.


Aus der Zusammenarbeit des Dreschflegel e.V. und der Universität Göttingen sind die beiden, unten aufgeführten Bücher ent-

standen. Sie laden sowohl dazu ein, praktisch im Linsenanbau tätig zu werden, als auch die eigene Küche durch mannigfache Linsengerichte zu erweitern. Die beschriebenen Rezepte reichen von der klassischen Linsensuppe über das Indische Dhal bis zum Linsen-Gerste-Brot. Saatgut zum Ausprobieren gibt es bei Dreschflegel bzw. kann vom Verein vermittelt werden.

Literatur und Kontakt

Bernd Horneburg: Frischer Wind für eine alte Kulturpflanze! Linsen im ökologischen Anbau, ihre Geschichte und Verwertung. Mit Hinweisen zur Sortenpflege und Sortenentwicklung im landwirtschaftlichen Betrieb. Herausgegeben vom Dreschflegel e.V. und dem Institut für Pflanzenbau und Pflan-

zenzüchtung der Universität Göttingen, Göttingen 2003, 52 S., farbig bebildert, 3 € ISBN 3-00-012637-6.

Bernd Horneburg: Standort-spezifische Sortenentwicklung – eine Studie mit Landsorten der Linse. Schriften zu Genetischen Ressourcen, Band 21. Herausgegeben vom Informationszentrum Biologische Vielfalt (IBV) der ZADI, Bonn 2003, 92 S., 9 € ISSN 0948-8332. 

Erhältlich bei:
Dreschflegel e.V., Postfach 1213, 37202
Witzenhausen, Fon (05542) 50 27 44,
Fax (05542) 50 27 58,
dreschflegel@biologische-saaten.de
www.dreschflegel-saatgut.de

Interdisziplinäres EU-Projekt für Grundschüler/-innen:

Tellus – Wissenswertes über die europäische Landwirtschaft



Noch vor 100 Jahren lebten in Europa sehr viel mehr Kinder auf dem Land als heute. Sie waren mit dem Landleben und den landwirtschaftlichen Tätigkeiten vertraut. Durch die Zunahme der Stadtbevölkerung und die Abnahme der Zahl derjenigen, die in der Landwirtschaft tätig sind, haben viele Menschen nur noch eine vage Vorstellung von den Lebensbedingungen und der Arbeit eines Landwirtes. Das Projekt Tellus hat zum Ziel, die Kenntnisse von Schülern/-innen über die Landwirtschaft und damit die Beziehung zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu verbessern.

Vier junge europäische Astronauten haben den Auftrag, den vor kurzem entdeckten Planeten Tellus (lateinisch: Erde), landwirtschaftlich zu nutzen. Unterstützt werden sie dabei von einem Roboter, der ihnen wertvolle Hinweise bei der Umsetzung ih-

rer „Mission Tellus“ gibt. Die Astronauten erfahren unter anderem, dass die Produktion von Pflanzen und Tieren nicht ohne menschliches Zutun durchführbar ist, dass Landwirte die Zusammenhänge zwischen Boden, Klima und Pflanzen genau kennen müssen und

dass der Begriff „Zeit“ in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Der Comic zur „Mission Tellus“ ist eine unterhaltsame Einführung in die Lehrmaterialien des Tellus-Pakets, mit dessen Hilfe Schülern/-innen im Alter von 9 bis 11 Jahren die verschiedenen Aspekte der Landwirtschaft innerhalb der Europäischen Union aufgezeigt werden sollen.

Die Vielfältigkeit innerhalb der Europäischen Union darstellen

Was macht ein Landwirt? Welche Bedürfnisse haben Pflanzen? Wie wird aus Oliven Öl? Welche Feinde hat der Wald? Warum gibt es eine gemeinsame Agrarpolitik? Mit diesen und vielen anderen Fragen beschäftigt sich das Projekt Tellus. Das in elf Sprachen erhältliche Materialpaket wurde vom Rat der Europäischen Jungbauern (CEJA) sowie dem Bund der Deutschen Landjugend (BDL) mit Unterstützung der Europäischen Kommission erstellt. Neben dem Comic beinhaltet das Paket verschiedene pädagogische Unterlagen. Sechs Informationsbücher für Schüler/-innen erläutern die Landwirtschaft in Europa (Buch 1), den Ackerbau (Buch 2), Gartenbau, Weinbau und Sonderkulturen (Buch 3), die Tierhaltung (Buch 4), die europäischen Wälder (Buch 5) sowie Fischfang und Aquakultur (Buch 6). Am Ende jedes Buches werden anhand von Karten die Standorte der wichtigsten europäischen

Produkte dargestellt. Außerdem sind die in den Texten verwendeten Fachbegriffe (im Text mit einem Stern markiert) näher erläutert. Viele Grafiken, Fotos, Landkarten und Schemata veranschaulichen die Texte. Die Bücher enthalten darüber hinaus Erfahrungsberichte europäischer Landwirte, die aus ihrem täglichen Leben erzählen.

Ziel der Bücher ist es, die Vielfalt der Landwirtschaft innerhalb der Europäischen Union darzustellen und auf Zusammenhänge wie den zwischen Landwirtschaft und Umwelt aufmerksam zu machen. Des Weiteren soll über die verschiedenen Aufgaben der Landwirtschaft, die Verantwortung der Landwirte und ihre Beziehung zu den Verbrauchern/-innen informiert werden. Tellus behandelt einerseits die Landwirtschaft, andererseits wird auch in den Aufbau des Gemeinsamen Europas mit seinen wirtschafts-, währungs- und sozialpolitischen Aspekten eingeführt. Da das Kompendium von 2002 ist, sind Informationen über die neuen EU-Mitgliedsstaaten noch nicht integriert.

Mit dem Thema Landwirtschaft fast alle Grundschulfächer abdecken

Neben den Informationsbüchern enthält das Tellus-Paket Arbeitsblätter für den Unterricht, die sich auf die unterschiedlichen Themengebiete des Lehrplans beziehen.

Die Inhalte der Arbeitsblätter machen deutlich, dass dafür kein neues Unterrichtsfach geschaffen werden soll, sondern dass anhand des Themas Landwirtschaft in Europa wirkungsvoll und einfach verschiedenste Kenntnisse erlangt und mobilisiert werden können, die fast alle Grundschulfächer abdecken. Insofern handelt es sich um ein interdisziplinäres Projekt.

Das Begleitbuch für Lehrer/-innen enthält weitere Informationen zur Landwirtschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten Europas sowie eine Sammlung von Gedichten und Reproduktionen berühmter Kunstwerke, die einen Bezug zum Leben auf dem Land haben. Lehrer/-innen erhalten Anregungen, wie sie diese im Unterricht nutzen können.

Europaweit wurden bisher etwa 40 000 Exemplare des Tellus-Pakets als Lehrmaterial im Unterricht verwendet. Auf der Internetseite www.ceja.educagri.fr können Schüler/-innen ebenfalls in elf Sprachen die europäische Landwirtschaft interaktiv erkunden und ihr Wissen vertiefen. Das kostenfreie Tellus-Paket kann gegen einen Versandkostenanteil von 9,00 € über das Internet unter

ima-agrar.de

oder telefonisch unter

(0228) 97 99 370

bei Information-Medien-Agrar e.V. angefordert werden. 

Berufskrankheiten und Rentenfälle nehmen ab

Nach Angaben des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (BLB) ist die Zahl der Berufskrankheiten im Jahr 2003 mit 2 846 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit um etwa 2,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück gegangen. In 650 Fällen konnte die Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt werden. Mit 40 % machen die Krankheiten, die von Tieren auf

Menschen übertragen werden, den größten Teil aller anerkannten Berufskrankheiten aus. Atemwegserkrankungen sowie Lärmschwerhörigkeit folgen mit 24 %.

Auch die Zahl der Unfall- und Berufskrankheiten-Renten ist 2003 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Ende 2003 wurden noch 157 678 Unfall- und Berufskrankheiten-Renten gezahlt.

Davon entfallen etwa 6 % auf anerkannte Berufskrankheiten. Die Gesamtaufwendungen für Renten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung haben sich um 0,6 % verringert. Der BLB führt die Abnahme der Rentenfälle auf das hohe Alter der Rentenempfänger sowie das gestiegene Sicherheitsbewusstsein zurück.



„Das hat sich alles geändert, aber wir haben das überlebt“

Erste Erfolge der Agrarreform Kubas

Monika Lüpschen*

Aus der Not eine Tugend zu machen, das haben die Kubaner nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten 1989/90 lernen müssen. Sie mussten alle Kräfte mobilisieren um zu überleben, denn zusätzlich erschwert wurde die Situation durch das noch bestehende US-Embargo. In diesem Zusammenhang kam der Landwirtschaft große Bedeutung zu. Sie wurde reformiert. Aber vieles, was heute funktioniert, hat noch Modellcharakter. Es sind Betriebe und Projekte, die noch als Beispiele gelten. Sich auf Neuerungen einzustellen ist auch eine Sache des Begreifens und Akzeptierens. So wird es noch eine Zeitlang dauern, bis viele Probleme überwunden sein werden. Doch die Ansätze lassen hoffen. Eindrücke und Einblicke in einen Teil der kubanischen Landwirtschaft ergaben sich während einer Studienreise mit „Agrartour“, einem Unternehmen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Frankfurt.

Wenn man heute durch Kubas Hauptstadt Havanna geht und die vielen gepflegten und teilweise mit blühenden Pflanzen

der Ostblock zusammengebrochen war und Treibstoffe, Agrochemikalien, Ersatzteile, Maschinen, Nahrungsmittel und vieles andere

zupflanzen, um die schlimmste Not abzuwenden. Die Infrastruktur war zusammengebrochen, Transporte mit Nahrungsmitteln von den großen Staatsbetrieben waren kaum noch möglich, den Betrieben selbst fehlten für die weitere Agrarerzeugung Dünge-, Pflanzenschutz- und Futtermittel. Die pflanzliche Erzeugung war im Laufe der Jahre ohnehin auf wenige Kulturen konzentriert worden. Zucker hatte die größte Bedeutung. Mit Zuckerlieferungen an die Sowjetunion wurde ein Großteil des Nahrungsmittelbedarfs für die 11 Mio. Einwohner/-innen Kubas bezahlt. Die Situation verschärfte sich zudem durch das noch bestehende US-Handelsembargo. Die ökonomische Zwangslage erforderte tiefgreifende Reformen. Zwischen 1991 und 1993 leitete die Regierung Fidel Castro umfangreiche Neuerungen ein, mit denen auch frühere politische Positionen aufgegeben wurden.

reich bestückten Grünanlagen sieht, mag man kaum glauben, dass sie zu Beginn der 90er Jahre zu Gemüsebeeten umfunktioniert worden waren. Damals, als

mehr ausblieben, sah sich das Land unversehens am Rande einer Hungerkrise. Jedes Stückchen Land, jeder Grünstreifen im Hinterhof wurde genutzt um etwas an-

Privatisierung

Private Betriebe in Gastronomie und Handwerk wurden zugelassen. In der Landwirtschaft hatte

* Monika Lüpschen, Journalistin, Köln

es in kleinerem Rahmen immer Privatbetriebe gegeben. Für bestimmte Ziele, etwa die Verarbeitung des eigenen Erdöls und die Entwicklung des Tourismus, wurden Joint Ventures abgeschlossen. Damit öffnete sich das Land ausländischem Kapital und Privatpersonen wurde offiziell erlaubt US-Dollars zu besitzen. Generell wird kostenorientiertes Wirtschaften gefordert.

Mit dem „Alternativen Programm für die Sonderperiode“, die immer noch andauert, wurde begonnen die Landwirtschaft umzustrukturieren. Waren zuvor 80 % des Landes staatlich und 20 % privat, so ist es heute umgekehrt. Die meist mehrere 1 000 ha großen Staatsbetriebe wurden in Einheiten von durchschnittlich 600 ha aufgeteilt, aber es gibt auch viele kleine Genossenschaften und Privatbetriebe mit 20 bis 60 ha. Dabei bleibt der Staat Eigentümer des Landes und überlässt den neu gegründeten Betrieben den Boden kostenfrei im Nießbrauch und mit der Auflage zu produzieren. Je nachdem, was besonders benötigt wird, wie beispielsweise Reis, wird dies dann mit der Lieferung von Betriebs- und Produktionsmitteln unterstützt. Im Prinzip können die Bauern frei über die Ernten verfügen, aber der Staat erhält unterschiedliche Anteile zu einem vertraglich vereinbarten Abgabepreis, der allerdings unter dem liegt, der am freien Markt erzielt werden könnte. Viele halten diesen Aufkaufpreis für zu gering. Gäbe es höhere Preise, wäre vermutlich auch die Versuchung nicht so groß, mit den Abgabemengen zu manipulieren.

Auf dem großen Markt „Cuatro Caminos“ in Alt-Havanna überrascht das Angebot. Die Halle selbst hat sicherlich bessere Zeiten erlebt. Sie wirkt heruntergekommen, baufällig, wie vieles in Havanna. Zwar steckt der Staat einen Teil des Geldes, den der Tourismus als Devisenquelle Nummer eins mittlerweile bringt, in die



Foto: M. Sill

Wieder mit Blumen bepflanzte Baulücke in Alt-Havanna

Sanierung der Altstadt, doch ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin sind auf diese Weise wunderbare Plätze und Gebäude wieder hergerichtet worden.

Hoch aufgeschichtet haben Verkäufer ihre Erzeugnisse auf diesem freien Bauernmarkt in Havanna und das ist nach der letzten Ernte dank der guten Witterung reichlich: Tomaten, Apfelsinen, Zitronen, Pampelmusen, Guaven, Erdbeeren, Kohl, Auberginen, Gurken, Bananen, Ananas, Papayas, Yucca, Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch, Möhren, rote Bete, Salate, frische Kräuter und Blumen. Alles spiegelt eine Vielfalt wider, die es vorher nicht gab, weil die Produktion auf wenige Exportgüter ausgerichtet war. Rar sind Eier; noch rarer ist Rindfleisch. Es darf privat nicht verkauft werden, da es ausgesprochene Mangelware ist.

Biolandwirtschaft mit Zukunft

Zu dieser Vielfalt hat auch die urbane Landwirtschaft in erheblichem Maße beigetragen. Sie ist ökologisch ausgerichtet, weil chemische Mittel knapp und teuer sind. Was zunächst eine Selbst-

hilfe der Menschen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder war, könnte sich aufgrund der Erfolge zu einer möglichen Ausrichtung der Agrarerzeugung entwickeln. Daran hat die Deutsche Welthungerhilfe großen Anteil. 1994 hatte sie sich zunächst um die Versorgung der Kinder mit Nahrungsmitteln gekümmert. Gleichzeitig sah sie die Bemühungen der Menschen in der Stadt und im Umland selbst etwas anzubauen und handelte entsprechend. „Wir haben 22 000 Kleingärtnern Hacken, Spaten, Karren und andere Handarbeitsmittel besorgt, damit sie besser arbeiten konnten, und wir haben begonnen weitere Flächen zu kultivieren, die noch ungenutzt waren. Dann musste Saatgut herangeschafft werden. Wir haben Pflanzen mit Wurzelballen zur Verfügung gestellt. Die waren hier völlig unbekannt“, beschreibt Peter SASSE, Deutsche Welthungerhilfe, die Anfänge. Er koordiniert in Kuba die Projekte der Organisation. Diese erste große Maßnahme zeigte in Havanna solche Wirkung, dass aus der Notaktion gewissermaßen ein Konzept wurde. Eine eigene Abteilung „Urbane Landwirtschaft“ im Landwirtschaftsministerium kümmert sich

um die Beratung der Menschen und um ihre Versorgung mit Düngemitteln und Pflanzgut.

Schon in den 80er Jahren hatten Wissenschaftler kritisch auf die negativen Folgen der industriellen Landwirtschaft mit schweren Maschinen, hohem Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden sowie hohem Wasser- und Energieverbrauch in den riesigen Monokulturen hingewiesen. Schon damals waren die fatalen Folgen dieser Produktionsweise zu erkennen: Bodenverdichtung, Belastung von Böden und Wasser mit Agrochemikalien, Humusabbau und Erosion. Insofern war das Land offen für Innovationen. Alternative Methoden der Pflanzenerzeugung wurden getestet und für die praktische Anwendung entwickelt. Dazu zählen die Nutzung von kompostierten Tierabfällen, Decksäaten, Torf und Regen-

wurmhumus sowie der Einsatz von Stickstoff bildenden Bakterien und Pilzkulturen. Fruchtfolgen wurden erprobt und empfohlen. Veröffentlicht wurden die Erkenntnisse der Forschungsarbeiten und ihre Anwendungsmöglichkeiten in Publikationen, Rundfunk und Fernsehen. Ferner wurden sie über Schulen und in Beratungsseminaren verbreitet. Entscheidend hat sich hierfür Fernando FUNES, Agraruniversität Havanna, eingesetzt. Er ist sozusagen Kubas Papst des Ökolandbaus und Präsident der Gruppe organische Landwirtschaft, die 1999 den alternativen Nobelpreis erhielt.

Heute werden in rund 170 dezentralen Wurmkompostanlagen jährlich 95 000 t Biokompost erzeugt. In weiteren 200 über das ganze Land verteilten Zentren wird über den Einsatz von Nützlingen

wie z. B. Schlupfwespen geforscht. Gezielt eingesetzt zerstören sie schädliche Raupen auf Feldfrüchten. Durch die verschiedenen Methoden der biologischen Schädlingsbekämpfung lassen sich viele Krankheiten an wirtschaftlich wichtigen Produkten wie Zuckerrohr, Reis, Tabak, Süßkartoffeln und Bananen kontrollieren und eindämmen.

Die intensiven Arbeiten der kubanischen Agrarforschung werden in Fachkreisen als beispielhaft für die Zusammenarbeit von Forschern, Bauern und Verwaltung angesehen. Manche dieser Technologien werden bereits in anderen tropischen Ländern angewendet. Wie wichtig der kubanischen Regierung der ökologische Landbau generell ist, beweist, dass sie

eine Gesetzesvorlage hierzu erarbeitet hat. Mit Hilfe des Schweizer Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) will die Regierung eine Kontrollstelle für diese Erzeugnisse aufbauen um zukünftig verstärkt Bioprodukte zu exportieren.

Seit 1997 arbeitet das Institut mit den Kubanern zusammen, berät Agrarbetriebe, die auf Biolandbau umstellen und stellt auch Kontakte für die Vermarktung her. Insgesamt sei Kuba, so betont Lukas KILCHER, FiBL, gut auf den Biolandbau vorbereitet. Viele Betriebe arbeiteten seinen Angaben zufolge bereits rentabel.

Neue Projekte mit internationaler Hilfe

Nicht weit von Havanna entfernt, in Alamar, befindet sich eine kleine gärtnerische Genossenschaft. Es ist eine von jenen, die man vielfach im Land antrifft. Besuchern/-innen fällt sofort auf, wie gepflegt das Areal ist. Auf einem Teil wachsen Beerensträucher, kleine Obstbäume, große Kokospalmen mit einem üppigen Fruchtstand, sogar Weinreben sind zu sehen. Die meisten Parzellen des 3,4 ha großen Geländes sind dicht mit Jungpflanzen in unterschiedlichen Wachstumsphasen bestückt, damit kontinuierlich Ware vorhanden ist. 18 bis 20 verschiedene Gemüsekulturen werden hier gezogen. Arbeiter sind damit beschäftigt neu anzupflanzen oder vorgezogene Pflanzen zu vereinzeln; überall liegen Bewässerungsschläuche. An anderer Stelle wird geerntet: Salate, Tomaten, rote Bete, Möhren – alles wird in Kisten verpackt. In der Nähe des Eingangs ist ein Verkaufsstand mit den Erzeugnissen des Betriebes eingerichtet. Der Andrang der Käufer ist groß. Frischer können sie Obst und Gemüse nirgendwo bekommen.

Auf einem Schild steht, wer hier mitarbeitet: Die Deutsche Welthungerhilfe und ihre Partnerorganisation ACPA (Asociación Cuba-

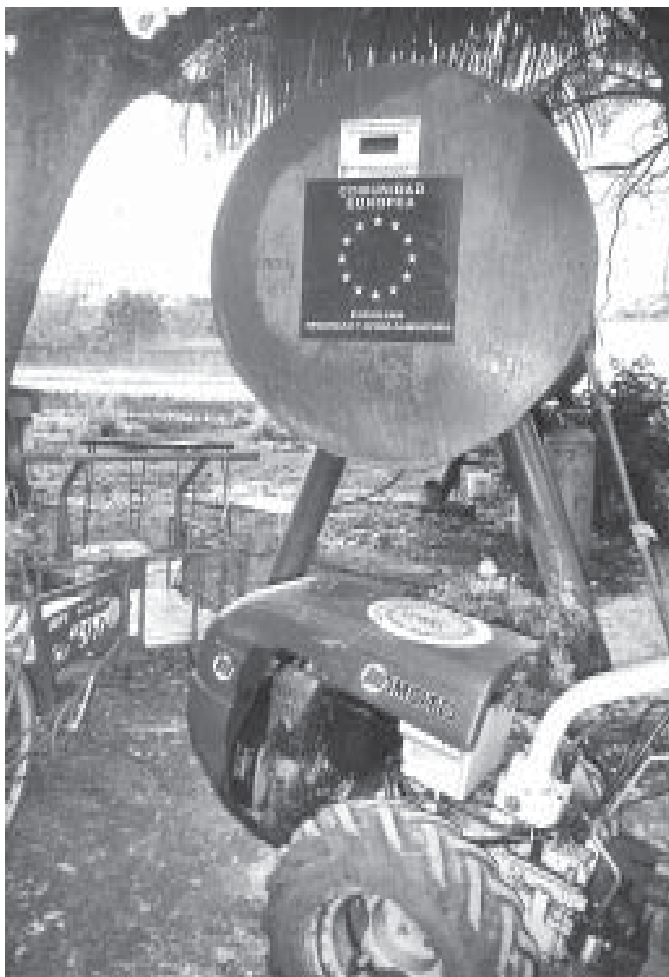


Foto: M. Lipschen

Aufbau einer Gärtnereigenossenschaft mit Unterstützung der Deutschen Welthungerhilfe und ihren Partnerorganisationen

na de Produccion Animal). „Die Genossenschaft hat vor wenigen Jahren mit vier Leuten angefangen, jetzt arbeiten hier 55. Damals hatten sie 45 000 Peso an Einnahmen, heute sind es über zwei Millionen“, erläutert Peter Sasse die Entwicklung. Die monatliche Vergütung liege zwischen 600 und 1 200 Peso. Das sei weit mehr als der Durchschnittsverdienst von 250 bis 500 Peso. Zuerst habe es Probleme mit der Regierung gegeben, weil die Löhne zu hoch gewesen seien, aber inzwischen habe sich das beruhigt. Alle Projekte seien erfolgreich. In diesem Jahr würden allein für die Gärtner und Genossenschaften im Raum Havanna 30 Mio. Jungpflanzen produziert. Miguel A. SALCINES LÓPEZ, ein energisch wirkender Mann etwa Ende 50, leitet die Kooperative. Für ihn, der früher im Landwirtschaftsministerium gearbeitet hat, sei es ein Traum gewesen, hier etwas aufbauen zu können, erklärt er. Unternehmerisches Handeln sei wichtig. Eine exakte Kosten-Nutzen-Berechnung stärke die Eigenverantwortung.

Regierung fördert urbane Landwirtschaft

In der urbanen Landwirtschaft sieht der Staat viele Vorteile. Deshalb beurteilt er diese Produktionsmethoden als richtungweisend für die Zukunft. Damit würden auch kleine Flächen kultiviert und es würden Arbeitsplätze geschaffen, so dass die Menschen ein Einkommen hätten und vor Ort blieben. Lange Transporte von Nahrungsmitteln in andere Provinzen entfielen, was angesichts der allgemeinen Transportprobleme in Kuba ein großer Vorteil sei, denn so werde auch Kraftstoff gespart. Viele Bearbeitungstechniken, die in der urbanen Landwirtschaft angewendet werden, haben die agrarwissenschaftlichen Institute erprobt. Deren Mitarbeiter sowie jene vom Verband der organischen Landwirtschaft sind im Land unterwegs um die Menschen zu

unterrichten. Eduardo MARTTINEZ OLIVA, Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, weist darauf hin, wie wichtig es sei, den Menschen zu zeigen, welche lokalen Ressourcen in ihrer unmittelbaren Umgebung vorhanden seien. Bis Ende 2003 habe der Verband über 2 000 Schulungsmaßnahmen durchgeführt, für Techniker/-innen und Studenten/-innen ebenso wie für Hausfrauen. Außerdem arbeite der Verband in den fast 30 internationalen Kooperationsprojekten in Kuba mit.

Die Umstellung auf eine kleinstrukturierte Wirtschaftsweise erfordert mehr Handarbeit. Um Freiwillige zu animieren sich einige Zeit für die Arbeit in der Landwirtschaft zu verpflichten, erhalten diese den gleichen Lohn wie in ihrem Beruf. Außerdem erhalten sie spezielle Angebote im Wohn- und Freizeitbereich.



Foto: M. Lüpschen

Oswaldo Franchi Alfaro mit der von ihm erfundenen Bewässerungsanlage, die ohne externe Energiezufuhr arbeitet

Kubaner sind flexibel und motiviert

Aus der Not eine Tugend zu machen – Beispiele dafür findet man immer wieder in Kuba. Peter Sasse hat im Lauf seiner zehnjährigen Tätigkeit in den verschiedenen Bereichen erfahren, dass die Kubaner in der Regel gut ausgebildet, sehr motiviert und flexibel sind, ob es sich nun um Bewäs-



Foto:

serungsprojekte oder andere technische und bauliche Maßnahmen handelt. Das zeige sich auch, wenn sie ein abgeschlossenes Projekt mit ihren begrenzten Mitteln selbstständig weiterführten.

Das Beispiel eines solchen Ideenreichtums ist auch Oswaldo FRANCHI ALFARO, privat wirtschaftender Gemüsebauer in San José de las Lajas. Früher hat er Baustellen geleitet, jetzt tüftelt er an der Verbesserung der pflanzlichen Erzeugung. Aus einer Ein-Liter-Plastikflasche, einigen Röhren und Klemmen konstruierte er eine genial anmutende Bewässerungsanlage, die ohne jegliche externe Energie (die Anlage öffnet und schließt sich lediglich durch das Gewicht des Wassers) funktioniert – 24 Stunden am Tag. Dabei kann der erforderliche Beregnungstakt eingestellt werden.

„Ich habe sie so einfach gebaut, damit dass jeder nachbauen kann,“ sagt Franchi Alfaro. „Hier habe ich mir meine Erfindung patentieren lassen; ich habe sie auch schon in mehreren lateinamerikanischen Ländern vorgestellt und die Universität Hohenheim in Deutschland will sie demnächst in Thailand testen lassen.“

Den besten Beweis für den Erfolg dieser gezielten Bewässerung ist sein Stückchen Land, das ihm der Staat geschenkt hat und zu dem er in Kürze noch etwas hinzu bekommt. Aus 0,34 ha verwilderter, ungenutzter Fläche hat er einen Garten Eden geschaffen. Bei einem Rundgang über das Gelände hat man das Gefühl, dass die Vegetation förmlich explodiert. Mit seiner Frau und seinem Sohn bewirtschaftet er das Grundstück.

Alles, was er erzeugt – ob Gemüse, Obst oder Pflanzen – wird direkt „über den Gartenzaun“ verkauft. Daneben hält er kleine Nutztiere wie Kaninchen und Enten. Auch diese Kleintierhaltung wurde in der urbanen Landwirtschaft propagiert.

Rindfleisch ist noch Mangelware

Aufgrund der begrenzten Ressourcen und auch der häufigen Trockenheit im Osten der Insel haben die Rinderbestände noch nicht wieder den alten Stand erreicht. Als nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Futtermittel ausblieben, mussten Tausende Tiere notgeschlachtet werden; viele verhungerten auch. Weil Devisen knapp sind, wird versucht möglichst mit heimischen Futtermitteln auszukommen. Die

Rinderrasse Siboney, eine Kreuzung aus Holstein-Frisian und Zebu-Rind, ist den Witterungsbedingungen angepasst. Außerdem beschäftigen sich Wissenschaftler mit Aufzuchtmethoden. Eulegio MUÑOZ, Institut für Tierproduktion in San José de las Lajas, erklärt, dass neben Zuckerrohr als energiereiches Futter auch Elefantengras eingesetzt wird, das auf Flächen rings um die Forschungsstation wächst. Damit habe man gute Ergebnisse in der Milchproduktion erzielt. Dieser gilt im Übrigen das Hauptaugenmerk; Fleisch kommt in zweiter Linie. Denn es gilt sicherzustellen – dazu hat sich der Staat verpflichtet – dass jedes Kind und jeder Bedürftige in Kuba täglich Milch bekommen. „Die privaten Milchproduktionseinheiten betragen im Durchschnitt 50 ha,“ erläutert Munoz, „es gibt aber noch kleinere Einheiten, die sich in der Hand von Kleinbauern befinden. Sie haben meist zwischen 10 und 15 Tieren. Diese erzeugen etwa 35 % der Milch. Die restliche Menge liefern die staatlichen Betriebe und die Kooperativen. Wenn Milch fehlt um die Mindestration für die Bevölkerung sicherzustellen wird Milchpulver importiert. Oft kommt das Geld dafür vom Tourismus.“

Zucker hat an Bedeutung für den Export verloren, nicht zuletzt deshalb, weil der Weltmarktpreis sehr gering ist – jüngst lag er bei 12 Cent je Kilo. Aus diesem Grund wird der Anbau verringert. Über die Hälfte der bisherigen Zuckerrohr-Anbaufläche kommt jetzt der Viehwirtschaft, der Aufforstung und der Erzeugung von Obst und Gemüse, Reis, Sonnenblumen etc. zugute. Von den fast 160 Zuckerrohrfabriken existieren nur noch knapp 90.

Nahrungsmittelversorgung weist noch Lücken auf

Noch längst ist der Mangel an Nahrungsmitteln wie auch an anderen Gütern des täglichen Le-



Foto: M. Lipschen

Ein Garten Eden auf ehemals verwilderter Fläche

bens nicht behoben. Aber, so hört man immer wieder mit einem gewissen Stolz: „Wir haben überlebt und wir wollen zeigen, dass es auch trotz der gravierenden Änderungen weitergeht.“ Dr. Angel LEYVA, Nationales Institut für Agrarwissenschaft, bilanziert: „Das, was unsere heimischen Verbraucher an Obst und Gemüse benötigen, können wir aus eigener Erzeugung decken; verschiedene Produkte für die Touristen brauchen wir aber. Bei Reis werden 60 % importiert, bei Weizen alles, weil wir selbst wegen zu niedriger Erträge keinen Weizen erzeugen. Fast das gesamte Speiseöl kommt aus dem Ausland, dazu 80 % Fleisch, vor allem Geflügelfleisch, ebenso Eier. Auch Futtermittel werden eingeführt, allerdings längst nicht mehr in dem Umfang wie früher.“

Weil trotz gewisser Erfolge die Nahrungsmittelversorgung noch große Lücken aufweist, werden über die „Libreta“ Grundbedürfnisse gesichert. Mit diesem Heftchen werden jedem Einwohner/jeder Einwohnerin Nahrungsmittel wie Eier, Reis, Bohnen, Öl, aber auch Körperpflegemittel zugeteilt. Nicht immer ist alles vorhanden und meist reicht die Zuteilung auch nur für einen halben Monat. Die Waren werden äußerst billig verkauft. Sie sind so stark subventioniert, dass die Kubaner eigentlich nur einen symbolischen Preis bezahlen müssen. Bei einem Einkommen von 250 bis 300 Pesos, das sind umgerechnet 10 bis 12 US-Dollar, versucht jeder über Nebengeschäfte noch etwas dazu zu verdienen, am liebsten in Dollar, denn dafür ist alles zu haben. Gesundheitsvorsorge und Bildung sind kostenlos, die Miete beträgt höchstens 5 % des Einkommens, Eltern und Kinder können sich überwiegend in Kantinen bzw. Schulen und Kindergärten versorgen.

Der große Bedarf an Nahrungsmitteln in Kuba, also praktisch vor ihrer Tür, hat die amerikanischen Farmer nicht ruhen lassen. Auf

Druck der Farmerlobby wurden die strengen, seit 1962 bestehenden Embargobestimmungen gelockert und so wurden im vergangenen Jahr hunderttausende Tonnen Nahrungsmittel in das kommunistische Land geliefert. Inzwischen sind Abordnungen aus den USA erneut vorstellig geworden. Umgekehrt darf allerdings nichts in die USA exportiert werden.

Für Peter Sasse und Experten/-innen anderer Nichtregierungsorganisationen aus Spanien, den Niederlanden, Italien und anderen Ländern ist die Arbeit in Kuba noch längst nicht zu Ende. Ihre Projekte sind Modelle für eine Entwicklung, wie sie mit der Reform eingeleitet wurde, aber noch nicht von allen, auch in politischen Kreisen, akzeptiert wird. Sasse

will jetzt noch einen Schritt weitergehen und als neues Projekt ein Kreditprogramm auflegen. Kleinbauern und Genossenschaften sollen mit Devisenkrediten ausgestattet werden und dann gezielt für den Tourismus als einem der wichtigsten Wirtschaftszweige produzieren. In Kuba wurde das Projekt von der Regierung genehmigt. Jetzt hofft er auf Finanzierungszusagen von der EU. Grundsätzlich unterstützt Brüssel die Reformbemühungen im Lande, doch seit im vergangenen Jahr plötzlich – sozusagen im Schatten des Irak-Krieges – 75 Schriftsteller/-innen, Journalisten/-innen und Dissidenten/-innen in Havanna zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, ist die Bereitschaft, Kuba zu unterstützen, erheblich gesunken.

Anzeige

PROFIL
cuba - reisen

Ba-^5jTSDMAN
48TSS-zW ?S xVH^
98fWfS W
(' &*fWgd

xi, / (#&fi " S)"
xi, / (#&fi " S (+
| x2br-2gTSDMAN

Ländlicher Raum

Tierpatenschaften zum Erhalt des Roten Höhenviehs

Seit etwa drei Jahren setzen sich die Mitglieder des „Vereins zur Förderung des Roten Höhenviehs im Weserbergland e.V.“ dafür ein, die vom Aussterben bedrohte Rinderrasse zu erhalten und in der südniedersächsischen Region zwischen Holzminden und Bodenwerder für die Landschaftspflege zu nutzen. Inzwischen grasen rund 25 Kühe, ein Zuchtbulle und einige Kälber der alten bodenständigen Rinderrasse auf Grünlandflächen von 11 Landwirten/-innen. 12 Tierpatenschaften von Privatpersonen sowie Zuwendungen, z. B. der Wesertal-Umweltstiftung und der Umweltlotterie „Bingo-Lotto“, ermöglichten die Anschaffung der ersten Rinder.



Fotos: U. Schlette

FFH-Gebiet Rühler Schweiz, Weserbergland, europäisches Netzwerk NATURA 2000

Die Gründung des Vereins im Dezember 2001 führt auf die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) Rühler Schweiz im Zeitraum 2000 bis 2002 zurück. Da es sich bei der nördlich von Holzminden gelegenen Rühler Schweiz um ein FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) des europäischen Netzwerkes NATURA 2000 handelt, zählte die Erarbeitung von Konzepten zur Lösung der Konflikte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu den zentralen Aufgaben der AEP.

Charakteristisch für die abwechslungsreiche Mittelgebirgsre-

gion sind zahlreiche Elemente einer historischen, kleinbäuerlich geprägten Kulturlandschaft wie Feldgehölze, Hecken, Streuobstwiesen und Grünland. Die Erhaltung der Landschaft dient dem Schutz von an diesen Lebensraum angepassten Arten und bildet die Basis für eine touristische Entwicklung des Weserberglands.

Landschaftspflege mit Rotem Höhenvieh

Wesentliche Bestandteile der historischen Kulturlandschaft sind kleinflächige Wiesen und Weiden. Traditionell wurden diese Flächen

nicht gedüngt und nur von wenigen Tieren beweidet. Es entstanden mosaikartige Biotope mit einer Vielzahl seltener Tiere und Pflanzen wie z. B. Orchideen, wobei sich trockene, steile Hänge oder feuchte Grünlandstandorte häufig durch ihren außergewöhnlichen Artenreichtum auszeichnen.

Aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit scheiden insbesondere schwer zugängliche Parzellen aus dem landwirtschaftlichen Produktionsprozess aus, verbuschen oder werden aufgeforstet. In beiden Fällen verschwinden nicht nur wertvolle Grünlandhabitate sondern auch das attraktive, für die Region typische Landschaftsbild. Um diesem Verlauf Einhalt zu gebieten unterstützt der Verein den Einsatz des Roten Höhenviehs für die extensive Beweidung der Grünflächen rund um die Rühler Schweiz. Das ehemalige Dreinutzungsrind (Arbeits-Milch-Fleisch) ist genügsam und eignet sich dank seiner guten Konstitution ausgezeichnet für die Bewirtschaftung marginaler Standorte der Mittelgebirge.

Erhaltung einer vom Aussterben bedrohten Haustierrasse

Unter dem Begriff „Rotes Höhenvieh“ wurden 1985 verschiedene Rotviehschläge, wie Vogelsberger,

Harzer oder Wittgensteiner Rotvieh, zusammengefasst. Der Rotviehbestand hatte sich infolge der zunehmenden Technisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts einsetzten, auf 40 reinrassige weibliche Tiere reduziert. Mittels 60 tiefgefrorener Spermaportionen eines Vogelsberger Rotviehbullen begann der Wiederaufbau der Population in den 80er Jahren. Zu den genetisch bedingten Eigenschaften des Roten Höhenviehs zählen Vitalität, Fruchtbarkeit sowie Langlebigkeit. Deshalb spielt das Überleben der alten Rinderrasse auch im Hinblick auf ihre Bedeutung als Genreserve eine wichtige Rolle.

Der Verein zur Förderung des Roten Höhenviehs im Weserbergland e.V. erleichtert interessierten Landwirten/-innen durch die Vergabe von Tierpatenschaften den Einstieg in den Aufbau einer eigenen Rotviehzucht. Ein Pate/eine Patin übernimmt den Kaufpreis und das Rind bleibt sein/ihr Eigentum, während der landwirtschaftliche Betrieb, auf dem das Tier gehalten wird, sich zu einer artgerechten Haltung verpflichtet. Ein Nutzen ergibt sich für die Landwirte/-innen dadurch, dass sie über die Nachzucht der Patentie-



Das Rote Höhenvieh eignet sich aufgrund seiner guten Konstitution für Mittelgebirgsstandorte

re verfügen können. Hier bietet sich insbesondere die Vermarktung des vorzüglichen Fleisches als regionale Spezialität für die gehobene Gastronomie bzw. an qualitätsbewusste Endverbraucher/-innen an. Geplant ist eine Initiative des Vereins zur Absatzförderung des Rindfleisches. Bisher wurden drei Bullen von einem ortsansässigen Schlachter geschlachtet und privat vermarktet. Durch seine vielseitigen Aktivitäten, auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, knüpfte der Verein eine beispielhafte Allianz zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus und Bevölkerung. Dabei

stehen die Ziele des Vereins in einem engen Zusammenhang mit dem Regionalen Entwicklungskonzept und den Maßnahmen von LEADER+ in der VoglerRegion.



Wer eine Patenschaft übernehmen oder den Verein finanziell unterstützen möchte, kann Kontakt aufnehmen beim:

Verein zur Förderung des Roten Höhenviehs im Weserbergland e.V.

(0172) 528 41 53

hoehenvieh.weserbergland@freenet.de
www.hoehenvieh-weserbergland.de

Allgäuer Bergbauernmuseum Immenstadt-Diepolz

Zwischen Immenstadt und Missen im Allgäu gelegen ist das Allgäuer Bergbauernmuseum eines von verschiedenen Einzelprojekten zur Zukunftssicherung und Strukturverbesserung des sehr stark landwirtschaftlich geprägten sog. Bergstättgebiets. Durch vermehrte wirtschaftliche und v. a. auch touristische Nutzung der örtlichen Gegebenheiten sollen zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten in der Region geschaffen werden. Das im Juli 2002 eröffnete Museum verfolgt das Ziel, die bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückgehende alp- und milchwirtschaftliche Tradition des Allgäus aufzuzeigen, den Tourismus zu fördern und damit zur Stärkung der ländlichen Region beizutragen.

Viehzucht und Milchwirtschaft stehen als landestypische und überlieferte Wirtschaftsformen

im Mittelpunkt der musealen Vermittlung. Dabei orientiert sich das Allgäuer Bergbauernmuseum am

Kulturbegriff der 1995 von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Charta der Bergre-



Foto: Stadt Immenstadt

Stube eines Bergbauernhofes

gionen, deren Ziel die „verstärkte Erhaltung und Förderung des vielfältigen und reichen kulturellen Erbes (...) sowie allgemein der kulturellen Identität der Bergbewohner“ ist.

Auf dem mehrere Hektar großen Museumsgelände am Südhang des Hauchenberges in Diepolz können an verschiedenen Stationen Ausstellungsräume und Ställe besichtigt werden.

Wechselausstellungen ergänzen die Dauerausstellung

Der Rundgang beginnt mit einer Dauerausstellung im modernen Eingangsgebäude. Das auch als „Käseküche Deutschlands“ bezeichnete Allgäu vollzog im 19. Jahrhundert einen der umfassendsten Strukturwandel innerhalb der deutschen Agrarregionen. Die Geschichte der durch Armut und teilweise drastische Veränderungen geprägten Allgäuer Berglandwirtschaft wird von ihren Anfängen bis hin zur modernen Milchwirtschaft anschaulich präsentiert. Mit der Käseherstellung nach Schweizer Vorbild begann diese Entwicklung 1817 im nahe gelegenen Immenstadt. Kurze Zeit später ent-

standen auch in der Umgebung die ersten Weichkäseereien des Allgäus, von denen aus heute Butter und Käse bis in die USA exportiert werden. Eine der letzten nur von Landwirten genossenschaftlich betriebenen Sennereien befindet sich noch heute in Diepolz.

Regelmäßig wechselnde Ausstellungen in einem gesonderten Raum greifen weitere historische oder moderne Entwicklungen im europäischen Alpenraum auf oder zeigen künstlerische Darstellungen der Allgäuer Berge.

Außerhalb befinden sich zwei Spielplätze für Kinder: ein kreativ gestalteter Spielbereich mit einer Wasserbaustelle und an die landchaftstypischen Heutrocknungsgestelle erinnernde „Kletterheinz“ sowie ein Waldspielplatz.

Karges Leben in landschaftlicher Idylle

In den Ställen des Allgäuer Bauernhofes können vom Aussterben bedrohte Haustierrassen wie das Allgäuer Braunvieh, das langborsartige und speckschwartige deutsche Landschwein sowie Bergschafe besichtigt werden. Auch

eine Ausstellung über das Rind als wichtigstes Haustier des Menschen, ein Heuboden zum Spielen sowie ein kleiner Kinoraum mit Allgäuer Sagengestalten finden sich im Museumsbauernhof.

Als Kontrast zu den Härten des Lebens der Bergbauern zeigt der Bergpfad die ganze Schönheit des Allgäus. Mit freier Sicht auf die Allgäuer Alpen führt der Pfad vorbei an einer Imkerei und einer Klangstation zur Höfle-Alpe. Auf diesem 130 Jahre alten Betrieb, der ursprünglich in den Oberstdorfer Alpen stand, kann bei Wein und Käse die Aussicht bis zum Säntis in der Schweiz genossen werden. Eine Ausstellung im Kuhstall informiert über das Leben der Hirten und Sennen und die Entwicklung der Alpenwelt bis hin zum Tourismus.

Mit seinen Erlebnis- und Spielbereichen ist das Allgäuer Bergbauernmuseum v. a. für Familien mit Kindern eine lehrreiche Freizeitalternative in einer landschaftlich sehr reizvollen Region. OS



Informationen unter:

Tel. (0 83 20) 70 96 70 oder www.bergbauernmuseum.de

Weiden – Grundlage für die Korbflechterei

Monika Hermeling*

Die vielseitig nutzbare Beschaffenheit von Weidentrieben ist seit Jahrtausenden bekannt und geschätzt. Bereits in der Steinzeit wurden aus den Zweigen der Kopfweiden, die früher v. a. die Flussläufe säumten, Körbe verschiedenster Art hergestellt: von Babykörben und Wiegen bis hin zu großmaschig geflochtenen Behältern, die auf dem Feld bei der Kartoffelernte eingesetzt wurden. Handlungsreisende zogen mit Kiepen von Ort zu Ort, Obst- und Gemüsehändler transportierten mit ihnen ihre Ware zum Markt, Angler verwahrten ihre Utensilien darin.

Die Römer hatten eine besondere Verwendung für Weiden. Sie wickelten ihre Richtbeile in Rutenbündel, die sog. Faschus. Vom Mittelalter bis in unser Jahrhundert haben Handwerker in der Börde und im Harz Weiden zum Ausfachen von Fachwerkhäusern genutzt sowie Zäune und Aufbauten für Personen- und Lastkutschen aus ihnen geflochten. Später wurden Weidenfaschienen zum Bau von Mühlgräben und Bergwerksentwässerungen und zum Kanalbau genutzt. Selbst natürliche Klärwerke wurden im vorigen Jahrhundert daraus gefertigt. Dass mit Weiden auch seetüchtige Boote gebaut werden konnten, bewiesen irische Mönche, als sie im 6. Jahrhundert Island besiedelten. Wahrscheinlich nutzten Heilkundige Weiden früher sogar als Schmerz- und Fiebermittel. Der in ihnen enthaltene Wirkstoff Acetylsalicylsäure wird noch heute, allerdings synthetisch erzeugt, als „Aspirin“ verwendet.

Weiden kommen heute vielerorts auch bei der ökologischen Landschaftsgestaltung zum Einsatz. Es sind heimische Pflanzen, die auch beim Verwildern keinen Schaden an Biotopen anrichten, wie dies z. B. bei Herkulesstaude, Silberdistel oder Goldrute der Fall ist. Weidenkulturen, die nach ökologischen Gesichtspunkten bewirtschaftet werden, bieten Nistmöglichkeiten für Singvögel, Schutz für gefährdete Pflanzen



Fotos: D. Deringer

Helfer schneiden die verschiedenfarbigen Weiden

und sind Nahrungsquellen für Kröten.

„Flechtwerk“ – Vom Weidenanbau bis zur Korbproduktion

Korbflechter Dieter DERINGER stellt in seinem Betrieb „Flechtwerk“ in Neufra/Hohenzollern nicht nur Körbe und Geflechte aus verschiedenen Weidenarten her, er baut seine Weiden auch selbst an. Seit der Gründung seiner Werkstatt 1989 sei er als Korbflechter und Kunsthandwerker tätig und arbeite fast ausnahmslos mit Weiden. Er sei von dieser Pflanze als Werkstoff überzeugt und biete ausschließlich Körbe

und Geflechte in Einzelanfertigung an. Das lebendige Material begeistere ihn, weil es über alle Sinne wahrgenommen werden könne, schwärmt Deringer. Während die ungeschälten Weiden angenehm dufteten, rege das Flechten mit unregelmäßigen Weidenstärken, verschiedenen Flechttechniken und einer breiten Farbpalette aus natürlichen Rindenfarben der unterschiedlichen Weidenarten zum Anfassen und Erfühlen an. Hinzu käme das typische Knistern und Knarren bei der Benutzung.

Auf seiner 700 m² großen Weidenanlage auf der Schwäbischen Alb baut Deringer seit 1996 ohne

* Monika Hermeling, freie Journalistin, Sigmaringen

Gifteinsatz verschiedene Weiden-sorten an: Steinweiden (*salix purpurea*), gelbe Belgier (*salix fragilis*), Mandelweiden (*salix triandra*),

Laubfall zwischen November und Februar werden die Weiden von Hand geschnitten. Zum Flechten können nur einjährige Triebe ver-

einandersetzung mit unterschiedlichen Nutz- und Trageeigenschaften veranlasste Deringer dazu, auch körpergerechte ergonomische Körbe, die sog. Ergo-Körbe, zu entwickeln. Sie erlauben ein körpernahes Tragen, bei dem der Auflagedruck flächig verteilt wird und das Tragen merklich bequemer ist.



Einkauf- und Picknick-Körbe

Hanfweiden (*salix viminalis*) sowie Dotterweiden (*salix alba*). Sie unterscheiden sich in ihrer Rindenfarbe und in ihren unterschiedlichen Verarbeitungseigenschaften. Werden sie nach der Ernte in der Sonne getrocknet, verändert sich die Farbe: die ursprüngliche Eigenfarbe geht in verschiedene Rot-Töne über. Das Gefühl für den richtigen Zeitpunkt des Schnitts, für Form und Farbe sei notwendig, um zu so einem perfekten Ergebnis zu kommen wie es in seiner Werkstatt zu sehen sei, erläutert Deringer.

Die Pflege und Bearbeitung der Weidenanlage, vom Hacken von Winden, Wicken, Klettenlabkraut und Disteln bis hin zum Jäten geschieht in Handarbeit. Zur Stärkung der Pflanzen und zur Aktivierung des Bodenlebens bringt Deringer biodynamische Präparate wie Hornmist und Kiesel aus und düngt gelegentlich mit Pferdemist. In der Saftruhe nach dem

wendet werden. Im zweiten Wachstumsjahr bilden sich Seitentriebe und der Wuchs der Stämme wird zu kräftig. Schadhafte oder astige Weiden werden zunächst aussortiert, dann verzo-gen (nach Länge sortiert), gebündelt und zum Trocknen aufgestellt. Sind sie durch und durch trocken, können sie Jahre lang aufbewahrt werden. Vor dem Flechten werden die Weiden verlesen (nach Stärke sortiert) und anschließend ohne Zusätze in Wasser eingeweicht. Die Einweichzeit beträgt bei ungeschälten Weiden ca. 10 - 20 Tage, bei geschälten Weiden ca. 1 - 2 Stunden.

Deringer präsentiert und verkauft seine Erzeugnisse, z. B. Einkaufs- und Fahrradkörbe, Umhängkörbe und Körbe für Kinder in der eigenen Werkstatt oder auf Kunsthandwerkmärkten. Die intensive Beschäftigung mit dem Material, mit frei aus der Hand zu flechtenden Formen und die Aus-

Lehrberuf Korbflechter

In Deutschland ist Korbflechter ein handwerklicher Ausbildungsberuf. Wilfried POPP, stellvertretender Schulleiter der Staatlichen Berufsfachschule für Korbflechter in Lichtenberg, erklärt, dass seine europaweit einzige Korb-fachschule momentan von 42 Auszubildenden besucht werde. Um Korbflechter zu werden ist ein qualifizierter Hauptschulabschluss nötig. Die dreijährige Vollzeitausbildung beginnt mit einem Probehalbjahr und schließt mit der Gesellenprüfung ab. Im Ausbildungsplan hat auch der Weidenanbau seinen Platz. Auf dem Schulgelände ist daher zu Anschauungszwecken ein Weidenacker angelegt.

Als Gesellen haben die jungen Menschen eine praktische Ausbildung genossen, die Grundlage für eine weitere Ausbildung in künstlerischen oder sozialen Berufen sein kann. Der Meisterzwang sei für den Beruf Korbflechter zwar gefallen, es ließen sich aber trotzdem noch Meister ausbilden, berichtet Popp.

Weitere Informationen:

Flechtwerk Dieter Deringer
(07574) 42 36
flechtwerk@aol.com
www.flechtwerk-dieter-deringer.de

Staatliche Berufsfachschule für
Korbflechtere
(09571) 20 54

Regionalentwicklung

Regionale Partnerschaften – vom Zweckbündnis zum Entwicklungsmotor

Katrin Weiß, Günter Kroës, Johannes Lückenkötter*

Vor dem Hintergrund allgemeiner Dezentralisierungs-, Deregulierungs- und Kooperations-tendenzen sind in den letzten Jahren verstärkt Förderstrategien mit territorialem, intersektorialem und partnerschaftlichem Fokus in den Vordergrund getreten. So fordert beispielsweise das Programm LEADER die Etablierung „lokaler Aktionsgruppen“ als Voraussetzung für eine finanzielle Förderung von Entwicklungsprojekten. Viele Länder- und Bundesprogramme wie z. B. „Regionen Aktiv“ haben diese Förderphilosophie seitdem aufgegriffen und erfolgreich etabliert. Dieser neue Ansatz fordert regionale Akteure zur Entwicklung ganzheitlicher Strategien auf, die regionale Projekte vernetzen und unterschiedliche Akteure einbeziehen, um neuen regionalen Anforderungen auch zukünftig gerecht zu werden. Die Entwicklung „aus der Region heraus“ (bottom-up)

stärkt dabei nicht nur die lokale Identität und führt zu einem wachsenden Selbstbewusstsein der lokalen Bevölkerung, sondern eröffnet gleichzeitig neue Perspektiven in Zeiten knapper Kassen.

Inwiefern solche Ansätze tatsächlich eine positive Entwicklung anstoßen können, untersuchte das Forschungsprojekt PRIDE. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand dabei die Frage nach dem Mehrwert regionaler Partnerschaften im Gegensatz zu herkömmlichen, administrativ gesteuerten Regionalentwicklungsansätzen.

Um regionale Partnerschaften bezüglich ihres Mehrwertes gegenüber herkömmlichen Ansätzen und ihren Erfolgsfaktoren zu untersuchen, bedurfte es einer komplexen Methodik. Aufbauend auf einer Literaturrecherche zum Thema „Lokale Partnerschaften und

ländliche Entwicklung“ in den sechs Untersuchungsländern¹ folgten umfangreiche nationale Befragungen. Insgesamt wurden in einem ersten Schritt 330 ländliche Entwicklungspartnerschaften befragt. Die statistische Auswertung der Fragebögen ermöglichte dann eine Auswahl von 24 Partnerschaften, die im Rahmen von Fallstudien vertiefend untersucht wurden. Die ausgewählten Fallstudienregionen wurden je zweimal untersucht – zunächst im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte, Organisationsform und Arbeitsweise von Partnerschaften und im Anschluss bezüglich der Auswirkungen von Partnerschaften (Ursache-Wirkungs-Analyse).

Die Synthese der Ergebnisse aus diesen beiden Analyseschritten wurde hinsichtlich ihrer Richtigkeit durch eine Kontrollumfrage (Feedback-Survey) überprüft.

Das PRIDE Projekt

Im Rahmen des EU-Forschungsprojektes PRIDE (**P**artnerships for **R**ural **I**ntegrated **D**evelopment in **E**urope) wurden zwischen 1999 und 2001 Funktionsweise und Auswirkungen ländlicher Entwicklungspartnerschaften in sechs europäischen Ländern untersucht: Deutschland, England, Finnland, Italien, Schweden und Spanien.

Ziel dieser empirischen Studie war es, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse Politikempfehlungen für ein effektiveres Management von Partnerschaften zu erarbeiten. Die Forschungsergebnisse zeigen, wie und wie gut lokale Partnerschaften funktionieren, welche Auswirkungen sie auf die ländliche Entwicklung hatten und warum sie diesbezüglich erfolgreich waren oder scheiterten.

PRIDE definierte Partnerschaft als einen „freiwilligen Zusammenschluss von Organisationen aus mindestens zwei Gesellschaftsbereichen – Staat, Wirtschaft und/oder Zivilgesellschaft. Die Partnerschaft muss eine klare Organisationsstruktur vorweisen und gegenwärtig und langfristig ausgerichtete Aktivitäten durchführen, die mehr als ein Einzelprojekt umfassen. Daneben soll ein integrierter Ansatz zur Entwicklung eines ländlichen Gebiets von in der Regel nicht mehr als 100 000 Einwohnern/-innen verfolgt werden“. Mit dieser Definition wird die Förderphilosophie des LEADER-Ansatzes aufgegriffen.

¹ Ergänzend wurden Beispielregionen in Irland, Luxemburg und den USA untersucht.

* Katrin Weiß, Günter Kroës, Johannes Lückenkötter, Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, Kontakt: katrin.weiss@uni-dortmund.de

Die so gewonnenen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis wurden in einem Abschlussbericht zusammengefasst².

Charakteristika von Partnerschaften³

Es hat sich gezeigt, dass sich Partnerschaften in erster Linie durch sehr unterschiedliche Entwicklungsgeschichten und Charakteristika auszeichnen. Dennoch lassen sich einige typische Merkmale von Partnerschaften zusammenfassen.

Viele Partnerschaften entwickelten sich vom anfänglichen „Zweckbündnis“ zum – manchmal noch stotternden – Entwicklungsmotor. Ausschlaggebend dafür ist nicht nur die Nutzung lokaler Ressourcen, z. B. durch die Einbindung lokalen Wissens, sondern auch die Vernetzung lokaler Akteure und Projekte. Auffällig ist allerdings, dass der jeweilige Erfolg oftmals von der Integrationskraft, dem Geschick und Engagement der Koordinatoren/-innen bzw. Mitarbeiter/-innen der Partnerschaft abhängt. Notwendige Entscheidungen werden meist konsensual ausgehandelt, so dass Lösungen allgemein akzeptiert und somit besser implementiert werden können. Ein besonderes Potenzial von Partnerschaften – im Gegensatz zu herkömmlichen Ansätzen – besteht darin, integrierte Strategien statt einseitig sektoraler Projekte zu etablieren. Eine integrierte Entwicklung mit Fokus auf einen territorial und intersektoral angelegten Entwicklungsansatz ermöglicht somit insbesondere die Nutzung regionaler Synergieeffekte.

Die partnerschaftlich ausgerichteten Förderprogramme der EU üben darüber hinaus auch positive Effekte auf die Organisations-



Fotos: M. Busch

Einbindung von Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen in einer Partnerschaft

entwicklung der Partnerschaften aus. Ein Großteil (70 %) der untersuchten Partnerschaften hat eine Organisationsstruktur mit eigener Rechtsform gewählt, die je nach Partnerschaft ein breites Spektrum von Partnern aus allen Gesellschaftsbereichen einbezieht. In der Regel verfügte eine Partnerschaft über zwei Organe: Den Vorstand als zentrales Entscheidungsgremium und parallel dazu die Partnerschaftsversammlung. Ergänzend dazu gab es in vielen Fällen thematische Arbeitsgruppen. Auch die Einrichtung eines Beirates zur Einbringung von externem Sachverstand erwies sich in Einzelfällen als sinnvoll. Eine aktive Beteiligung der lokalen Bevölkerung gelang nur teilweise, da insbesondere in größer abgegrenzten Partnerschaftsgebieten eine konsequente Partizipation durch extrem hohen Organisationsaufwand erschwert wurde. Neben der Anpassung an die jeweiligen Rahmenbedingungen kommt es beim Organisationsaufbau einer Partnerschaft

aber vor allem darauf an, die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten der verschiedenen Organe deutlich zu definieren und von einander abzugrenzen.

Koordinatoren/-innen ausschlaggebend für die gesamte Partnerschaft

Die Arbeitsweise der Partnerschaften war ebenfalls von den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängig. Wesentliche Aspekte waren zum einen die Freiwilligkeit des partnerschaftlichen Zusammenschlusses und zum anderen die Ernsthaftigkeit der Kooperation. So war in den meisten Fällen zu beobachten, dass eine engagierte Arbeit der Koordinatoren/-innen ausschlaggebend für den Erfolg der gesamten Partnerschaft war. Persönliche Kontakte der Koordinatoren/-innen zu Antragstellern/-innen und lokalen Akteuren einerseits sowie Institutionen und Organisationen andererseits ermöglichten eine koordinierte, effektive Arbeit und Abstimmung innerhalb der Region und erhöh-

² Moseley, M. (Hrsg.) (2003): Local partnerships for rural development. The European experience. Cambridge.

³ Eine ausführliche Darstellung der Untersuchungsergebnisse aus den Fallstudienregionen findet sich in: Cavazzani, A., Moseley, M. (Hrsg.) (2001): The practice of rural development partnerships in Europe – 24 case studies in six European countries. Soveria Manelli.

ten gleichzeitig die Erfolgchancen in größerem Kontext. Obwohl diese Herangehensweise die Akzeptanz für Projekte insgesamt steigerte, ist anzumerken, dass die zumeist „konsensual ausgehandelten Entscheidungen allenfalls Problemlösungen mittlerer Konfliktrichtigkeit zulassen. Probleme, die strukturelle Veränderungen erfordern bzw. nicht zum Vorteil aller Beteiligten gelöst werden können („win-win-Situationen“), können von Partnerschaften kaum oder gar nicht behandelt werden“.⁴

Auch wenn Partnerschaften einen großen Freiraum bezüglich der Inhalte (z. B. Erarbeitung innovativer Projekte und deren kreative Verknüpfung) und organisatorischen Ausgestaltung (formelle oder informelle Organisationsstruktur) besitzen, so sind sie bei der finanziellen Ausgestaltung größtenteils auf externe Finanzierung angewiesen. Die langfristige Überlebensfähigkeit der Partnerschaft, auch über das Ende der Förderperiode hinaus, hängt dann vom Einwerben alternativer Finanzmittel ab.

Da bekanntlich nichts motivierender ist als Erfolgserlebnisse, resultierte ein dauerhaftes Engagement der Akteure zumeist aus der erfolgreichen Umsetzung lokaler Projekte.

Wesentliche Erfolgsfaktoren regionaler Partnerschaften

Vor allem die intrinsischen Fähigkeiten von Partnerschaften bedeuten einen Vorteil gegenüber traditionellen bürokratischen Ansätzen. Wesentliche Synergieeffekte werden in erster Linie durch die freiwillige Kooperation und relative Unabhängigkeit bei der Definition eines inhaltlichen Schwerpunktes ermöglicht. Diese müssen aber auch durch entsprechen-

de Rahmenbedingungen freigesetzt werden.

Dazu gehören vor allem:

- Breite, aber gleichzeitig ausgewogene Zusammensetzung der Akteure unter Leitung eines kompetenten und engagierten Führungsteams oder Koordinators/-in,
- Mobilisierung örtlicher Kenntnisse bezüglich der lokalen Bedürfnisse und Ressourcen,
- gemeinsame Planung und Durchführung durch die Partnerschaft,
- selbstständige Entscheidungsfindung durch geeigneten organisatorischen Aufbau,

- sinnvolle räumliche Abgrenzung des Partnerschaftsgebietes,

- gesicherte und kontinuierliche (externe) Finanzierung,
- Zukunftsorientierung durch Flexibilität und Lernbereitschaft der Partnerschaft.

Nachteilig wirkt sich hingegen aus, wenn die lokale Führungselite so dominant ist, dass eine Partizipation der Bevölkerung oder eine Einbeziehung von Minderheiten und sozialen Randgruppen weitgehend ausgeschlossen wird. Eine solche Situation kann schnell zur Entstehung paralleler Einflussstrukturen und Ausbildung einer „Nebenregierung“ ohne gesicherte demokratische Kontrolle führen, was wiederum die Konfliktege-



Erfolgserlebnisse bei der Umsetzung lokaler Projekte fördern ein dauerhaftes Engagement

- Akzeptanz und aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung,
- neutraler Status der Partnerschaft (Balance zwischen Unabhängigkeit und politischer Legitimation),
- Netzwerkaktivitäten der Partnerschaft (intern und extern),

fahrt mit traditionellen Entscheidungsträgern erhöht. Nur wenn lokale Partnerschaften diese Konkurrenzsituation überwinden und gemeinsam ihre übergreifenden Interessen in umsetzungsfähigen Entwicklungsstrategien bündeln, sind sie auch langfristig politisch überlebensfähig.

⁴ Lückenkötter, J. (2001): Ein Plädoyer für Partnerschaften – Argumente und Anregungen für die ländliche Regionalentwicklung. In: Leader forum 1/2001. Frankfurt, S. 18-29.

Handlungsempfehlungen und Ausblick

Die daraus ableitbaren Empfehlungen, in Bezug auf die Partnerschaften selbst, umfassen zum einen den Aufbau guter kooperativer Beziehungen sowohl zu der Bevölkerung und den öffentlichen Dienststellen als auch zu einer ausgewogenen Mischung unterschiedlicher Akteure. Zum anderen muss die inhaltliche Arbeit der Partnerschaft auf freiwilliger Basis beruhen und den lokalen Problemen und Potenzialen angepasst sein um so bestmöglich endogene Ressourcen einbinden zu können. Die Anforderung an die Partnerschaft, zu Beginn der Förderung ein Entwicklungskonzept zu entwerfen, gewährleistet eine sorgfältige Vorbereitung und Planung und gibt positive Impulse über die Startphase hinaus. Eine flexible Anpassung an sich verändernde Ansprüche kann dann erreicht werden, indem die Partnerschaft für neue Mitglieder offen bleibt und bestehende Mitgliedschaften regelmäßig überprüft. Sinnvoll kann in diesem Zusammenhang insbesondere auch eine Unterstützung und Einbindung kleinerer lokaler Initiativen sein –

auch wenn dies nicht dem derzeitigen Trend zu immer größeren Einheiten entspricht.

Auch der räumliche Bezug muss den regionalen Gegebenheiten entsprechen und ist das Ergebnis eines Abwägungsprozesses der verschiedenen Anforderungen. Die Abgrenzung der Region (Fläche, Bevölkerung) muss einerseits genügende – nicht nur finanzielle – Kapazitäten sichern, andererseits darf aber die regionale Bindung bzw. Identität nicht verloren gehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für eine funktionierende regionale Partnerschaft ist eine kontinuierliche und stabile Finanzierung. Es gilt, zu starke Abhängigkeiten von einem Förderprogramm oder Finanzierungslücken, beispielsweise nach Auslaufen einer Förderperiode, zu vermeiden, indem sowohl lokale Ressourcen eingebunden als auch frühzeitig alternative Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden (Kombination von Fördertöpfen). Die Reduzierung externer Finanzierung muss also langfristig bedacht und an die regionsspezifischen, realen Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung angepasst werden.

Bezüglich der laufenden Geschäfte der Partnerschaften gilt, dass sich die Gewährung einer möglichst großen Entscheidungsfreiheit generell positiv auf Innovationen, Bürgerbeteiligung und somit die endogene Entwicklung insgesamt auswirkt. Gleichzeitig liegt darin aber auch eine Gefahr: Zuviel Entscheidungsfreiheit schränkt unter Umständen die notwendige Legitimität und Effektivität der Partnerschaft ein. Um den richtigen Mittelweg zu finden und diese Gratwanderung zu bewältigen ist eine zentrale Steuerung bzw. Kontrolle zwar unverzichtbar, sollte aber auf das Minimum beschränkt bleiben („Management by Objectives“).

Da qualifizierte Schlüsselpersonen mit Fach-, Sozial- und Regionalkompetenz den wichtigsten Erfolgsfaktor für eine Entwicklungspartnerschaft im ländlichen Raum darstellen, zahlt es sich aus, sowohl die Koordinatoren/-innen als auch die Akteure gezielt weiterzubilden um so die vorhandenen Kompetenzen weiter auszubauen. Ein solches Vorgehen ermöglicht die Delegation von Verantwortung auch innerhalb der Partnerschaft an Untergruppen bzw. einzelne Partnerorganisationen, sichert eine angemessene personelle Unterstützung des i.d.R. ehrenamtlichen Vorstandes und erhöht so letztendlich die Management-Kapazität der Partnerschaft. Gleichzeitig gilt es, autoritäre Top-down-Strukturen zu vermeiden (Führungskompetenz im Team statt Dominanz): Die Verantwortlichen der Partnerschaft sollen die Partnerschaft und nicht sich selbst repräsentieren. Dieser Forderung wird eine Partnerschaft am ehesten gerecht, wenn es gelingt unter Einbindung unterschiedlicher Akteure (vor allem auch aus dem privaten Sektor) und der Bevölkerung eine nachhaltige, integrierte (soziale, ökonomische, ökologische) Entwicklungsstrategie für sich selbst und die Region zu erarbeiten. Da eine solche Strategie langsam wachsen



Erfolge in der regionalen Entwicklung ermutigen zur Weiterarbeit

muss, sollten nicht nur Transparenz, Flexibilität und Kreativität (z. B. durch Teamarbeit, offene, ziel- und ergebnisorientierte Diskussionen, Zukunftswerkstätten) ermöglicht, sondern auch unangemessener politischer Zeitdruck vermieden werden.

Da in der Regel auch die durch Förderprogramme „erzwungenen Antragspartnerschaften“ im Laufe der Zusammenarbeit zu aktiven und zukunftsorientierten „Entwicklungspartnerschaften“ zusammenwachsen, werden erste Erfolge lediglich als Etappenziel und als Motivation zur Weiterarbeit angesehen. Um diese sichtbar zu machen ist eine umfassende Evaluation der Arbeitsweise der Partnerschaft bezüglich der Projektergebnisse und der lokalen Akzeptanz unverzichtbar. Einige Partner-

schaften haben bereits den Nutzen dieser – meist auch vom Geldgeber geforderten – „Pflichtevaluierung“ erkannt und gehen zur freiwilligen Selbstevaluierung über. Schließlich kommt ein internes Controlling auch dem Interesse der Partnerschaft entgegen, und zwar sowohl für die inhaltliche Arbeit (z. B. zur Fortschreibung der Entwicklungsstrategie) als auch für die Weiterentwicklung der organisatorischen Struktur (neue Akteure, Anpassung an neue Aufgaben).

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Kooperationen im Rahmen von Partnerschaften sogar Erfolg versprechend sind, wenn sie unabhängig von einem Förderprogramm entstehen⁵. Beispielsweise dient das Instrument des Wettbewerbs auch für solche Regionen

als Impulsgeber für die regionale Zusammenarbeit, die sich zwar um Fördergelder – z. B. im Rahmen eines Wettbewerbs – bemüht haben, aber nicht zu den „Gewinnerregionen“ zählten.

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass Partnerschaften – auch wenn sie nicht als „Allheilmittel“ verstanden werden dürfen – einen erheblichen Mehrwert für die integrierte Regionalentwicklung schaffen können und daher auch zukünftig als Mittel der endogenen basisgruppenbezogenen Kapazitätsbildung verstärkt gefördert werden sollten. Abzuwarten bleibt dann nur noch, ob sie sich als „hoch subventionierte Modeerscheinung“ entpuppen oder sich zukünftig als nachhaltiges Modell der ländlichen Regionalentwicklung etablieren.

⁵ Die Ergebnisse der Evaluation des Wettbewerbs „Regionen Aktiv“ hinsichtlich seiner Wirkungen auf die nicht als Modellvorhaben geförderten Regionen werden zusammenfassend dargestellt in: Brocks, S., Weiß, K. (2002): Das Instrument des Wettbewerbs als Impulsgeber für regionale Zusammenarbeit. Dortmund.

Die Rolle von Jugendlichen in der Nachhaltigen Regionalentwicklung

Claudia Busch*

Programme zur Regionalentwicklung, die sich als nachhaltig verstehen, sind auf die Zukunftsfähigkeit einer Region gerichtet. Daraus ergibt sich der Anspruch auch die Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen zu berücksichtigen. Wie dieser Anspruch in die Praxis umgesetzt wird und wie Jugendliche selbst zur Regionalentwicklung stehen, wurde im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Kassel untersucht.

Jugendalter ist Orientierungsphase

Die Definitionen, welche Altersspanne Jugend umfasst, sind sehr unterschiedlich. In der deutschen Gesetzgebung gelten 14- bis 18-Jährige als Jugendliche, während es nach Definition der Europäischen Union die 15- bis 25-Jährigen sind. Auch Studien zu Jugendfragen haben Schwierigkeiten mit

der Einschätzung. Als eine der bekanntesten in Deutschland befragte die Shell-Stiftung für ihren letzten Jugendsurvey bereits die 12-Jährigen. Gekennzeichnet werden kann die Jugendphase, die sich im letzten Jahrhundert erheblich ausgedehnt hat, als Phase sowohl der persönlichen als auch der beruflichen Orientierung. Sie beginnt mit Einsatz der Pubertät und kann mit der Arbeitsaufnah-

me nach abgeschlossener Ausbildung oder der Familiengründung meist als abgeschlossen angesehen werden. Gerade die zahlreichen Veränderungen, die Menschen in dieser Phase erleben, machen es schwierig sie einheitlich zu kennzeichnen. Nicht nur die Fixierung auf das eigene Ich bestimmt die Jugend, sie ist mit zunehmender Adoleszenz auch der Raum für die grundsätzliche

* Claudia Busch, Dipl.-Ing. agr., Kassel



Das Potenzial von Jugendlichen sollte in die Gestaltung ihrer Zukunft einbezogen werden

Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und ihren Werten. Im extremen Fall kann dies in Radikalismus jedweder Couleur münden, generell positiv gilt jedoch, dass mit der kritischen Haltung gegenüber dem Althergebrachten auch Offenheit für Neues einhergeht.

Nachhaltigkeit setzt Generationengerechtigkeit voraus

In den Dokumenten der Agenda 21, die als globaler Grundkonsens einer Nachhaltigen Entwicklung gelten kann, werden entsprechend die innovativen Impulse, die von Jugendlichen ausgehen können, besonders hervorgehoben. Ihre Beteiligung an Entwicklungsprozessen wird als unumgänglich gekennzeichnet, zum einen um ihr Potenzial einzubeziehen, zum anderen, weil es um ihre Zukunft geht, die es zu gestalten gilt.

Die Umsetzung der Agenda 21 in nationale Strategien zeigt im internationalen Vergleich, dass die Auffassungen, welche Faktoren einer Nachhaltigen Entwicklung zuzuordnen sind, sehr unterschiedlich sein können. In einem sind sich jedoch alle Autoren/

-innen in ihren Bemühungen um eine entsprechende Definition einig: Nachhaltigkeit ist als Generationenvertrag zu sehen, der die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen mit denen zukünftiger Generationen verknüpft. Die Generationengerechtigkeit kann als kleinster gemeinsamer Nenner einer Nachhaltigen Entwicklung gesehen werden.

Partizipation ist Grundvoraussetzung einer Nachhaltigen Entwicklung

Mit der Agenda 21 setzte sich zudem die Erkenntnis durch, dass eine Entwicklung nur mit Bürgerbeteiligung gelingen kann. Noch so ausgefeilte Pläne werden kaum akzeptiert, so lange sie nicht von den betroffenen Menschen mitentwickelt wurden. Die Fähigkeit zur Beteiligung kann jedoch nicht vorausgesetzt werden. Manche Autoren/-innen gehen so weit, sie als Kulturtechnik zu beschreiben, die ähnlich wie Lesen, Schreiben und Rechnen grundsätzlich erlernt werden muss.

Um die nachfolgende Generation hierzu zu befähigen, werden Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene zunehmend betei-

ligt. Oft erstrecken sich entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten auf die Gestaltung von Spielplätzen und Skateranlagen und berücksichtigen weniger die Interessen älterer Jugendlicher.

Formale Beteiligungsformen wie Jugendparlamente und -foren finden sich vor allem in Großstädten, während kleine Kommunen im ländlichen Raum sie oft als überflüssig erachten, da durch die persönliche Bekanntheit kurze Wege und direkte Absprachen zwischen Bürgermeister/-in und Dorfbewohner/-in möglich sind. Zudem setzt diese Art der Beteiligung einen Schnitt im Alter von 18 Jahren, in dem die Jugendphase jedoch noch nicht als beendet angesehen werden kann. Der direkte Übergang in demokratische Institutionen für Erwachsene, wie den Gemeinderat, ist zwar auf dem Papier möglich, wird jedoch nur von wenigen Jugendlichen in Anspruch genommen.

Dorf- und Stadtjugend haben unterschiedliche Lebenswelten

Nicht nur in Bezug auf formale Partizipationsmöglichkeiten lassen sich jugendliche Lebenswelten nach wie vor in (groß-)städtische und dörfliche bzw. kleinstädtische unterteilen. Während sich in ersteren die peer-groups (die Freundschaftscliquen) durch gemeinsame Weltanschauungen bestimmt zusammensetzen (Gothics, Hip-Hopper, Skinheads, Punks und die weniger extremen, namenlosen Gruppen), fühlen sich Jugendliche auf dem Dorf unabhängig von ihren politischen Haltungen als Einheit. Ihre Freizeitmuster sind zudem weniger von Konsumangeboten bestimmt, sondern – vor allem bei Jüngeren ohne Führerschein – auf das soziale Angebot des Dorfes mit seinem mehr oder weniger großen Vereinsangebot ausgerichtet. Typisch ist der Wille in beiden Lebenswelten, sich mit Gleichaltrigen zu treffen. In vielen Dörfern

steht den Jugendlichen dafür nur die örtliche Bushaltestelle zur Verfügung. Initiativen zur Gestaltung eines eigenen Jugendraums scheitern an Personalmitteln für die Betreuung, die von den Kommunen kaum aufgebracht werden. Werden Jugendliche sich selbst überlassen, kann es aufgrund mangelnden Verantwortungsgefühls zu einer Verwahrlosung entsprechender Räume kommen.

Arbeitsmarktsituation verhindert Bleibeperspektive

Trotz der von ihnen selbst genannten Mängel in Bezug auf ihre Freizeitgestaltung ist der Bleibewille von Jugendlichen in ländlichen Gebieten groß. Neben den zahlreichen Sozialkontakten, die als klarer Vorteil des Dorflebens genannt werden, spielt auch die Naturnähe eine große Rolle. Entscheidend für ihre Zukunftsgestaltung ist jedoch in erster Linie der Arbeits- respektive Ausbildungs- markt. Zwar werden weite Pendelstrecken in Kauf genommen, dennoch ist es nicht überall möglich, den Wohnort mit dem gewünschten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu verbinden. In strukturschwachen Regionen kann dies auch dazu führen, dass die Jugendlichen in Passivität verharren. Sie warten, dass sich – aus welchen Gründen auch immer – ein Unternehmen ansiedelt und sie einen Arbeitsplatz geboten bekommen.

Untersuchung verschiedener Programme Nachhaltiger Regionalentwicklung

Welche Möglichkeiten Programme Nachhaltiger Regionalentwicklung vorsehen um den Ansprüchen und Problemen Jugendlicher vor Ort zu begegnen, war Gegenstand der Diplomarbeit. Fünf Programme wurden ausgewählt um unterschiedliche Ansätze zu vergleichen. Neben der Bedeutung, die Jugendlichen in der Programmkonzeption zugestanden wird,



Foto: G. Papke

In vielen Dörfern können sich Jugendliche nur an der Bushaltestelle treffen

wurde die Umsetzung in fünf dazugehörigen Regionen getestet. Dazu dienten zum einen die Überprüfung des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) oder einer vergleichbaren Planungsgrundlage und zum anderen ein Interview mit einer Schlüsselperson vor Ort, die im Regionalmanagement oder einer projektkoordinierenden Funktion tätig war. In jeder Region wurde außerdem eine Jugendgruppe zum Thema interviewt. Die untersuchten Regionen werden nicht durchgängig als ländliche Räume in den Raumordnungskategorien Deutschlands definiert, jedoch wurde bei der Befragung von Jugendlichen auf einen dörflichen Hintergrund geachtet.

Die untersuchten Programme waren:

1. LERNENDE REGIONEN

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegte Programm ist Teil des Förderkonzepts „Lebenslanges Lernen“. In einer Region sollen Bildungsmaßnahmen vernetzt werden um Qualitäts- und Synergieeffekte zu erzielen. Die länderübergreifende Region Main-Kinzig-Spessart, die für die Untersuchung ausgewählt

wurde, nennt in ihrem Leitbild ausdrücklich das Ziel, mit dem Programm Impulse für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung zu setzen.

2. LEADER+

Bereits in der dritten Förderperiode befindet sich die Gemeinschaftsinitiative „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ der Europäischen Kommission. Gebiete mit einer Besiedelung von unter 120 Einwohnern/-innen pro km² werden angehalten mit einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) ein REK zu erstellen. In der Umsetzungsphase werden das Regionalmanagement und anteilig Projekte, die sich am Leitbild des REK orientieren, gefördert. Untersuchungsregion der Arbeit war das Lahn-Dill-Bergland in Hessen.

3. REGIONEN AKTIV

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft schrieb 2001 den Wettbewerb REGIONEN AKTIV aus, mit dem Regionen aufgefordert wurden ähnlich wie bei LEADER+ ein REK vorzulegen. Auch hier werden Regionalmanagement und

Projekte gefördert, ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt zudem auf der „gläsernen Produktion“ – der Transparenz der Landwirtschaft für die Verbraucher/-innen – sowie der Ökologischen Landwirtschaft. Untersuchungsregion war das Eichsfeld in Thüringen.

4. STADT 2030

Im Rahmen des Forschungsprogramms „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ rief das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2000 den Wettbewerb STADT 2030 aus. Dafür sollten Regionen ihre Reaktionen auf Strukturumbrüche und neue Herausforderungen darstellen. Der ländliche Raum Schwalm-Eder-West in Nordhessen war Wettbewerbsteilnehmer, weil hier durch die Einstellung des Braunkohleabbaus Umbruchprozesse stattfinden, die der Situation in postindustriellen Städten vergleichbar sind.

5. REGIONEN DER ZUKUNFT

Von 1997 bis 2000 fand der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen ausgelobte Wettbewerb REGIONEN DER ZUKUNFT statt, der dazu dienen sollte, die Ansprüche der lokalen Agenda 21 auf die regionale Ebene umzusetzen. Untersuchungsregion war der Teilraum Deggen-dorf-Plattling in Niederbayern.

Jugendliche sind Zielgruppe für Bildungsmaßnahmen

Eine wesentliche Rolle wird Jugendlichen nur innerhalb der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ zuerkannt, in der direkt zu ihrer Beteiligung aufgefordert wird, weil sie wesentliche Impulse setzen können. Konkrete Vorgaben, wie diese Beteiligung aussehen könnte, finden sich jedoch nicht. Darüber hinaus werden Jugendliche nur noch in den Unterlagen des Wettbewerbs REGIONEN AKTIV erwähnt, wo ihnen jedoch als Zielgruppe für Bildungs- und arbeitsmarktpoliti-

sche Maßnahmen eine passive Rolle zugeschrieben wird. In den restlichen Programmen werden Jugendliche nicht gesondert berücksichtigt.

In der Umsetzung vor Ort zeigt sich, dass Jugendliche vor allem dort eine Rolle in den theoretischen Konzepten spielen, wo es problematische (Ausbildungs-)Situationen gibt. In der Region Lahn-Dill-Bergland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bspw. bei knapp 18 %, während sich im Eichsfeld in erster Linie Probleme bei der Vermittlung niedrig qualifizierter Jugendlicher ergeben. Der Raum Schwalm-Eder-West zeigt starke

Auffallend ist, dass an keiner der Koordinationsgruppen, die für die Programmumsetzung vor Ort verantwortlich war, Jugendliche oder Vertreter/-innen von Jugendverbänden beteiligt waren. Nur der Raum Schwalm-Eder-West, zu dessen Programmvorhaben die intensive Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung zwecks Erstellung eines Leitbildes gehörte, legt in seinem theoretischen Konzept zu Grunde, dass Jugendliche beteiligt werden sollen. Konkrete Projekte sind die Erstellung einer Website und die Gestaltung eines Schülerwettbewerbs. Auch im Lahn-Dill-Bergland, das als Hauptprojekt den Aufbau eines Informa-



Foto: M. Busch

Jugendliche werden oft nur als Problemgruppe wahrgenommen

Überalterungstendenzen, so dass auch hier die Situation der Jugendlichen in der Planungsgrundlage beleuchtet wird. Im vergleichsweise florierenden Teilraum Deggen-dorf-Plattling hingegen wird die Lebenswelt der Jugendlichen nicht näher beschrieben, wohl aber in der LERNENDEN REGION Main-Kinzig-Spessart, die an einem Programm zur Bildungsförderung teilnimmt und somit Jugendliche als wichtige Zielgruppe in Schule und Ausbildung sieht.

tions- und Kommunikationsnetzes in der Region via Internet beschreibt, sollen Jugendliche über die Programm-Website erreicht werden. Eine aktive Rolle spielen Jugendliche in einem Projekt der Region Main-Kinzig-Spessart, wo sie zu Projektlotsen ausgebildet werden, die ihre Kenntnisse im Anschluss weiter geben können. Ziel ist dabei besonders qualifizierte Jugendliche frühzeitig an die Region zu binden. Passive Zielgruppe sind Jugendliche hingegen

in den Projekten des Eichsfelds, wo ihnen Informationen über die Landwirtschaft vermittelt und sie in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen.

Umsetzung von Schlüsselpersonen abhängig

Die tatsächliche Umsetzung der auf dem Papier geplanten Projekte hängt stark von den Akteuren/-innen vor Ort ab. Ihre Einschätzung, welche Bedeutung die Einbeziehung Jugendlicher für die Entwicklung ihrer Region hat, ist entscheidend für die konkrete Projektgestaltung. Wenn Regionalmanager/-innen davon ausgehen, dass Jugendliche beschäftigt werden müssen, damit sie ihre Zerstörungswut nicht ausüben können, zeigt dies eine wenig wertschätzende Haltung, wie sie bei einer der interviewten Schlüsselpersonen zum Ausdruck kam. Auch eine weitere Schlüsselperson sprach Jugendlichen jegliches Interesse an Themen ab, die über die eigene Freizeitgestaltung hinausgingen, während eine dritte davon ausging, dass die altersspezifischen Interessen der Jugendlichen mit Aspekten der Regionalentwicklung nicht vereinbar seien. Entsprechend wurden in den drei Regionen keine besonderen Beteiligungsangebote für Jugendliche gemacht.

In einer vierten Region, in der die interviewte Schlüsselperson sich sehr engagiert über die Bedeutung der Partizipation Jugendlicher äußerte, wurde aufgrund fehlender Gelder und Personalmangels kein konkretes Projekt durchgeführt. Ein Schüler/-innenwettbewerb zur Zukunft der Region richtete sich an 6- bis 16-jährige, so dass die bspw. von der Europäischen Kommission genannte wichtige Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren nicht angesprochen wurde. Projekte für Jugendliche, so zeigte sich auch hier, sind „Luxusprojekte“, die dann durchgeführt werden, wenn finanzielle und personelle Mittel übrig sind.

In der Region Main-Kinzig-Spessart werden Jugendliche über ihre Bildungsinstitutionen sehr intensiv über das Programm und seine Möglichkeiten informiert. Hier ging die Schlüsselperson davon aus, dass es sich um eine engagierte und interessierte Altersgruppe handelt. Als einzige hatte sie selbst Erfahrungen mit Jugendprojekten gemacht, die sie als sehr positiv beschrieb.

Jugendliche haben keine Kenntnisse über Regionalentwicklung

Die Programme und ihre Umsetzung in der Region waren den befragten Jugendlichen im Alter von 16 bis 21 Jahren mit einer Ausnahme nicht bekannt. Ihre Haltung zu ihrer Region und ihr Interesse an sozioökonomischen Themen kann in einen direkten Zusammenhang mit ihrer Situation vor Ort gebracht werden. So machten sich Jugendliche aus dem Lahn-Dill-Bergland, die intensiv in das (Vereins-)Leben ihres Dorfes integriert waren, viele Gedanken zur wirtschaftlichen Situation ihrer Region. Auch die Jugendlichen aus dem Teilraum Deggendorf-Plattling zeigten große Diskussionsfreude und Interesse an Themen der Regionalentwicklung. Im Gegensatz zu den hessischen und thüringischen Gruppen hatten sie sich in der Schule mit der Situation ihrer Heimatregion beschäftigt. Zudem war zu spüren, dass ihre Eigeninitiativen von den politisch Verantwortlichen gewürdigt wurden, so dass die Jugendlichen auch das Gefühl hatten etwas bewirken zu können. Das Gegenteil fand sich bei der Eichsfelder Jugendgruppe, die eine sehr passive Haltung zeigte und sich keine wirklichen Alternativen zur derzeitigen schwierigen Arbeitsmarktsituation vorstellen konnte. Hier fanden sich auch die meisten Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, die – wie ihre Eltern und Großeltern – nach verschiedenen Entlassungswellen eines großen Arbeitgebers im Dorf darauf warteten, dass sich ein neues

Unternehmen ansiedelt. Ihre eigene Rolle empfanden sie als passiv, es gab nach ihrem Empfinden nichts, womit sie selbst die Situation hätten ändern können. Ähnliche Einstellungen zeigten auch die Jugendlichen aus dem Raum Schwalm-Eder-West.

Der Gedanke über eigene kleinere Projekte – bspw. Diversifizierungsmaßnahmen der Landwirtschaft – Arbeitsplätze in der Region zu schaffen, ist den Jugendlichen fremd. Ihrer Ansicht nach wird der Arbeitsmarkt von großen Unternehmen gestaltet. Die Jugendlichen im Lahn-Dill-Bergland bspw. würdigten ihren Bürgermeister, der sich sehr für die Ausschreibung eines Gewerbegebiets eingesetzt hatte. Dass sich auf dem mehrere Jahre alten Gebiet bislang keine Unternehmer angesiedelt haben, sahen die Befragten als Schicksal an, das ihrer Ansicht nach von der Gemeinde nicht beeinflussbar ist.

Auch wenn sie sich ein Leben in der (Groß-)Stadt fast durchgängig nicht vorstellen konnten und sie sich deutlich von den dortigen Jugendlichen abgrenzten, bemängelten alle Jugendlichen das Freizeitangebot in ihrem Dorf. Größter Wunsch war bei allen ein Jugendraum, da sich die meisten lediglich ein- bis zweimal wöchentlich bei Veranstaltungen der Kirchengemeinde treffen können. Nur den Eichsfelder Jugendlichen stand ein Jugendzentrum zur Verfügung, das montags bis freitags geöffnet hat. Die Jugendlichen in Deggendorf-Plattling, die sich einen Raum für ihre wöchentlichen Treffen über lange Jahre erkämpft hatten, waren von dieser positiven Erfahrung geprägt, während die Eichsfelder Jugendlichen das Gefühl hatten, dass Freizeitangebote eher gestrichen als ausgebaut würden.

Gegenwartsbezug der Jugendlichen erschwert die Entwicklung von Visionen

Befragt nach ihren Vorstellungen von einem Leben im Jahr 2030

zeigte sich der unterschiedliche Zeithorizont der Jugendlichen, der zum einen von ihrem Alter, zum anderen aber auch von der persönlichen Situation abhängig ist. Stark gegenwartsbezogen ist der Horizont der Jüngeren, die noch zur Schule gehen und die Entscheidung über ihre berufliche Ausbildung noch nicht endgültig getroffen haben. Ähnlich verhalten sich ältere Jugendliche mit mangelnder Perspektive. Dieses Verhalten deckt sich mit den Erkenntnissen der Identitätsforschung, dass der Gegenwartsbezug um so größer wird, je unsicherer die Zukunft erscheint. Entsprechend können (oder wollen?) sich die Jugendlichen nicht vorstellen, dass sich in ihrer Heimatregion etwas ändert, weder bezüglich der sozialen Struktur noch im Hinblick auf das wirtschaftliche Gefüge ihres Heimatortes.

Die Vorstellung, dass sich in den nächsten 30 Jahren nichts ändert, wird bei einem Blick zurück – bspw. im Vergleich der heutigen Situation mit dem Jahr 1970 – besonders unrealistisch. Auch ist zu bedenken, dass die Geschwin-

digkeit von Veränderungen stets zugenommen hat. Die vergleichsweise „erwachsenen“ Jugendlichen aus dem Teilraum Deggen-dorf-Plattling, deren Zukunft weniger ungewiss ist, weil sie vor Ort gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten haben, beziehen entsprechend mögliche Änderungen in ihre Visionen ein. Sie gehen bspw. von einer zunehmenden Siedlungsentwicklung und einem Rückgang der Freiflächen in ihrem Ort aus.

Auseinandersetzung mit der eigenen Region wird in der Schule vernachlässigt

Die sozioökonomische Gestalt einer Region und ihre Perspektiven der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung sind Gegenstand von Programmen Nachhaltiger Regionalentwicklung. Gerade unter diesem Aspekt berühren sie die Lebenswelt Jugendlicher, die in ihrer Heimatregion bleiben wollen und eine berufliche Perspektive suchen. Die Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten vor Ort wird jedoch

in ihrer Ausbildung vernachlässigt. Heimatkunde ist – wenn überhaupt – ein Fach in der Grundschule und beschränkt sich dort nach Aussagen der Jugendlichen auf den Besuch eines historischen Museums. Die Gegenwart der eigenen Region spielt im Unterricht keine Rolle. Im hessischen Geographieunterricht wird z. B. die Landwirtschaftsstruktur von Texas mit derjenigen in China verglichen, ohne dass die Jugendlichen die Struktur in ihrer eigenen Region kennen. Im Wirtschaftsunterricht werden eher globale als lokale Verflechtungen untersucht. Leitbilder und Konzepte, die in der Nachhaltigen Regionalentwicklung erstellt werden, sind daher für Jugendliche kaum nachvollziehbar.

Jugendliche müssen zielgruppengerecht angesprochen werden

So lange ihnen die Erkenntnis fehlt, dass die regionale Entwicklung in einem Zusammenhang mit der persönlichen Situation steht werden Jugendliche, die mit der Ablösung vom Elternhaus und der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Werten „beschäftigt“ sind, sich nicht von selbst mit dem Thema beschäftigen. Es ist nicht davon auszugehen, dass Informationen über das Regionalentwicklungsprogramm, an dem ihre Region teilnimmt, sie über die Tageszeitung – per se nicht ihr bevorzugtes Medium – erreichen. Auch die Bereitstellung von Informationen für Jugendliche auf einer Website bedeutet nicht, dass jugendliche Internetsurfer/-innen diese automatisch lesen.

Festzuhalten bleibt, dass eine Region, die Jugendliche beteiligen möchte, bewusst auf diese zugehen und jugendgerechte Wege finden muss. Eine effektive Beteiligung darf sich nicht allein darauf erstrecken, Schülerwettbewerbe ins Leben zu rufen, in denen Kinder und Jugendliche Visionen entwickeln, ohne dass dies praktische Folgen zeigt. Gerade Projekte für



Foto: R. Wymlich

Beteiligungskompetenzen müssen gefördert werden

Jugendliche müssen im Hinblick auf ihre Gegenwartsorientierung schnell und direkt umsetzbar sein. Erschwerend kommt hinzu, dass Jugendliche nicht unbedingt über einen längeren Zeitraum eingebunden werden können, weil ihre Persönlichkeit und damit auch ihre Interessen Veränderungen erfahren. Die Ausbildungssituation kann zudem dazu führen, dass sie zeitweise außerhalb ihrer Heimatregion leben.

Eine Grundidee Nachhaltiger Regionalentwicklung ist, dass mündige Bürger/-innen ihre Region aktiv unterstützen. Entsprechende Kompetenzen sollten daher bei Jugendlichen trotz der beschriebenen Widrigkeiten frühzeitig gefördert werden. Die Partizipation der 15- bis 25-Jährigen sollte Regionen, die auf eine nachhaltige Entwicklung bedacht sind, ein besonderes Anliegen sein, weil in dieser Altersspanne wichtige Entscheidungen im Hinblick auf die berufliche Perspektive und den zukünftigen Wohnort getroffen werden. Beteiligung heißt jedoch

nicht eigene Vorstellungen mit der geschicktesten Methode weiterzugeben. Vielmehr bedeutet sie eine Ausgangssituation, in der die zu findenden Ziele ungewiss sind. Grundvoraussetzung ist in jedem Fall die Möglichkeit über die Regionalentwicklung und ihre Verknüpfungen mit der persönlichen Situation informiert zu werden. Eine zielgruppengerechte Ansprache ist hier (nicht nur) in Bezug auf Jugendliche wichtig.

Österreich ist einen Schritt weiter

Aktuell lassen sich die Ergebnisse der Diplomarbeit mit einem Blick auf Österreich ergänzen, das in der Entwicklung ländlicher Regionen eine Vorreiterrolle einnimmt. Nicht nur, dass hier das bottom-up-Prinzip bereits in den 1980er Jahren Niederschlag in der staatlichen Politik fand, auch die Partizipation Jugendlicher an der ländlichen Entwicklung wird dort intensiv gefördert. So fand im Juni 2004 ein Workshop des österreichischen LEADER+-Netzwerks

zur Einbeziehung Jugendlicher statt. Dort stellten Experten/-innen die Lebenswelten, Bedürfnisse und Interessen junger Menschen dar. Zusätzlich wurden innovative Projekte der Jugendbeteiligung vorgestellt. Die LEADER+-Region Auland Carnuntum bspw. erstellte ein regionales Jugendentwicklungsprogramm, das aufbauend auf einer mit Jugendlichen durchgeführten Situationsanalyse die Kompetenzen der Region im sozialen und kulturellen Bereich verknüpft. Ein interdisziplinäres Team bestehend aus Vertretern/-innen der Jugendlichen, politischer Entscheidungsträger/-innen und externen Experten/-innen arbeitet gemeinsam an einem Maßnahmenkatalog für die einzelnen Gemeinden.

Die Netzwerk Servicestelle LEADER+ Österreich beschrieb diese Tagung als Auftakt um jugendrelevante Themen der Nachhaltigen Regionalentwicklung beschreiben und Jugendliche zukünftig stärker einbeziehen zu können.

Personalien

Reinhold Hemker 60 Jahre

Reinhold HEMKER feierte am 8. Oktober 2004 seinen 60. Geburtstag. Nach dem Studium der Philologie und Ev. Theologie übte Hemker von 1969 bis 1982 Lehrtätigkeiten an Schule, Fachhochschule und Universität aus. Von 1979 bis 1985 war er Dozent für entwicklungsbezogene Bildung am Pädagogischen Institut in Schwerte und gleichzeitig Kreistagsabgeordneter in Rheine. Anschließend war er bis 1994 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen und ist seit 1994 Mitglied des Bundestages. Darüber hinaus engagiert er

sich unter seinem persönlichen Motto „fair, sozial, ökologisch und global“ in zahlreichen Institutionen und Ausschüssen, so z. B. in kirchlichen Fachausschüssen für Entwicklungsdienst und Soziales, im Bildungswerk des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen sowie in der Stiftung Entwicklung und Frieden. Seit 1999 ist Hemker auch Mitglied der ASG, arbeitet hier im Kuratorium mit und verfasst von Zeit zu Zeit Artikel für „Ländlicher Raum“ u. a. zu den Themen Welternährung, Recht auf Nahrung und fairer Handel.

Hemker ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. In seiner Freizeit ist er begeisterter Triathlet, der schon mehrfach und erfolgreich beim „Ironman“-Wettkampf in Hawaii teilgenommen hat.

Die ASG gratuliert Reinhold Hemker sehr herzlich zu seinem Geburtstag, wünscht ihm weiterhin viel Energie für sein berufliches, soziales sowie sportliches Engagement und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Dr. Dietmar Woidke neuer Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz in Brandenburg, Dietmar Schulze weiterhin Staatssekretär

Mit der Bildung der Brandenburger Regierung am 13. Oktober 2004 ging aus dem ehemaligen Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) hervor. Neuer Minister ist Dr. Dietmar WOIDKE (SPD). Der 1961 in der Lausitz geborene Woidke arbeitete nach seinem Studium

als Diplomagraringenieur am Institut für Ernährungsphysiologie an der Humboldt-Universität in Berlin, wo er 1993 promovierte. 1990 wurde er Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Sano-Mineralfutter GmbH. Seit 1993 ist er Mitglied der SPD Brandenburg und gehört seit 1994 dem Landtag an. Zuletzt war er agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Der seit 2000 amtierende Staatssekretär im früheren Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Dietmar SCHULZE behält im neuen Ministerium seine Funktion.

Die ASG gratuliert Dr. Dietmar Woidke sowie Dietmar Schulze und wünscht ihnen viel Erfolg für ihre Arbeit.

Hannelore Wörz tritt Nachfolge von Gudrun Laible als neue Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden an

Im Rahmen der Delegiertentagung am 23. September 2004 wurde Hannelore WÖRZ aus Güglingen zur neuen Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden gewählt. Die Lehrerin und Mutter dreier Kinder ist im Handwerksbetrieb ihres Ehe-

manns kaufmännisch tätig. Seit 2000 gehört sie dem Landesvorstand des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden an.

Wörz löst die bisherige, langjährige Landesvorsitzende Gudrun LAIBLE ab. Die ASG dankt Gu-

drun Laible für die gute Zusammenarbeit und gratuliert Hannelore Wörz zu ihrer Wahl. Sie wünscht ihr alles Gute im neuen Amt und freut sich auf eine ebenfalls intensive Zusammenarbeit mit ihr.

Heinz Frehsee gestorben

Am 17. September 2004 starb Heinz FREHSEE im Alter von 88 Jahren. Er war der ASG über 50 Jahre eng verbunden und gehörte dem Kuratorium von 1956 bis 1991 an.

Nach landwirtschaftlicher Lehre und Tätigkeiten als Gutsverwalter in Thüringen und Sachsen war Frehsee Landarbeiter in Niedersachsen. Von 1947 bis 1956 ar-

beitete er hauptamtlich, u. a. als Vorsitzender, in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. 1953 wurde der gebürtige Ostpreuße in den Deutschen Bundestag gewählt, dessen Mitglied er bis 1976 blieb. In dieser Zeit setzte er sich maßgeblich für die Verbesserung der sozialen Sicherung der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie die Regelung der Arbeitsbedingungen in der Land-

wirtschaft ein. Dem Europäischen Parlament gehörte Frehsee von 1973 bis 1978 an.

Die ASG hat mit ihrem langjährigen Mitglied Heinz Frehsee einen guten Freund und Förderer verloren. Sie wird den Verstorbenen als engagierte Persönlichkeit mit großem Sachverstand in Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für Sie gelesen

„Immer regnet es zur falschen Zeit“

Ulrike Siegel (Hrsg.): „Immer regnet es zur falschen Zeit.“ *Bauerntöchter erzählen ihre Geschichte*, Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster, 2003, 176 S., 12,95 €, ISBN 3-7843-3221-8.

Ulrike SIEGEL gibt in diesem Buch einer Reihe von Schicksalgenossinnen Raum um ihre Sicht der Dinge zu schildern. Sie alle sind in den 1950er oder 1960er Jahren auf einem Bauern-

hof groß geworden. Wie sehr hat diese Erfahrung – zudem in einer Zeit, als die Mithilfe der Kinder noch beinahe eine Selbstverständlichkeit war – ihr Leben geprägt?

Ohne zu beschönigen erzählen die Bauertöchter, wie es oftmals schwer gefallen ist, auf die Freizeitvergnügungen der Alterskameradinnen zu verzichten, weil zu Hause die Arbeit rief, wie wenig Zeit die Eltern für sie hatten und wie sie sich manchmal für ihre Herkunft geschämt haben. Trotz dieser Erfahrungen zieht sich die positive Einstellung zur Landwirtschaft durch das gesamte Buch. Viele der Töchter sind selbst wieder Bäuerinnen geworden, egal, ob sie früher besonders viel mitarbeiten mussten oder relativ große Freiheit genossen. Nicht wenige meinen zudem, dass sie durch die Kindheitserfahrungen später besser mit Widrigkeiten des Lebens umgehen konnten.

Sicherlich ist das Buch nicht als Plädoyer für eine Rückkehr in die

„gute, alte Zeit“ zu verstehen. Gerade diejenigen Bauertöchter, die heute eigene Kinder haben, möchten diesen bewusst mehr Aufmerksamkeit widmen, als ihnen selbst zuteil wurde. Sie wissen auch, wenn sie selbst eine landwirtschaftliche Lehre gemacht haben, wie schwer es war, sich in der Männerwelt rund um den Traktor durchzusetzen oder welche Konflikte sich mit dem Zusammenwohnen verschiedener Generationen verbinden.

Die im Buch dargestellten Biographien sind – trotz der vergleichbaren Herkunft – sehr vielfältig. Gemeinsam ist den Bauertöchtern die Erfahrung, durch das Aufwachsen in der Landwirtschaft verwurzelt zu sein und so trotz mancher Ausrisse und Fluchtversuche ei-

nen festen Platz in der Welt zu haben.

cb

Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum

Holger Magel (Hrsg.): Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum – Dorf- und Flur-entwicklung im Zeichen von Bodenverbrauch und Ressourcengefährdung. 5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung am 17./18. März 2003. Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München, Materialiensammlung Heft 28/2003, 15,00 • (inkl. Versand), ISBN 3-935049-28-5. Bezugsadresse: Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, Technische Universität München, Arcisstraße 21, 80290 München

Viele Dörfer sind nur mehr eine äußere Hülle – während im Dorfkern alte Bausubstanz steht, wird außen „lustig“ weitergebaut. Im Bundesdurchschnitt werden täglich 130 ha Fläche neu bebaut und versiegelt. Die Bundesregierung strebt in den nächsten 15 Jahren eine Regelung der Flä-

chenanspruchnahme auf nur 30 ha täglich an. Aber dies ist – so Univ. Prof. Holger MAGEL – nur ein Aspekt im Problembereich ländlicher Entwicklung.

Magel stellt deutlich heraus, dass sich Politik, Gesellschaft und Bauernverbände immer wieder klar machen müssen, was wirklich auf dem Spiel steht, wenn die heimische Landwirtschaft zurückgeht oder Schläge 30 ha groß werden.

In 20 Fachbeiträgen der 5. Münchner Tage werden Fragen der aktuellen Flächennutzung, der Siedlungs- und Landschaftsentwicklung und der Nachhaltigkeit in der Landentwicklung diskutiert. Verantwortliche aus Wissenschaft und Praxis kommen zu Wort.

Deutlich wurde, dass für eine gezielte Nachhaltigkeit im ländlichen Raum mehr interkommunales und regionales Denken und Handeln nötig ist. D.h. konkret: die Kommunen sind die neuen Partner der Landentwicklung. Gemein-

sam mit Landwirtschaft, Handwerk und allen anderen Akteuren im ländlichen Raum soll der Weg gesucht werden vom reinen Flurbereinigungsverfahren und der Bauleitplanung hin zum nachhaltigen Landmanagement.

Interdisziplinäres Denken und Arbeiten sind gefragt. Die Dorferneuerung kann in bezug auf Innenentwicklung und Umnutzung entscheidend von der Stadtentwicklung lernen. Partizipative Methoden der Dorferneuerung sind auch beim (landwirtschaftlichen) Flächen- und Ressourcenschutz angezeigt.

Die Tagung macht den erfolgreichen Versuch, sowohl der universitären Forschungsebene als auch der gesellschaftlichen Verantwortungsebene gerecht zu werden, mehr noch: Magel sucht Wege über die „politische Realutopie“ von einer „Zivilisation des Raubbaus“ hin zu einer „Zivilisation der Nachhaltigkeit“ für den ländlichen Raum.

nk

Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land – Festschrift zum 60. Geburtstag von Holger Magel

Horst Karmann, Josef Attenberger (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land – Festschrift zum 60. Geburtstag von Holger Magel. Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München, Materialiensammlung Heft 30/2004, 517 S., 25,- • zzgl. Porto, ISBN 3-935049-30-7, oder Bayer-

ische Akademie Ländlicher Raum e. V., München, Sonderveröffentlichung Nr. 9 der ALR, ISBN 3-931863-39-5. Bezugsadresse: Geschäftsstelle der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Postfach 40 11 05, 80711 München, Tel.: (089) 12 13-1357, Franz.Huber@vle-m.bayern.de
In der Festschrift zum 60. Ge-

bsttag von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger MAGEL haben mehr als 80 namhafte Autoren/-innen aus dem In- und Ausland einen hochinteressanten und aktuellen Spannungsbogen zum Thema „Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land“ gezogen.

Handbuch Nachhaltige Regionale Entwicklung – Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde

Karsten Lindloff, Lothar Schneider (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Regionale Entwicklung – Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde. Mit Beiträgen von Brigitte Adam, Bernd Blümlein, Josef Bühler, Wolfram Güthler und Jan Swoboda. Dortmund 2001, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, 285 S., 26,50 €; ISBN 3-929797-68-2.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist für viele Regionen, Landkreise, Städte und Gemeinden ein Weg, um eine zukunftsfähige Entwicklung in der Region einzuleiten. In einem dreijährigen Modellvorhaben, das im Sommer 2000 abgeschlossen wurde, wurden Instrumente zur Realisierung der nachhaltigen Entwicklung auf Ebene der Landkreise geschaffen. Zehn bundesdeutsche Landkreise verfolgten einen integrierten Ansatz zur Förderung der ökologischen und regionalen Entwicklung und lösten damit neue Impulse in ihrer Region aus. Ziel war es, durch eine systematische Vernetzung die Grundlage dafür zu schaffen, dass die Akteure in der Region stärker zusammenarbeiten.

Das Konzept NET-REG wird als Rahmenkonzept zur Förderung von Kooperation und Vernetzung in Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden vorgestellt. Es geht davon aus, dass es in einer Region ein gemeinsames Interesse von vielen Akteuren für eine nachhaltige Entwicklung gibt. Die Interessen der Akteure müssen jedoch zunächst gebündelt und in gemeinsames Handeln transformiert werden.

Anhand von Fallbeispielen werden die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts NET-REG auf lokaler, Kreis- bzw. regionaler Ebene geschildert. Der komplexe Vorgang eines kooperativen Prozesses zur nachhaltigen regionalen Entwicklung wird dabei Schritt für Schritt beschrieben.

Neben der Präsentation von vier weiteren Projekten nachhaltiger Regionalentwicklung in Deutschland enthält das Buch einen Anhang mit Informationen zu den Projektbeteiligten, Arbeitsblättern, Handlungshilfen und Checklisten.

Das vorliegende Handbuch versteht sich als „Handwerkszeug“,

um Prozesse der Zusammenarbeit anzustoßen und durchzuführen, Grundlagen zu vermitteln und die eigene Praxis kritisch zu reflektieren. Seine Empfehlungen wurden im Verlauf des Modellprojekts erarbeitet und erprobt und geben den Lesern/-innen „Werkzeuge“ zur Gestaltung kooperativer Prozesse an die Hand. Das Handbuch ist damit eine wichtige Lektüre für alle, die sich in Kooperations- und Vernetzungsprozessen in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde befinden.



Zitate - Folge 64 - Zitate - Folge 64

„Älterwerden wird in Deutschland zum Lebensrisiko, und zwar schon ab 50. Wenn man sich die Reformen und die Arbeitslosenstatistik anschaut, dann laufen wir sehenden Auges in die Altersarmut hinein.“

- Bertold HUBER, Vizechef der IG Metall -

„Wem es schlecht geht, der jammert nicht mehr, der überlegt, wie er möglichst schnell aussteigen kann.“

- Adolf LUX, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Schwalm-Eder, beim Hessischen Bauerntag zur Situation der Landwirte -

„Die Ungleichheit nimmt zu. Auch das Gefühl, dass es Ungleichheit gibt, nimmt zu. Die Bereitschaft, diese Ungleichheit zu akzeptieren, nimmt dagegen ab.“

- Georg VOBRUBA, Professor an der Universität Leipzig, bei der Auftaktveranstaltung des Deutschen Soziologenkongresses in München -

„Analytisch betrachtet gibt's im Osten keine Arbeit, keine Kinder, kein Vertrauen in die Politik.“

- Christian FÜHRER, Pfarrer der Gemeinde St. Nikolai, Leipzig, von der die Montagsdemonstrationen 1989 ausgingen -

„Die Ursachen von Übergewicht sind in der sozialen Struktur einer Gesellschaft verwurzelt.“

- Prof. Dr. Petra KOLIP, Universität Bremen, Direktorin des Zentrums für Public Health -

Zitate - Folge 64 - Zitate - Folge 64

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 70 9 - 26
Layout: Nicolo Martin
(0551) 49 70 9 - 0

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Telefon (0551) 49 70 9 - 0
Telefax (0551) 49 70 9 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Die letzten drei Ausgaben können als pdf-Datei von der ASG-Hompage heruntergeladen werden.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 108 700 6
BLZ 260 500 01

Stiftungswettbewerb 2005

Staatsminister a.D. Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher († 2003) hatte 1992 aus Anlass seines 90. Geburtstages die STIFTUNG TASSILO TRÖSCHER begründet. Aus den Erträgen der privaten, gemeinnützigen Stiftung werden seitdem in zweijährigem Turnus Preise für beispielhafte Initiativen verliehen.

Stiftungszweck

Zweck der Stiftung ist die Anerkennung herausragender Leistungen in einem umfassend definierten agrarsozialen Bereich, der sich aus den Aufgaben und Zielen der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. (ASG) in Göttingen ergibt.

Hierunter fallen Maßnahmen zur

€Verbesserung der Agrarstruktur

€Dorfentwicklung

€umweltverträglichen Landbewirtschaftung und artgerechten Tierhaltung

€agrarsozialen Sicherung

€Einkommensoptimierung sowie Erwerbs- und Einkommenskombinationen in
Landwirtschaft und ländlichen Räumen

€Gestaltung landwirtschaftlicher Betriebsmodelle

Preiswürdige Initiativen können sein

€eine bemerkenswerte **wissenschaftliche** Arbeit

€eine **publizistisch** hervorragende Darstellung

€eine **innovative** Konzeption

€eine **administrativ** außergewöhnliche Entscheidung oder Maßnahme

€ein innovatives **praktisches** Beispiel

Im Jahr 2005 beträgt der **Stiftungspreis 3 000 Euro.**

Meldungen

Formlose Meldungen für den Stiftungswettbewerb bitte **bis zum 31. März 2005** an:

Agrarsoziale Gesellschaft e. V.

Kurze Geismarstr. 33

37073 Göttingen

Fon (0551) 49 709 - 0

Fax (0551) 49 709 - 16

wettbewerb@asg-goe.de

www.asg-goe.de